

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder



Gesundheitspersonalrechnung,
Gesundheitsausgabenrechnung,
Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz

Ausgabe 2019



STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Gesundheitspersonalrechnung,
Gesundheitsausgabenrechnung,
Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz

Ausgabe 2019



Herausgeber

Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder
im Auftrag der Statistischen Ämter der Länder

Herstellung und Redaktion

Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580
E-Mail info@statistik.bayern.de
Internet www.statistik.bayern.de



Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im Dezember 2019

Kostenfreier Download im Internet:
www.ggrdl.de, www.statistikportal.de

Fotorechte:
© Schlierner – Fotolia.com

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2019**
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.



Grußwort der Präsidentin des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

Liebe Leserinnen und Leser,

der Dalai Lama wurde einmal gefragt, was ihn am meisten überrascht. Seine Antwort lautete: „Der Mensch. Er opfert seine Gesundheit, um Geld zu machen. Dann opfert er sein Geld, um seine Gesundheit wiederzuerlangen.“

Vor Ihnen liegt die nunmehr vierte Ausgabe der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter zum Thema „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen“, die wichtige Daten zu Personal, Ausgaben sowie der Bruttowertschöpfung im Bereich des Gesundheitswesens im Vergleich der Bundesländer auflistet, grafisch visualisiert und das Zitat des Dalai Lama untermauert.

Fast 18 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger waren am 31. Dezember des letzten Jahres (2018) 65 Jahre und älter. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von reichlich einem Fünftel. Knapp drei Prozent der Bevölkerung in Deutschland hatte zu diesem Stichtag sogar das 84. Lebensjahr überschritten. Ihr Anteil dürfte nach aktuellen Prognosen unter den Aspekten der Überalterung der Gesellschaft, Geburtenrückgang und längere Lebenszeit in Zukunft stetig steigen. Unweigerlich einher geht damit der Bedarf an Gesundheitspersonal sowohl in Prävention, Behandlung, Pflege als auch in der Verwaltung. Nicht außer Acht zu lassen sind in diesem Zusammenhang die steigenden Kosten und somit Ausgaben. Die vor Ihnen liegende Veröffentlichung beschränkt sich zwar auf die Abbildung der Vergangenheit, lässt aber wichtige Schlüsse über mögliche Entwicklungen zu und liefert folglich Daten für Prognosen bzw. zur Ableitung von Trends. Gleichzeitig lassen sich die Aufstellungen für das Controlling bereits umgesetzter Maßnahmen wie das Pflegestärkungsgesetz II, welches ab 1. Januar 2017 wirksam wurde, nutzen.

Durch das Pflegestärkungsgesetz II wurde unter anderem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, der sich stärker an der individuellen Lebenssituation der Versicherten orientiert. In der Konsequenz erhalten zusätzlich eine halbe Million psychisch Kranke sowie Demenzpatienten ohne Pflegestufe die gleichen Leistungen wie körperlich Pflegebedürftige. Zur Finanzierung sieht der Gesetzesentwurf vom 7. September 2015 eine Erhöhung der Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte vor, wodurch Mehreinnahmen von ca. 2,5 Milliarden Euro jährlich generiert werden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass 2017 die Gesundheitsausgaben der sozialen Pflegeversicherung in Deutschland gegenüber 2016 um rund 26 Prozent auf ca. 37 Milliarden Euro gestiegen sind. Das Gesundheitspersonal erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 1,7 Prozent und umfasste zum 31. Dezember 2017 reichlich vier Millionen weibliche sowie eine Million männliche Beschäftigte. Die Frauenquote ist in diesem Wirtschaftsbereich ergo mit fast 76 Prozent auffallend hoch.

An dieser Stelle – genug der Zahlen! Werfen Sie bitte selbst einen Blick auf die zusammengetragenen Daten und Fakten. Ich wünsche Ihnen dabei viele interessante Erkenntnisse, aber auf jeden Fall – Bleiben Sie gesund!

Carolin Schreck



Abkürzungsverzeichnis

AG GGRdL	Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder
AK ETR	Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
AK VGRdL	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
ALK	Amtsleiterkonferenz
BA	Bundesagentur für Arbeit
BGW	Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BWS	Bruttowertschöpfung
Einw.	Einwohnerinnen und Einwohner
ET	Erwerbstätige
GAR	Gesundheitsausgabenrechnung
GGRdL	Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GPR	Gesundheitspersonalrechnung
o. E.	ohne Erwerbszweck
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PKV	Private Krankenversicherung
SPV	Soziale Pflegeversicherung
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WHO	World Health Organization
WSE	Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz
WZ	Wirtschaftszweig

Zeichenerklärung

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
–	nichts vorhanden oder keine Veränderung
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
...	Angabe fällt später an
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
‡	entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.



Inhalt

Grußwort	5
Abkürzungsverzeichnis	6
Zeichenerklärung	6
Auf- und Abrunden	6
Abbildungsverzeichnis.....	8
Tabellenverzeichnis	9
Einführung zur Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)	11
1 Gesundheitspersonalrechnung	14
1.1 Methodische Hinweise.....	14
1.2 Länderergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung	14
1.3 Gesundheitspersonal nach Geschlecht	17
1.4 Gesundheitspersonal nach Einrichtungsarten	18
2 Gesundheitsausgabenrechnung	22
2.1 Methodische Hinweise.....	22
2.2 Länderergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung	22
2.3 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern	22
2.4 Entwicklung der Gesundheitsausgaben ausgewählter Ausgabenträger	24
2.5 Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt.....	26
3 Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz	28
3.1 Methodische Hinweise.....	28
3.2 Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft.....	28
3.3 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft.....	34
3.4 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft.....	34
Tabellen.....	39
Anschriften der Statistischen Ämter, die gegenwärtig in der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) mitarbeiten	66
Kontaktpersonen in den anderen Ländern, die zurzeit nicht in der AG GGRdL vertreten sind	67



Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 und 2017	15
Abb. 2	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr.....	16
Abb. 3	Anteil der Vollzeitäquivalente an den Beschäftigten im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2012 und 2017	17
Abb. 4	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 und 2017 nach Geschlecht	18
Abb. 5	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung	19
Abb. 6	Gesundheitspersonal in ambulanten Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung	20
Abb. 7	Gesundheitspersonal in stationären und teilstationären Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung.....	21
Abb. 8	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2017 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr.....	23
Abb. 9	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2017 nach Ausgabenträgern.....	24
Abb. 10	Mittlere jährliche Wachstumsraten der Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern von 2008 bis 2017 nach ausgewählten Ausgabenträgern	25
Abb. 11	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 und 2017	26
Abb. 12	Mittlere jährliche Wachstumsraten der Gesundheitsausgaben je Einw. und des Bruttoinlandsprodukts je Einw. in Deutschland und den Ländern von 2008 bis 2017	27
Abb. 13	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr	29
Abb. 14	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2016 und 2018.....	30
Abb. 15	Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheits- wirtschaft an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesamtwirt- schaft in den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr	31
Abb. 16	Veränderung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) der Gesundheitswirtschaft und der Gesamtwirtschaft in den Ländern von 2010 bis 2018	32
Abb. 17	Erwerbstätige der Gesundheitswirtschaft im Jahresdurchschnitt in den Ländern 2016 und 2018.....	33
Abb. 18	Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr.....	35
Abb. 19	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2016 und 2018.....	36



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung.....	40
Tabelle 2	Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2017 ...	42
Tabelle 3	Weibliches Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung.....	44
Tabelle 4	Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung.....	46
Tabelle 5	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2017 nach Ausgabenträgern.....	48
Tabelle 6	Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2017 ..	50
Tabelle 7	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018.....	52
Tabelle 8	Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018.....	53
Tabelle 9	Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) aller Länder 2008 bis 2018.....	54
Tabelle 10	Veränderung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) der Gesundheitswirtschaft gegenüber dem Vorjahr in den Ländern 2008 bis 2018	55
Tabelle 11	Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018.....	56
Tabelle 12	Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018.....	57
Tabelle 13	Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018 ...	58
Tabelle 14	Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern an den Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft aller Länder 2008 bis 2018	59
Tabelle 15	Veränderung der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft gegenüber dem Vorjahr in den Ländern 2008 bis 2018	60
Tabelle 16	Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018	61
Tabelle 17	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018	62
Tabelle 18	Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) je Erwerbstätigen (Produktivitätsindex) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018	63
Tabelle 19	Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft je Einw. und Erwerbstätige der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018	64



Einführung zur Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL)

Bei den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen (GGR) handelt es sich um Rechenwerke, die sich mit Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Sie halten Informationen zu Art und Umfang der erbrachten Leistungen und der dafür eingesetzten Ressourcen sowie zu den zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Gesundheitswirtschaft bereit. Sie geben somit Auskunft über die Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft.

Nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf Länderebene steigt die Nachfrage nach einer regelmäßigen Bereitstellung von Informationen als Grundlage für Entscheidungen zur Gestaltung der regionalen Gesundheitspolitik. Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder stellen hierfür eine wesentliche Datenquelle dar.

Möglichkeiten zur Durchführung regionaler Gesundheitsökonomischer Gesamtrechnungen wurden ab Ende 2004 zunächst im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) erörtert und analysiert. An diesen Arbeiten war das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen federführend beteiligt. Als Folge dessen kam es im Jahr 2007 in Sachsen zur Institutionalisierung der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen, indem eine entsprechende Referentenstelle eingerichtet wurde. Der fachliche Schwerpunkt lag zuerst beim „Wirtschaftsfaktor Gesundheitswirtschaft“, das heißt, bei der Ermittlung der Wertschöpfung und der Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft. In dem Zusammenhang beteiligte sich das

Amt 2008/2009 an dem Projekt „Vergleich der Gesundheitsregionen“ in Kooperation mit der Technischen Universität Darmstadt. Ein von Dr. Anja Ranscht¹ und Dr. Dennis Ostwald² entwickelter Ansatz zur Ermittlung der Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft wurde im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen institutionalisiert und später weiterentwickelt.

Auch in anderen Ländern wurden verschiedene Arbeiten durchgeführt, etwa in Form von Datenaufbereitungen und -bereitstellungen für gesundheitsökonomische Studien, die von den jeweiligen Länderministerien veranlasst waren. Einige Statistische Landesämter führten selbst Berechnungen zu den Gesundheitsausgaben, zum Gesundheitspersonal bzw. zur Gesundheitswirtschaft ihrer Länder nach jeweiligen länderspezifischen Erfordernissen und Vorgaben durch, zum Beispiel Baden-Württemberg³ oder Hessen.⁴

Nach der Vorlage erster Ergebnisse verständigten sich die damals auf diesem Gebiet tätigen Statistischen Ämter der Länder im Jahr 2009 darauf, der Amtsleiterkonferenz (ALK) den Vorschlag zu unterbreiten, eine eigenständige Arbeitsgruppe für die regionalen Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen zu gründen. Auf der Amtsleiterkonferenz am 10./11. November 2009 wurde dieser Vorschlag aufgegriffen und die Gründung einer Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL) beschlossen. Die konstituierende erste Sitzung dieser Arbeitsgruppe fand am 27./28. Januar 2010 in Dresden mit Vertreterinnen und Vertretern der Statistischen Landesämter Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen sowie des Statistischen Bundesamtes statt. Das sächsische Statistische Landesamt nimmt seitdem die Federführung dieser Arbeitsgruppe wahr. Im Jahresverlauf 2010 kam dann das Statis-

- 1 Ranscht, A., 2009. Quantifizierung regionaler Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft – am Beispiel ausgewählter Metropolregionen. Medizinische Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Berlin.
- 2 Ostwald, D. A., 2008. Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Medizinische Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Berlin.
- 3 Knödler, R., 2010. Gesundheitsausgaben und Gesundheitspersonal in Baden-Württemberg 2008. In Statistisches Monatsheft 12/2010, S. 23-28.
- 4 Hessisches Statistisches Landesamt, 2010. Gesundheitswirtschaft in Hessen – volkswirtschaftliche Potenziale eines Zukunftsmarktes, Wiesbaden.



tische Landesamt für Nordrhein-Westfalen zur AG, hatte anfangs einen Beobachterstatus und wurde später Vollmitglied.

Zu Beginn verständigte man sich auf Ziele, Rahmenbedingungen, Definitionen sowie inhaltliche Handlungsfelder und weitere Aspekte der Zusammenarbeit und entwickelte Handlungsstrategien. Schwerpunkte der Arbeiten der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder sind:

- die Gesundheitspersonalrechnung (GPR)
- die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR)
- der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE)

Auf Basis früherer Arbeiten wurden durch die AG sowohl für die Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern als auch für die Gesundheitspersonalrechnung sukzessive so genannte länderübergreifende Ansätze erarbeitet, die es gestatten, nach Bereitstellung eines aktuellen Bundesergebnisses effektiv und effizient miteinander vergleichbare Länderergebnisse zu den Gesundheitsausgaben und zum Gesundheitspersonal zu ermitteln. Die Berechnungen erfolgten dabei für beide Aufgabenbereiche zunächst an zentraler Stelle in Sachsen. Im Jahr 2016 übernahm Bayern die Durchführung der Gesundheitsausgabenrechnung nach Ausgabenträgern.

Die Statistischen Ämter von Bayern, von Berlin und Brandenburg sowie von Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten seit 2015 in der AG mit. Damit sind ab dem Jahr 2015 bereits elf von sechzehn Ländern in der AG vertreten. Die Beteiligung dieser Ämter ist insbesondere das Ergebnis der erneuten Behandlung des Themas „Regionale Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen“ auf der Amtslei-

terkonferenz im Herbst 2014. Hier wurde von den bisher geleisteten Arbeiten zur Entwicklung länderübergreifender Ansätze und den bereits vorliegenden miteinander vergleichbaren Länderergebnissen zu den Gesundheitsausgaben und zum Gesundheitspersonal berichtet. Die Nachhaltigkeit der Berechnungen ist durch die vorliegenden Methodendokumentationen gegeben.

Die Arbeiten der Arbeitsgruppe auf diesen beiden Tätigkeitsfeldern führten dazu, dass erste Themenfelder bzw. Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung der Länder bedient werden können.

Einen Schwerpunkt der Arbeiten seit Ende 2015 bildet die Weiterentwicklung der Rechenwerke zur Ermittlung der Erwerbstätigenzahl und der Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft als länderübergreifender Ansatz. Mit der Einführung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, in der amtlichen Statistik und mit den letzten beiden Generalrevisionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Erwerbstätigenrechnung war eine grundlegende Neubearbeitung der früher geschaffenen Rechenwerke des Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatzes (WSE) erforderlich. Der von der AG verfolgte Ansatz zur wirtschaftsbereichsbezogenen Ermittlung von Wachstums- und Beschäftigungseffekten der Gesundheitswirtschaft berücksichtigt zum einen die Datenlage auf regionaler Ebene und stellt zum anderen Ergebnisse bereit, die konsistent zu den amtlichen Regionaldaten der Bruttowertschöpfung bzw. des Bruttoinlandsprodukts und der Erwerbstätigenzahl der Arbeitskreise VGRdL bzw. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder sind. Auf diesem Gebiet besitzt die AG GGRdL das Mandat der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter, für alle sechzehn Länder regelmäßig miteinander vergleichbare Länderergebnisse zu Wert-



schöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft zu ermitteln und zu veröffentlichen. Seit dem Jahr 2016 erfolgt dies nunmehr jährlich.

Aufgrund des von verschiedenen Datenutzerinnen und -nutzern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft gegenüber der Arbeitsgruppe vorgebrachten Datenbedarfs an Regionalergebnissen der Gesundheitsökonomik (Gesundheitsausgabenrechnung, Gesundheitspersonalrechnung sowie Ermittlung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft) verständigten sich die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter der Länder im März 2017, der AG GGRdL das Mandat zu erteilen, künftig für alle drei Arbeitsgebiete einen kompletten Satz an Länderergebnissen zur Verfügung zu stellen. Zeitgleich wurde das Statistische Landesamt Bremen aktives

Mitglied in der AG GGRdL. Somit arbeiten nunmehr zwölf Länder in der AG mit.

Unmittelbar nach dem Beschluss der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter wurden in die Berechnungen zum Gesundheitspersonal und zu den Gesundheitsausgaben alle Länder einbezogen, sodass bereits ab dem Jahr 2017 auch für diese beiden Arbeitsgebiete ein kompletter Satz an Länderergebnissen vorgelegt werden konnte. In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung werden daher erstmals für alle sechzehn Länder miteinander vergleichbare Länderdaten in Form von Zeitreihen ab dem Jahr 2008, zum Gesundheitspersonal, zu den Gesundheitsausgaben und zu Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl publiziert. Als Excel-Tabellen sind sämtliche Länderergebnisse auf der Homepage der AG GGRdL – www.ggrdl.de – abrufbar.



1 Gesundheitspersonalrechnung

1.1 Methodische Hinweise

Die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) der Länder stellt die im Gesundheitswesen (einschließlich der Vorleistungseinrichtungen) tätigen Beschäftigten⁵ dar, und zwar nach Einrichtungsarten, Geschlecht und in Form von Vollzeitäquivalenten. In ihrer Methodik lehnt sich die Gesundheitspersonalrechnung der Länder an die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes an.

Die Gliederung der Einrichtungsarten der GPR richtet sich nach der Klassifikation der Gesundheitsrechensysteme des Statistischen Bundesamtes, die wiederum auf der Klassifikation der Gesundheitseinrichtungen (System of Health Accounts) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) basiert.⁶ Das Gesundheitswesen der GPR ist daher nicht identisch mit der Abteilung 86 der aktuellen Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008). Die Einrichtungsarten des Gesundheitswesens umfassen den Gesundheitsschutz, die ambulanten Einrichtungen, die stationären und teilstationären Einrichtungen, die Rettungsdienste, die Vorleistungseinrichtungen, die Verwaltung und die sonstigen Einrichtungen.

Im Rahmen der GPR werden Beschäftigte insgesamt, weibliche Beschäftigte und Vollzeitäquivalente berechnet. Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden. Bei der Zahl der Vollzeitäquivalente handelt es sich um eine hypothetische Größe, die angibt, wie viele Vollzeitstellen sich umgerechnet aus den Beschäftigungsverhältnissen ergeben würden.

Auf Basis verschiedener Datenquellen wird das Gesundheitspersonal in einer Kombination aus Top-down- und Bottom-up-Ansatz berechnet. Bei Ersterem ergeben sich die Regionalwerte anhand passender Schlüssel aus den entsprechenden Bundesdaten, während sich bei Letzterem die Bundeswerte aus den Regionaldaten aufsummieren. Zu den wichtigsten Datenquellen gehören die Krankenhaus- und die Pflegestatistik des Bundes und der Länder, die Ärztestatistik der Bundes- und Landes-(zahn-)ärztekammern, die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Mitgliederstatistik der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW).⁷

In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder werden Ergebnisse der GPR für die Jahre 2008 bis 2017 mit Berechnungsstand Dezember 2018 dargestellt.

1.2 Länderergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung

In Deutschland waren 2017 knapp 5,6 Millionen Personen im Gesundheitswesen tätig (Abbildung 1). Am höchsten war die Beschäftigtenzahl im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen (rund 1,2 Millionen Beschäftigte), dem bevölkerungsreichsten Land. In Bremen, dem Land mit der geringsten Bevölkerungszahl, gab es entsprechend die wenigsten Beschäftigten im Gesundheitswesen (50 300 Beschäftigte).

In allen Ländern wuchs die Zahl des Gesundheitspersonals im Zeitraum von 2008 bis 2017 deutlich an. Dabei lag die Spannweite zwischen 12,1 Prozent im Saarland und 25,8 Prozent in Brandenburg. Im Bundesdurchschnitt belief sich der Zuwachs auf 20,6 Prozent.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl kamen 2017 in Deutschland auf 1 000 Einw. durchschnittlich 67 Beschäftigte im Gesund-

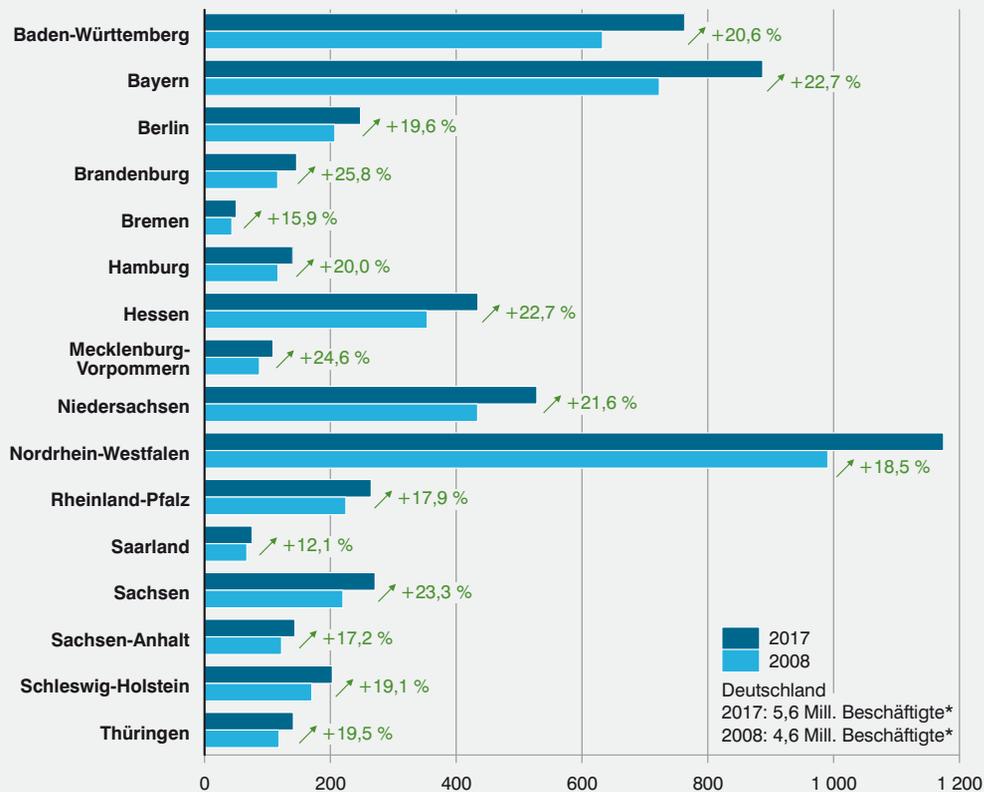
5 Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden.

6 OECD, Eurostat, WHO, 2011. A System of Health Accounts. OECD Publishing, Paris.

7 Für eine ausführliche Beschreibung der Vorgehensweise sei auf die Methodenbeschreibung der AG GGRdL verwiesen. Verfügbar unter: http://www.ggrdl.de/GGR/P_P_VI_meth_2019.pdf.



Abb. 1
Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 und 2017
 in Tausend Beschäftigte*



* Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden.

© Statistische Ämter der Länder

heitswesen (Abbildung 2). In Hamburg gab es je 1000 Einw. mit 77 die meisten und in Brandenburg mit 58 die wenigsten Beschäftigten im Gesundheitswesen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Kennzahl in Deutschland insgesamt um 1,4 Prozent. In Hamburg stieg die Anzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen je 1000 Einw. mit 0,3 Prozent am geringsten, in Sachsen-Anhalt mit einem Plus von 2,4 Prozent am stärksten an. Die im Vergleich zu den alten Ländern hohen Zuwachsraten in den neuen Ländern sind dabei, neben dem relativ starken Anstieg des Gesundheitspersonals, auch auf die dort schwächere Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen.

Abbildung 3 stellt die Relation von Vollzeitäquivalenten zum Gesundheitspersonal insgesamt in den Jahren 2012 und 2017 einander gegenüber. Die Vollzeitäquivalente berechnen sich anhand der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden geteilt durch die durchschnittliche Stundenzahl einer Vollzeitbeschäftigung. Im Bundesdurchschnitt belief sich der Anteil der Vollzeitäquivalente an den Beschäftigten im Gesundheitswesen 2017 auf 72,4 je 100 Beschäftigte. Mit Ausnahme des Saarlandes war der Anteil der Vollzeitäquivalente am Gesundheitspersonal 2017 in allen Ländern niedriger als 2012. Es ist somit ein deutlicher Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung im Gesundheitswesen festzustellen.



Die maximale Zahl an Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte wurde in beiden Jahren in den neuen Ländern und Berlin ermittelt. Die Ergebnisse legen somit eine höhere Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung in den alten Ländern nahe. In den neuen Ländern (einschließlich Berlin) belief sich die Anzahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte im Jahr 2017 im Schnitt auf 75,1. In den alten Ländern betrug dieser Wert 71,7

Abb. 2
Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr
je Tausend Einw.

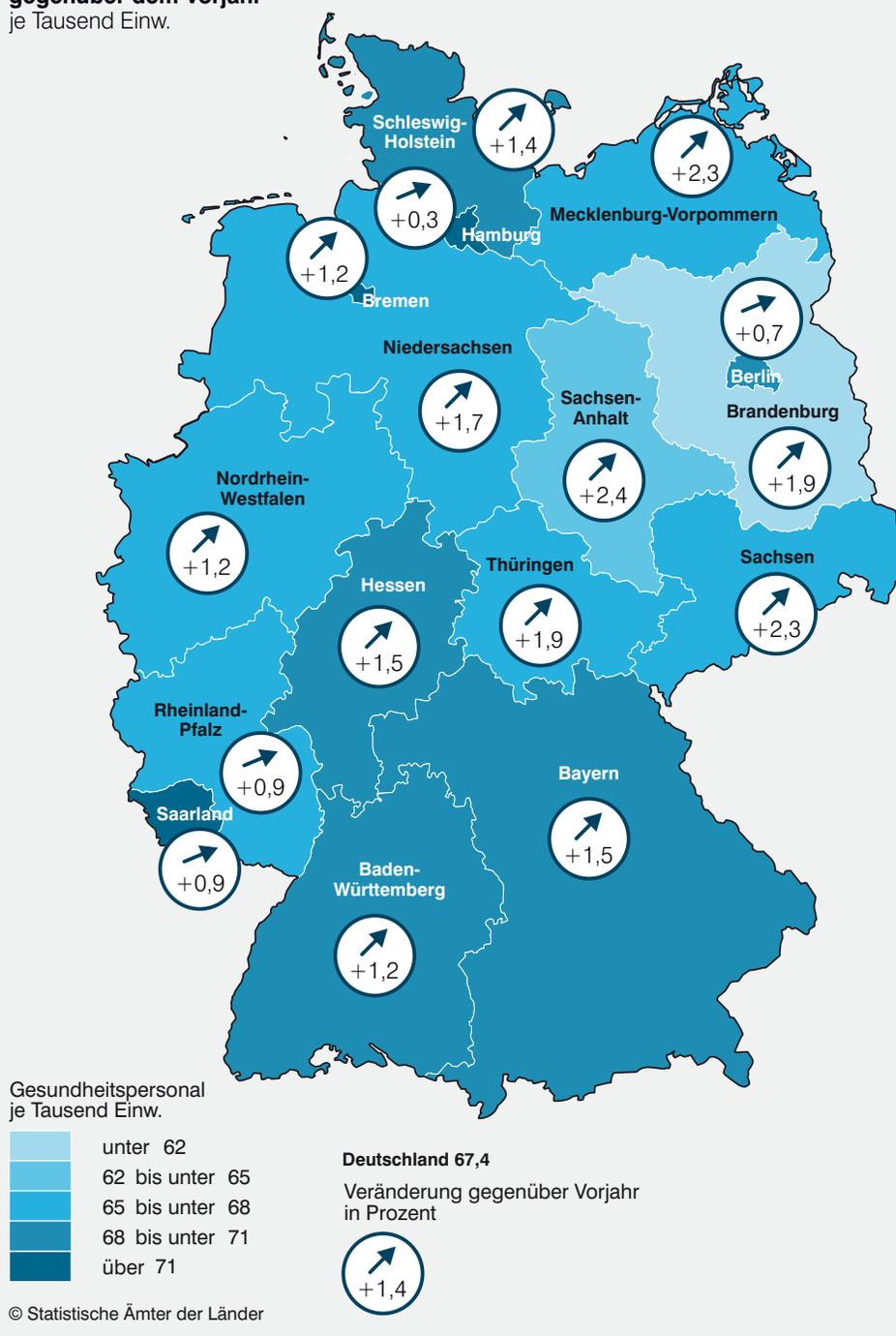
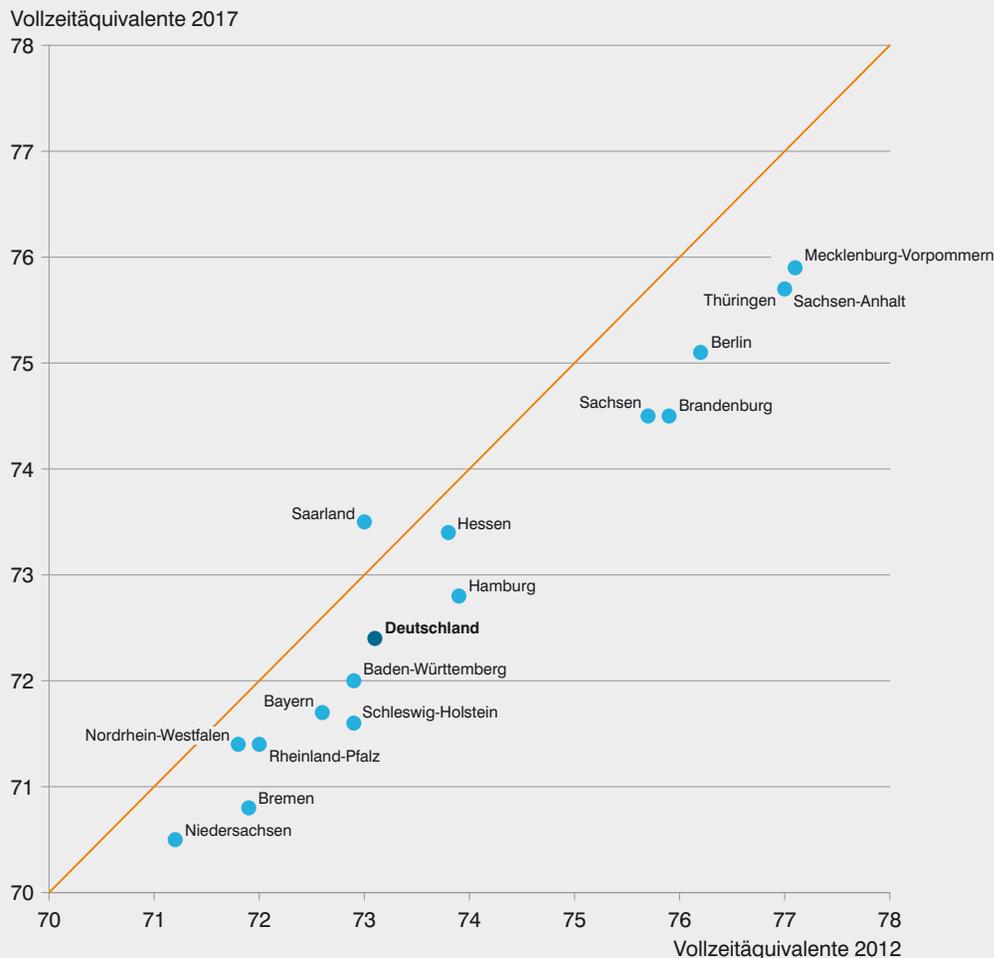




Abb. 3
**Anteil der Vollzeitäquivalente an den Beschäftigten* im Gesundheitswesen
 in Deutschland und den Ländern 2012 und 2017**
 in Prozent



* Unter Beschäftigten werden in der GPR Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Somit werden Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen im Gesundheitswesen mehrfach gezählt. Dies ist ein anderes Vorgehen als in der Erwerbstätigenrechnung, in der Personen mit ihrer überwiegenden Tätigkeit nur einmal gezählt werden.

© Statistische Ämter der Länder

Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte. In den Jahren 2012 und 2017 war die Zahl der Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte jeweils am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern und am geringsten in Niedersachsen.

1.3 Gesundheitspersonal nach Geschlecht

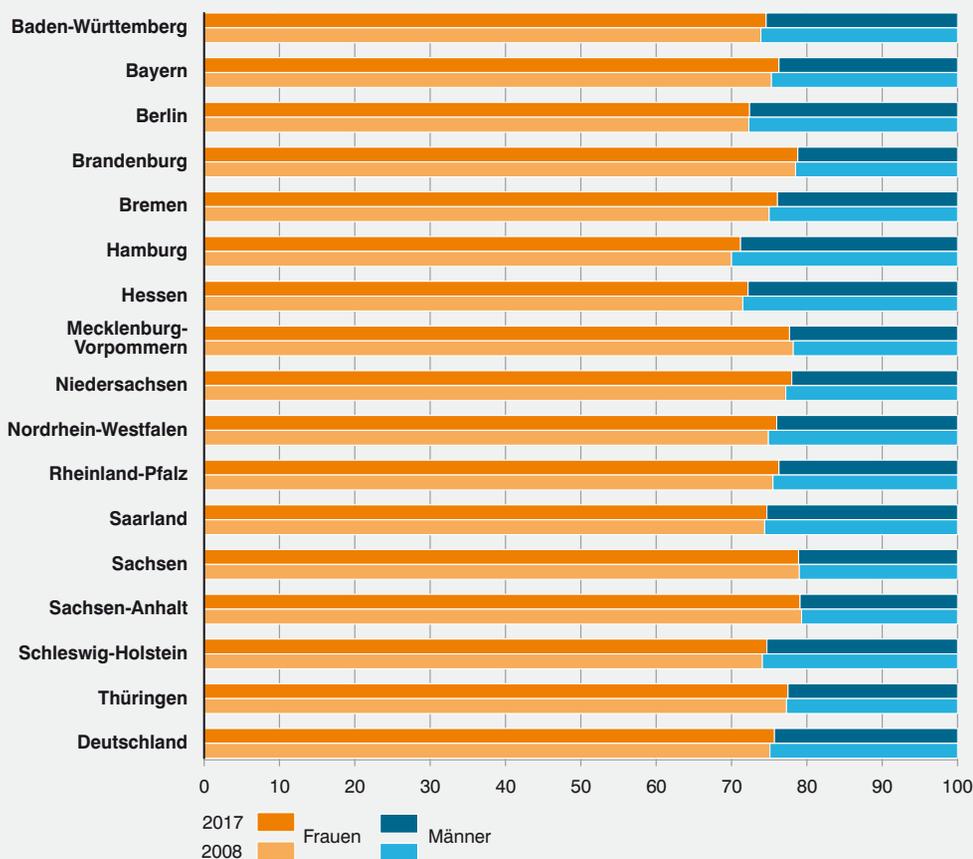
Abbildung 4 zeigt die Anteile des weiblichen Gesundheitspersonals in den Jahren 2008 und 2017. Das Gesundheitswesen

zeichnet sich durch einen hohen Anteil weiblichen Personals aus. In Deutschland waren 2017 mehr als 4,2 Millionen Beschäftigte bzw. 75,7 Prozent des Gesundheitspersonals weiblich. Am niedrigsten fiel der Frauenanteil im Gesundheitswesen mit 71,2 Prozent in Hamburg aus, am höchsten in Sachsen-Anhalt mit 79,1 Prozent.

Zwischen 2008 und 2017 nahm der Anteil des weiblichen Gesundheitspersonals an



Abb. 4
Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 und 2017 nach Geschlecht
in Prozent



© Statistische Ämter der Länder

allen Beschäftigten des Gesundheitswesens in 13 Ländern zu. Der größte Zuwachs wurde dabei in Hamburg (+1,2 Prozentpunkte) verzeichnet, die stärkste Abnahme in Mecklenburg-Vorpommern (-0,5 Prozentpunkte). Obwohl sich der Anteil weiblicher Beschäftigter von 2008 bis 2017 in den alten Ländern insgesamt relativ stark erhöhte, lag der Frauenanteil 2017 in den neuen Ländern (ohne Berlin) durchschnittlich immer noch deutlich über jenem der alten Länder.

1.4 Gesundheitspersonal nach Einrichtungsarten

In Abbildung 5 wird das Gesundheitspersonal nach Einrichtungsart dargestellt. 2017 wiesen die ambulanten Einrichtun-

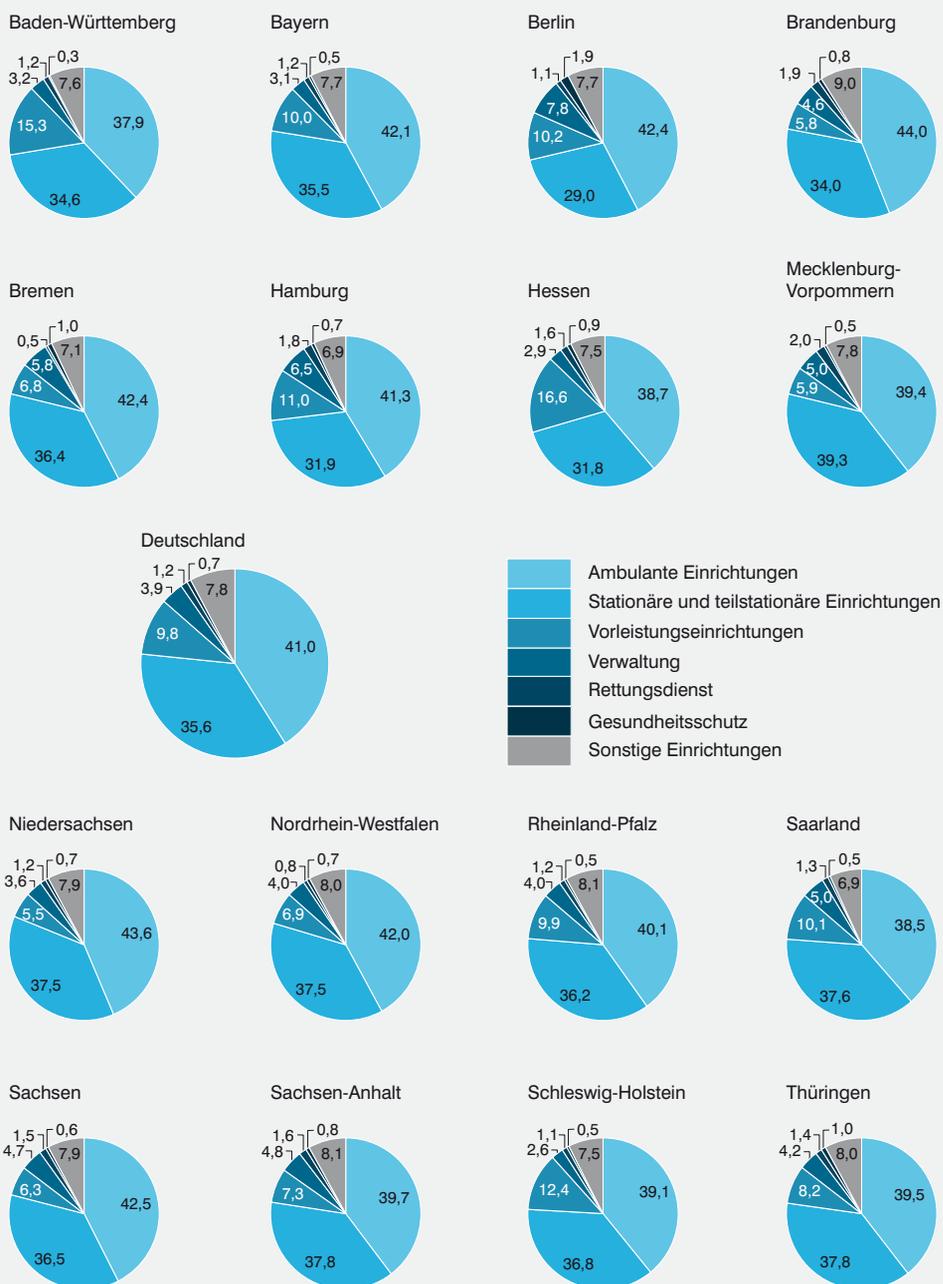
gen in jedem Land die höchste Anzahl an Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitsbereich auf. Der Anteil des Gesundheitspersonals in ambulanten Einrichtungen lag in den Ländern zwischen 37,9 Prozent in Baden-Württemberg und 44,0 Prozent in Brandenburg. Die zweithöchste Beschäftigtenzahl verzeichneten alle Länder in den stationären und teilstationären Einrichtungen des Gesundheitswesens. Hier bewegten sich die Beschäftigtenanteile 2017 in einer Spanne von 29,0 Prozent in Berlin bis 39,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Die Vorleistungseinrichtungen stellten in neun der 16 Länder den drittgrößten Anteil am Gesundheitspersonal. Hierzu zählen beispielsweise die pharmazeutische Industrie oder auch



die Medizintechnik. Am höchsten war der Anteil am Gesundheitspersonal 2017 in dieser Einrichtungsart mit 16,6 Prozent in Hessen, am niedrigsten in Niedersachsen mit 5,5 Prozent. In den sonstigen Einrichtungen

des Gesundheitswesens werden Beschäftigte ausgewiesen, die einen medizinischen Gesundheitsberuf (ohne Tiermedizin) ausüben oder einem Beruf in der Altenpflege oder in der Medizin-, Orthopädie- und Re-

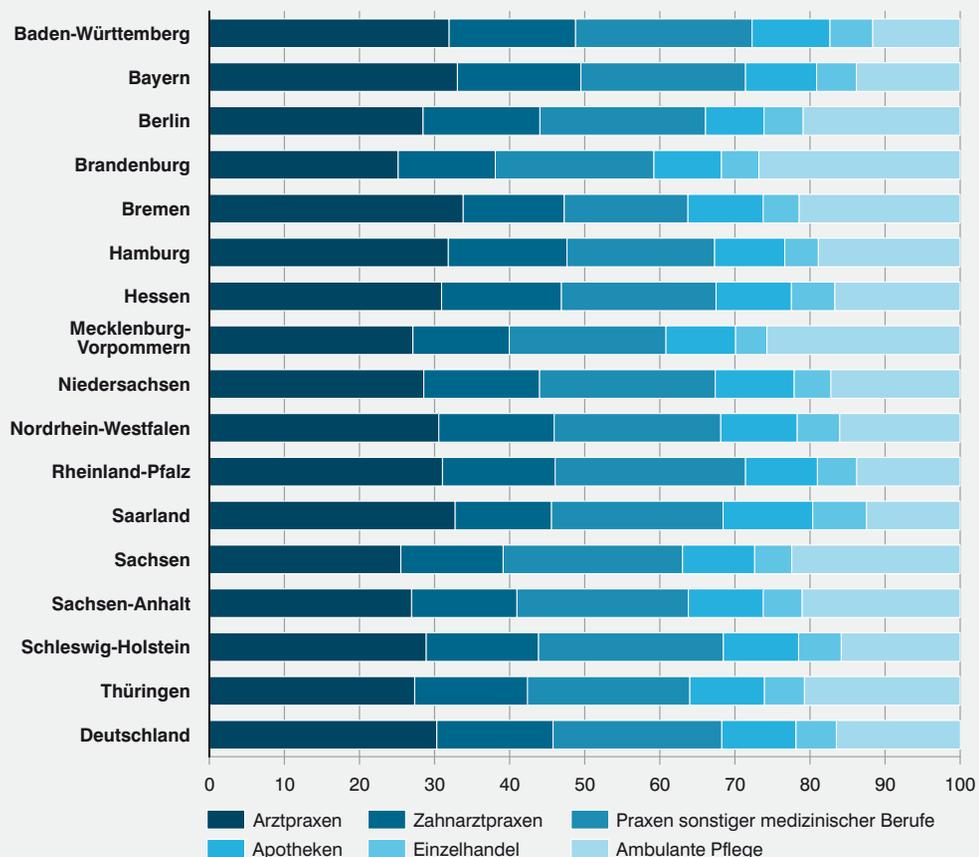
Abb. 5
Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017
 nach Art der Einrichtung
 in Prozent



© Statistische Ämter der Länder



Abb. 6
Gesundheitspersonal in ambulanten Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung
in Prozent



© Statistische Ämter der Länder

hatechnik nachgehen und nicht in einer der anderen Einrichtungsarten beschäftigt sind. Die Anteile der sonstigen Einrichtungen am Gesundheitspersonal insgesamt lagen 2017 in Hamburg und im Saarland mit je 6,9 Prozent am niedrigsten, in Brandenburg mit 9,0 Prozent am höchsten.

Bei gesonderter Betrachtung des Gesundheitspersonals in den ambulanten Einrichtungen (Abbildung 6) zeigt sich, dass 2017 in allen Ländern – mit Ausnahme Brandenburgs – der größte Teil der Beschäftigten in Arztpraxen arbeitete. Im Bundesdurchschnitt belief sich der Anteil des Gesundheitspersonals in Arztpraxen, gemessen am Gesundheitspersonal aller ambulanten

Einrichtungen, auf 30,3 Prozent. Im Ländervergleich verzeichneten dabei Bremen, Bayern und das Saarland mit jeweils rund einem Drittel die höchsten Beschäftigungsanteile in Arztpraxen. In Brandenburg stellte die Pflege die beschäftigungsstärkste ambulante Einrichtung dar. Der entsprechende Anteil von 26,8 Prozent war zudem so hoch wie in keinem anderen Land. Generell war der Beschäftigungsanteil der ambulanten Pflege in den neuen Ländern im Durchschnitt deutlich höher als in den alten Ländern. In 13 Ländern entfiel der zweithöchste Beschäftigungsanteil 2017 auf die Praxen sonstiger medizinischer Berufe. Darunter zählen bspw. die Praxen von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern oder



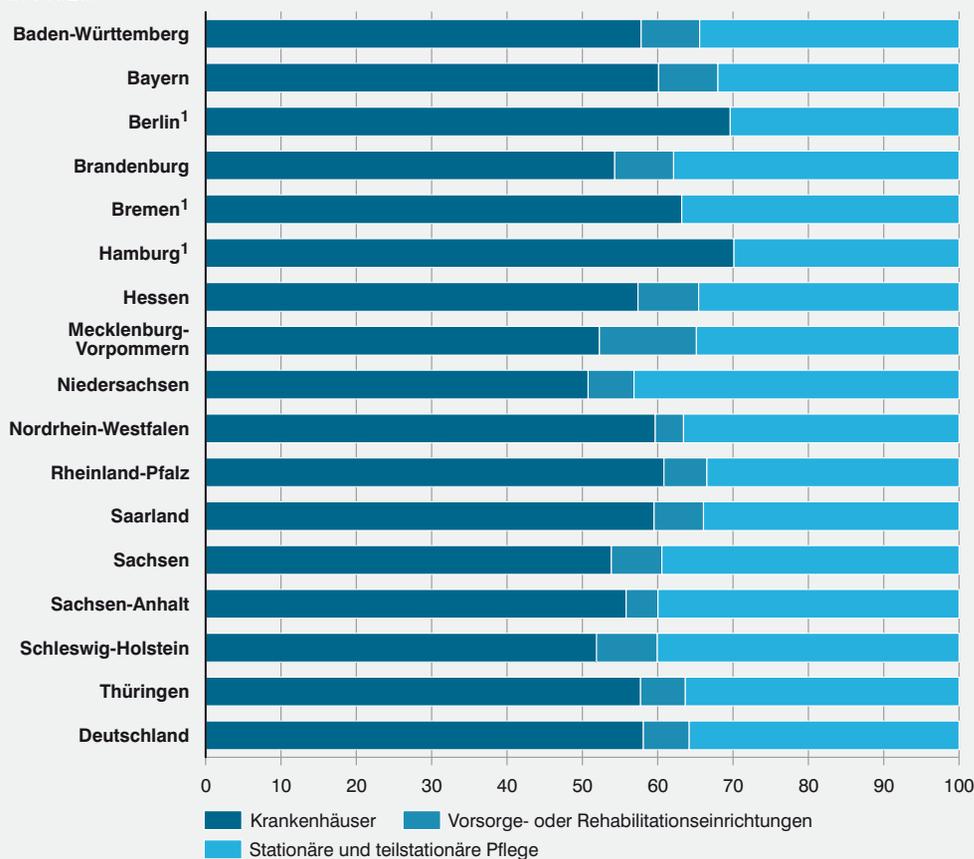
Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Im Bundesdurchschnitt arbeiteten 22,5 Prozent aller in ambulanten Einrichtungen Beschäftigten in diesem Bereich.

Größere Unterschiede ergeben sich auch beim Ländervergleich des Gesundheitspersonals innerhalb stationärer und teilstationärer Einrichtungen (Abbildung 7). Im Jahr 2017 arbeitete zwar mehr als die Hälfte der Beschäftigten dieser Einrichtungsart in jedem Land in Krankenhäusern (58,1 Prozent im Bundesdurchschnitt). Die Anteile in den Ländern (ohne Berlin,

Bremen und Hamburg)⁸ variierten jedoch zwischen 50,8 Prozent in Niedersachsen und 60,8 Prozent in Rheinland-Pfalz. Die stationäre bzw. teilstationäre Pflege bietet ebenfalls eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, deutlich mehr als die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. So waren 2017 in Niedersachsen 43,1 Prozent des Gesundheitspersonals der stationären und teilstationären Einrichtungen im Bereich der Pflege tätig. Dies stellte im Ländervergleich den höchsten Wert dar, während Bayern mit 32,0 Prozent den geringsten Anteil aller Flächenländer aufwies.

Abb. 7

Gesundheitspersonal in stationären und teilstationären Einrichtungen in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung
in Prozent



¹ Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wird die Einrichtungsart der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen für die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin unter der Einrichtungsart stationäre/teilstationäre Pflege ausgewiesen.

⁸ Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wird die Einrichtungsart der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen für die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen unter der Einrichtungsart stationäre/teilstationäre Pflege mit ausgewiesen. Ein Vergleich mit den anderen Ländern ist daher nicht sinnvoll.



2 Gesundheitsausgabenrechnung

2.1 Methodische Hinweise

Die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) der Länder bildet derzeit die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen im Gesundheitswesen nach Ausgabenträgern ab. Die Methodik lehnt sich eng an die Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes an. Die Abgrenzung der Gesundheitsausgaben in der GAR der Länder und des Bundes beruht auf dem „System of Health Accounts“, welches von der OECD, der WHO und Eurostat zum Zweck der internationalen Vergleichbarkeit empfohlen wird.⁹

Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, die Kosten der Verwaltung sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens.¹⁰ Räumlich bezieht sich die Erfassung der Gesundheitsausgaben auf die Käufe der inländischen Bevölkerung. Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst. Ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Nicht dargestellt werden hier die Ausgaben des erweiterten Leistungsbereichs des Gesundheitswesens, zu denen Einkommensleistungen, Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen sowie Leistungen für Forschung und Ausbildung im Gesundheitswesen zählen.

In der GAR wird zwischen acht Ausgabenträgern unterschieden. Dazu zählen alle öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren. Dies sind die öffentlichen Haushalte, die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), die soziale Pflegeversicherung (SPV), die gesetzliche Rentenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung, die private Krankenversicherung (PKV), die Arbeitgeber sowie die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Gesundheitsausgaben werden auf Basis verschiedener Datenquellen ermittelt. Dabei wird eine Kombination aus Top-down- und Bottom-up-Ansatz verwendet. Zu den wichtigsten Datenquellen gehören die Ergebnisse verschiedener amtlicher Statistiken des Bundes und der Länder, die Gesundheitsberichterstattung des Bundes und die Angaben des GKV-Spitzenverbands zu Ausgaben und Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung.¹¹

In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder werden Ergebnisse der GAR für die Jahre 2008 bis 2017 mit dem Berechnungsstand März 2019 dargestellt.

2.2 Länderergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung

Die Höhe der Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben schwankte 2017 zwischen 4 007 Euro in Bremen und 4 858 Euro in Brandenburg (Abbildung 8). Beim Blick auf die Zeitreihe (vgl. Tabellenteil) ist ersichtlich, dass diese beiden Länder im Zeitraum 2008 bis 2017 stets das Minimum und Maximum bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit aufwiesen. Der Bundesdurchschnitt lag 2017 bei 4 544 Euro je Einw. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesundheitsausgaben pro Kopf in Sachsen mit 5,7 Prozent am stärksten und in Hamburg mit 3,7 Prozent am schwächsten gestiegen.

2.3 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern

Abbildung 9 stellt die Gesundheitsausgaben 2017 nach Ausgabenträgern dar. Die Länder haben hinsichtlich der Verteilung der Gesundheitsausgaben auf die Ausgabenträger die Gemeinsamkeit, dass die gesetzliche Krankenversicherung 2017 mit jeweils über 50 Prozent den größten Anteil der Ausgaben trug. In Bayern, Rheinland-

- 9 OECD, Eurostat, WHO, 2011. A System of Health Accounts. OECD Publishing, Paris.
- 10 Weigel, J., Meise, S. und Richter, B., 2014. Gesundheitsausgaben im Ländervergleich 2008 bis 2012 – Realisierung eines länderübergreifenden Ansatzes. In: Statistik in Sachsen 2/2014, S. 38-47.
- 11 Für eine ausführliche Beschreibung der Vorgehensweise sei auf die Methodenbeschreibung der AG GGRdL verwiesen. Verfügbar unter: http://www.ggrdl.de/GGR/A_P_VI_meth_2019.pdf.

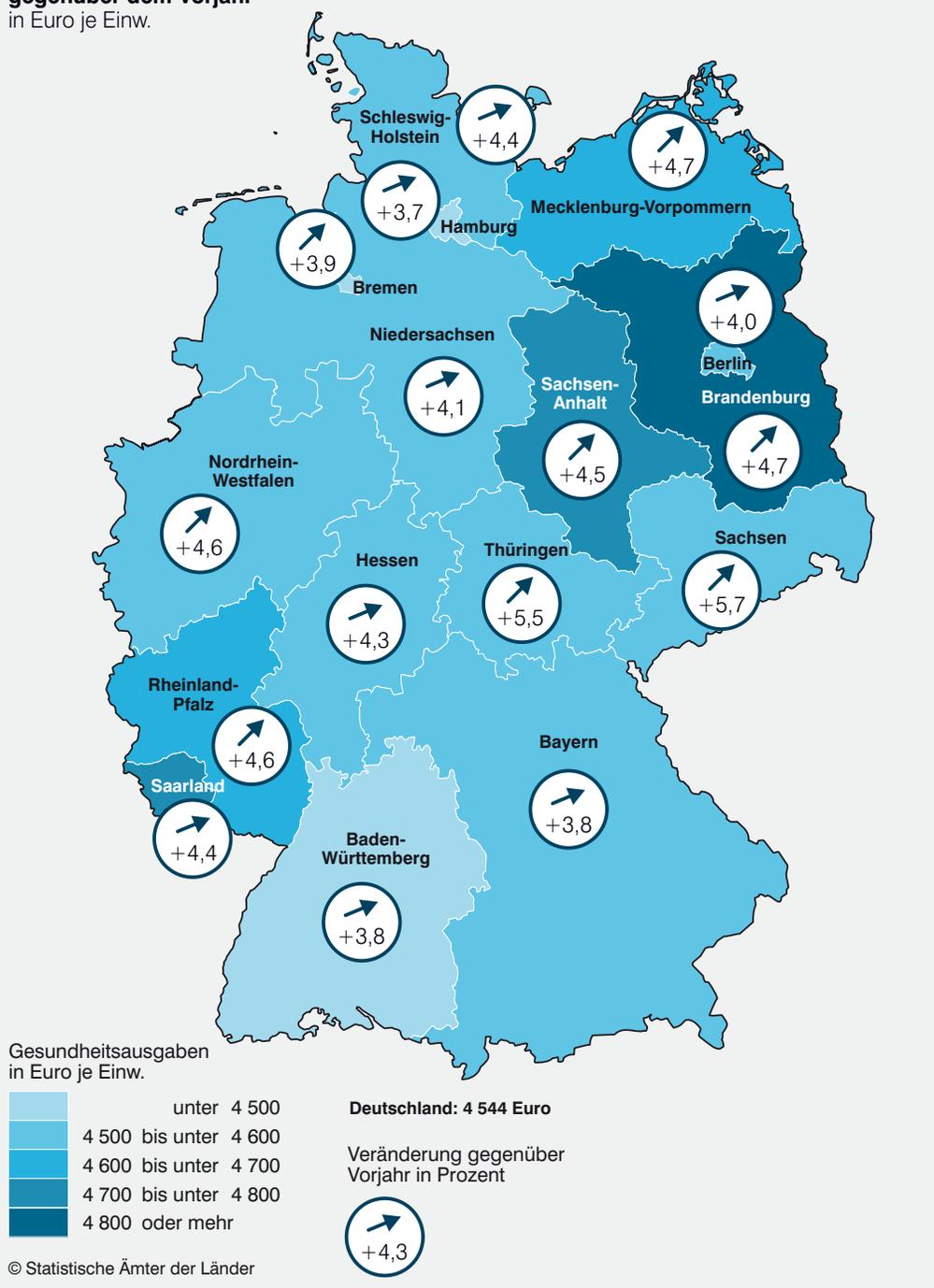


Pfalz und Baden-Württemberg lag der Anteil der GKV allerdings nur bei 54,0 bis 54,6 Prozent. Dagegen wurden in Sachsen-Anhalt die Gesundheitsausgaben zu 64,6 Prozent von der GKV getragen. Auch in den anderen neuen Ländern kamen die

GKV-Anteile nahe an diese Größenordnung heran.

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen lagen die Anteile der privaten Krankenversicherung

Abb. 8
Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2017 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr
 in Euro je Einw.

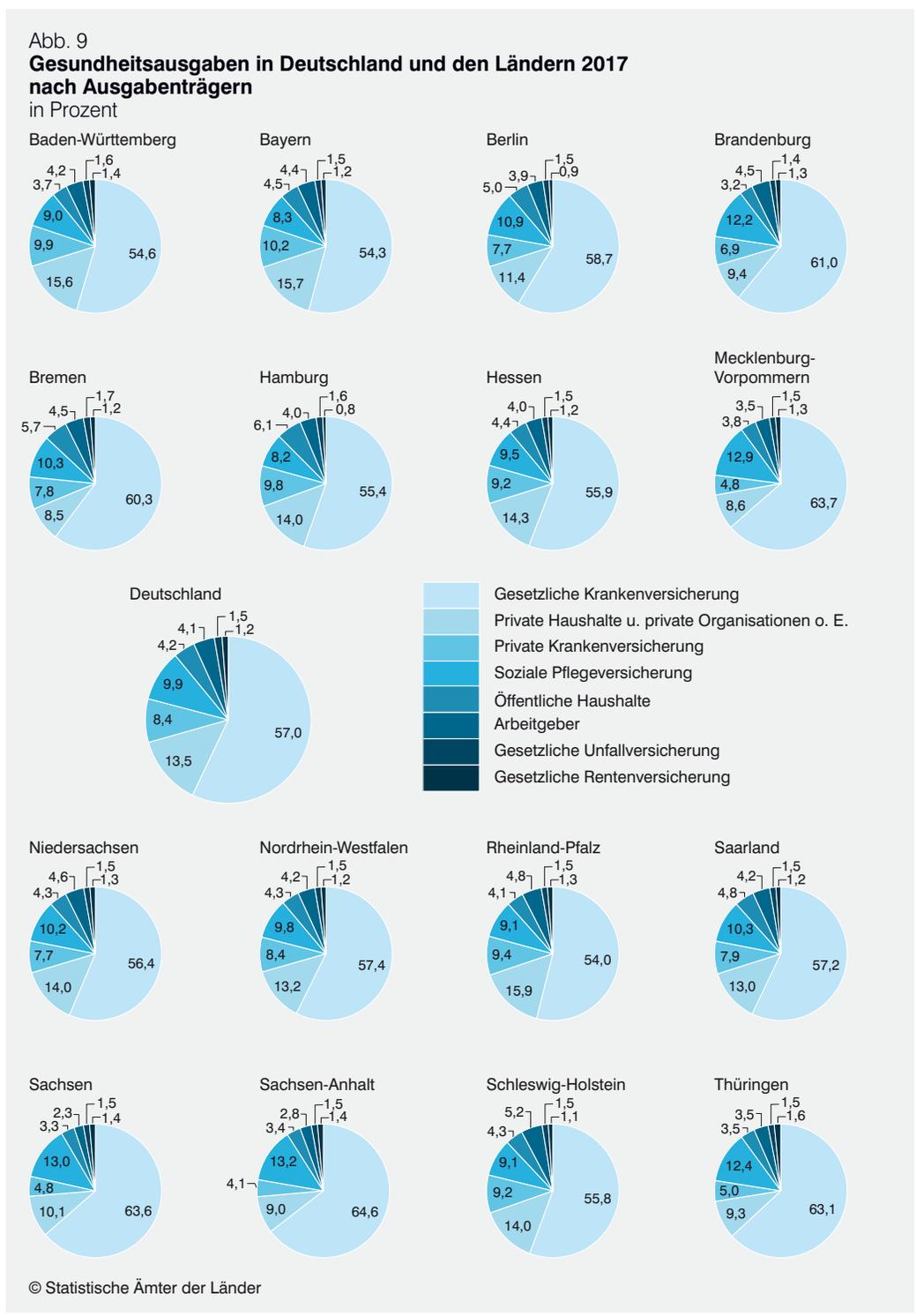




an den Gesundheitsausgaben mit höchstens fünf Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 8,4 Prozent, während die PKV-Anteile in Bayern, Hamburg und Baden-Württemberg rund zehn Prozent betragen.

2.4 Entwicklung der Gesundheitsausgaben ausgewählter Ausgabenträger

Die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern haben sich zwischen 2008 und 2017 sehr unterschiedlich entwickelt (Abbildung 10). Mit einer mittleren jährlichen

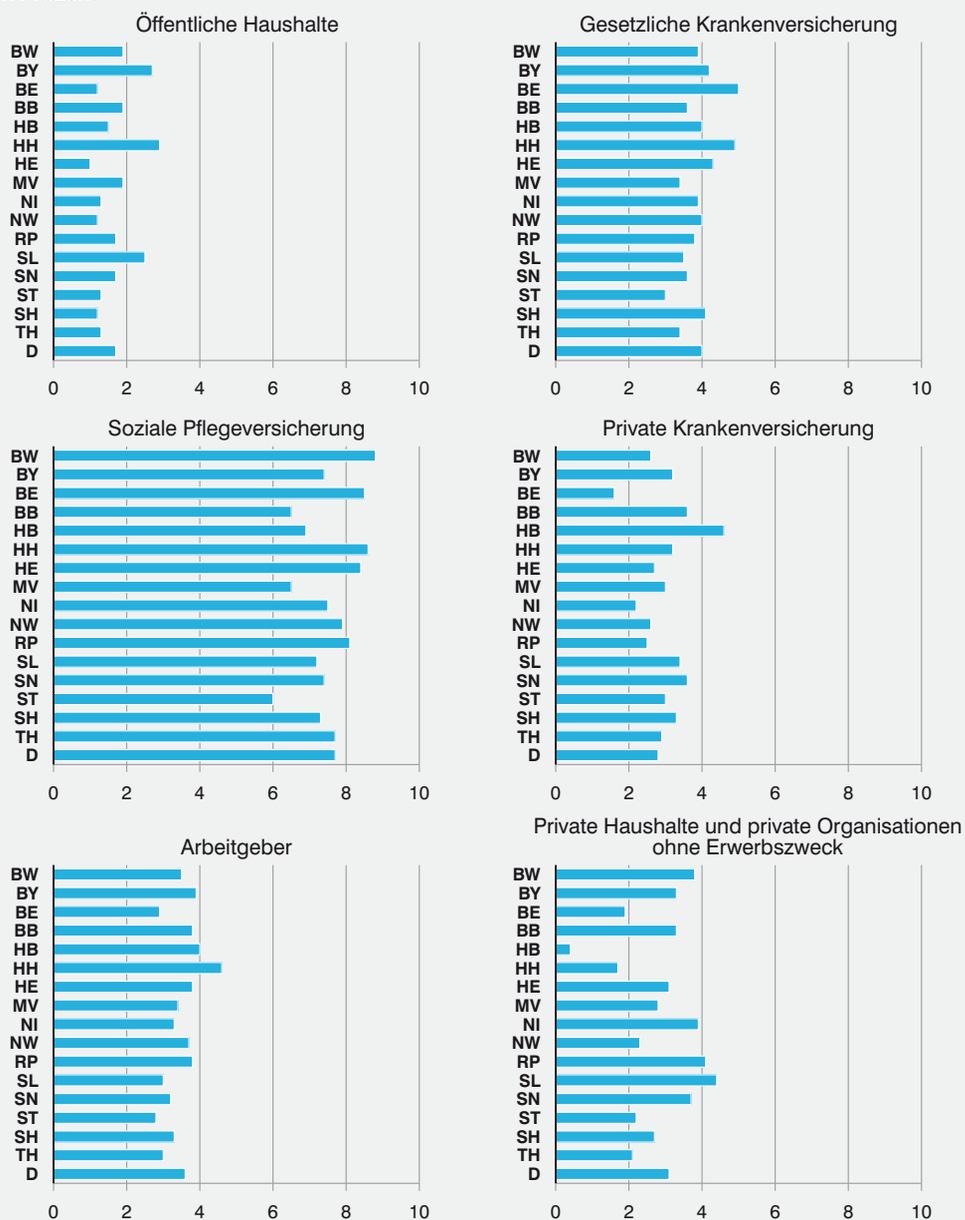




Wachstumsrate von 7,7 Prozent sind die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung im Bundesdurchschnitt seit 2008 am stärksten gewachsen. In Baden-Württemberg haben die Ausgaben der SPV im betrachteten Zeitraum mit durchschnittlich 8,8 Prozent

am meisten zugenommen. In Sachsen-Anhalt war der Zuwachs mit jährlich 6,0 Prozent am niedrigsten. Die GKV-Ausgaben sind in diesem Zeitraum um durchschnittlich 4,0 Prozent gestiegen. Die Werte der 16 Länder lagen dabei im Bereich zwischen

Abb. 10
Mittlere jährliche Wachstumsraten der Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern von 2008 bis 2017 nach ausgewählten Ausgabenträgern
 in Prozent



Länderkürzel: BW - Baden-Württemberg, BY - Bayern, BE - Berlin, BB - Brandenburg, HB - Bremen, HH - Hamburg, HE - Hessen, MV - Mecklenburg-Vorpommern, NI - Niedersachsen, NW - Nordrhein-Westfalen, RP - Rheinland-Pfalz, SL - Saarland, SN - Sachsen, ST - Sachsen-Anhalt, SH - Schleswig-Holstein, TH - Thüringen, D - Deutschland.

© Statistische Ämter der Länder



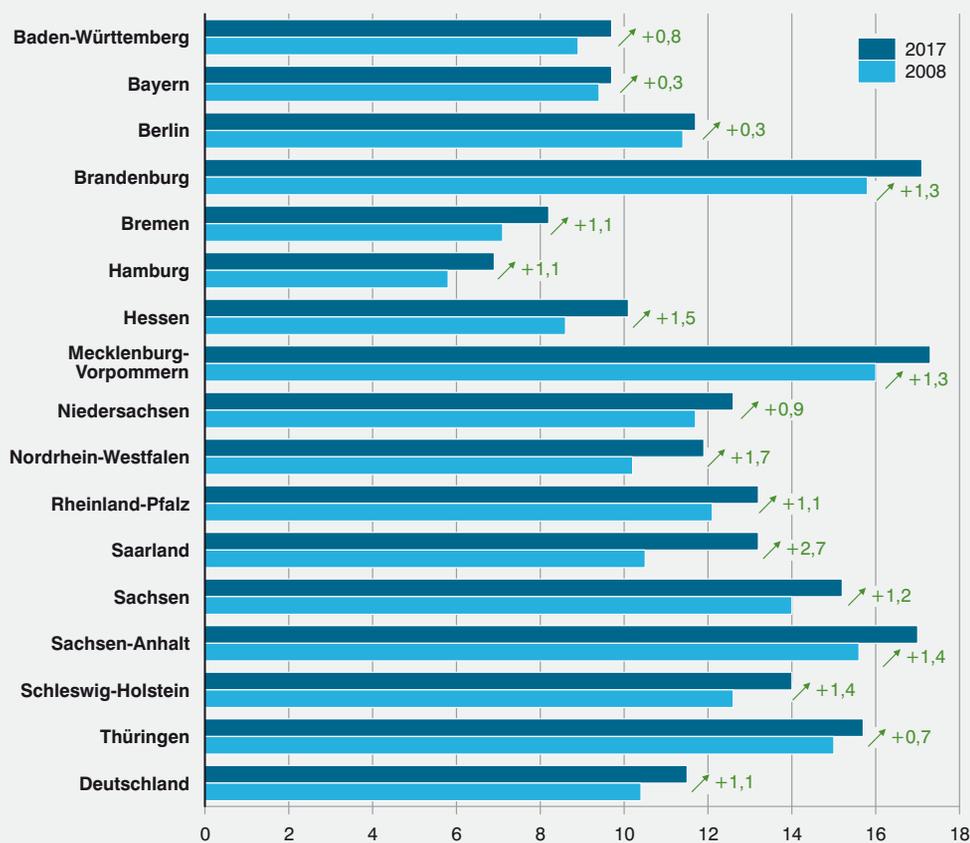
3,0 Prozent in Sachsen-Anhalt und 5,0 Prozent in Berlin. Deutlich stärker streuen die mittleren Wachstumsraten der PKV-Ausgaben. In Berlin war das Wachstum mit 1,6 Prozent am geringsten und in Bremen mit 4,6 Prozent bundesweit am höchsten. Bei den privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck weist Bremen mit 0,4 Prozent den niedrigsten Wert auf, im Saarland sind die Ausgaben für diesen Träger dagegen durchschnittlich um 4,4 Prozent pro Jahr gewachsen. Ähnlich differenziert verhielt sich die Entwicklung bei den Ausgaben der öffentlichen Haushalte. In Hessen erhöhten sich die Ausgaben dieses Ausgabenträgers von 2008 bis 2017 durchschnittlich um lediglich 1,0 Prozent, in Hamburg dagegen um 2,9 Prozent. Die

Ausgaben der Arbeitgeber sind im Bundesdurchschnitt bis 2017 um jährlich 3,6 Prozent gestiegen. Die Spannweite reichte hier von 2,8 Prozent in Sachsen-Anhalt bis 4,6 Prozent in Hamburg.

2.5 Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

Abbildung 11 weist den relativen Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für die Jahre 2008 und 2017 aus, man spricht auch von der sogenannten Gesundheitsausgabenquote.¹² Während sich das Niveau dieser Kennzahl zwischen den Ländern deutlich unterscheidet, hat die Gesundheitsausgabenquote jedoch in allen 16 Ländern von 2008 auf 2017 zugenommen. Im Saarland war der Zuwachs mit

Abb. 11
Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 und 2017
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



© Statistische Ämter der Länder

12 Hierbei ist zu beachten, dass die Gesundheitsausgaben auf dem Inländerkonzept und das BIP auf dem Inlandskonzept basiert.

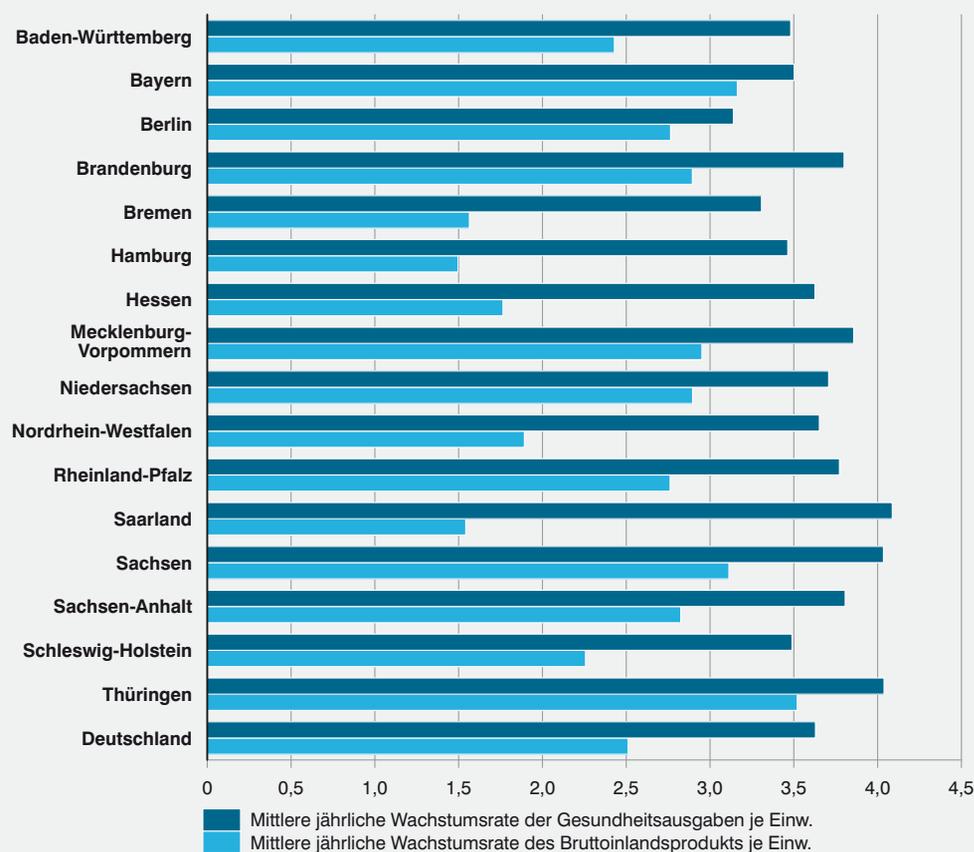


2,7 Prozentpunkten am höchsten, in Bayern und Berlin mit jeweils 0,3 Prozentpunkten am niedrigsten. In Deutschland nahm die Gesundheitsausgabenquote von 2008 bis 2017 von 10,4 Prozent auf 11,5 Prozent zu. Den höchsten Wert hatte die Kennzahl sowohl 2008 als auch 2017 in Mecklenburg-Vorpommern mit 16,0 bzw. 17,3 Prozent. In Hamburg war der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP 2008 mit 5,8 Prozent und 2017 mit 6,9 Prozent jeweils am geringsten. Unter den Flächenländern wiesen Baden-Württemberg und Bayern 2017 mit jeweils 9,7 Prozent die niedrigste Gesundheitsausgabenquote aus.

Beim Vergleich der mittleren jährlichen Wachstumsrate der Gesundheitsausgaben je Einw. und des Bruttoinlandsprodukts je Einw. von 2008 bis 2017 (Abbildung 12) wird deutlich, dass die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben stärker gewachsen sind als das Pro-Kopf-BIP. Der jährliche Zuwachs des Pro-Kopf-BIP lag dabei in den Ländern zwischen 1,5 und 3,5 Prozent, die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben sind im Mittel zwischen 3,1 und 4,1 Prozent jährlich angestiegen. Im Saarland unterscheiden sich die Werte des mittleren jährlichen Zuwachses mit 1,5 Prozent beim BIP und 4,1 Prozent bei den Gesundheitsausgaben am deutlichsten.

Abb. 12

Mittlere jährliche Wachstumsraten der Gesundheitsausgaben je Einw. und des Bruttoinlandsprodukts je Einw. in Deutschland und den Ländern von 2008 bis 2017
in Prozent



© Statistische Ämter der Länder



3 Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz

3.1 Methodische Hinweise

- 13 Zu beachten ist die unterschiedliche Abgrenzung der Erwerbstätigen im WSE und des Gesundheitspersonals der GPR. Während in die GPR eine Person mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen mehrfach eingeht, wird bei der Zahl der Erwerbstätigen eine Person nur einmal mit ihrer überwiegenden Tätigkeit gezählt.
- 14 Die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft im WSE nach der Wirtschaftszweigklassifikation unterscheidet sich von der Abgrenzung der Einrichtungen des Gesundheitswesens der GPR, die auf dem System of Health Accounts der OECD basiert. Die Ergebnisse sind deshalb zwischen WSE und GPR nicht direkt vergleichbar.
- 15 Für eine ausführliche Beschreibung der verschiedenen Vorgehensweisen sei auf die Methodenbeschreibung der AG GGRdL verwiesen. Verfügbar unter: http://www.ggrdl.de/GGR/Q_P_VI_meth_2019.pdf.

Der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) liefert Daten zur Bruttowertschöpfung (BWS) und den Erwerbstätigen (ET) in der Gesundheitswirtschaft und ermöglicht den Vergleich der Gesundheitswirtschaft mit der Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit in anderen Bereichen der Volkswirtschaft.¹³ Ziel des WSE ist es, die wirtschaftlichen Elemente der Gesundheitswirtschaft zu beschreiben, deren Wirtschaftskraft zu quantifizieren und die Voraussetzungen für Prognosen und Planungen von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern zu schaffen. Mittels der Kenngrößen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige wird der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft aufgezeigt.

Der von der AG GGRdL entwickelte länderübergreifende Ansatz nutzt eine wirtschaftszweigbasierte Abgrenzung (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 – WZ 2008) der Gesundheitswirtschaft. Die WZ-Abgrenzung ermöglicht die Nutzung qualitativ hochwertiger und tief gegliederter Daten der Arbeitskreise Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL) und Erwerbstätigenrechnung (AK ETR) sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Die Gesundheitswirtschaft umfasst als Querschnittsbranche mehrere WZ.¹⁴ Es wird zwischen dem Bereich Q (Gesundheits- und Sozialwesen), der nahezu vollständig der Gesundheitswirtschaft zuzuordnen ist, sowie sonstigen, nur teilweise relevanten Bereichen – zum Beispiel im Verarbeitenden Gewerbe oder im Handel – unterschieden. In diesen Bereichen erfolgt eine Schlüsselung der BWS bzw. ET (WZ 2-Steller) anhand der Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (WZ 5-Steller), eine Schätzung auf Basis frü-

herer WZ Abgrenzungen (WZ 2003) oder in seltenen Fällen eine Abgrenzung auf Basis von Experteneinschätzungen.¹⁵

Die Bruttowertschöpfung der einzelnen gesundheitswirtschaftlichen WZ wird in jeweiligen Preisen, je Erwerbstätigen sowie je Einw. und in Vorjahrespreisen berechnet. Zudem werden die preisbereinigte Änderungsrate gegenüber dem Vorjahr und der Kettenindex (2010 = 100) ermittelt.

In dieser Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter der Länder werden die Ergebnisse des WSE für die Jahre 2008 bis 2018 mit Berechnungsstand Juni 2019 dargestellt.

3.2 Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft

Die in jeweiligen Preisen ausgewiesene Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft lag 2018 bezogen auf die Zahl der Einw. zwischen 2673 Euro in Brandenburg und 5442 Euro in Hamburg (Abbildung 13). In allen neuen Ländern befanden sich die Werte unterhalb des Länderdurchschnitts (3646 Euro je Einw.). Auch die Länder Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen wiesen 2018 unterdurchschnittliche Werte auf. Prozentual betrachtet stieg 2018 die Bruttowertschöpfung je Einw. gegenüber dem Vorjahr in Bremen mit 8,8 Prozent am stärksten an, gefolgt von Schleswig-Holstein mit einem Zuwachs von 6,7 Prozent. Im Saarland und in Bayern entwickelte sich die Pro-Kopf-Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft mit plus 2,2 Prozent bzw. 2,3 Prozent im Ländervergleich am schwächsten. Im Durchschnitt aller Länder belief sich das Plus auf 4,3 Prozent.

Abbildung 14 zeigt die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Jahre 2016 und 2018. Die drei Länder mit der geringsten Bevölkerungszahl verzeichneten 2018 im Ländervergleich auch die geringste Brutto-



wertschöpfung (in jeweiligen Preisen) in der Gesundheitswirtschaft. So erwirtschaftete Bremen gut 2,9 Milliarden Euro, das Saarland 3,9 Milliarden Euro und Mecklenburg-Vorpommern 4,9 Milliarden Euro. Die mit Abstand höchste Bruttowertschöpfung der

Gesundheitswirtschaft erzielte Nordrhein-Westfalen mit 63,2 Milliarden Euro, gefolgt von Bayern (43,8 Milliarden Euro) und Baden-Württemberg (42,5 Milliarden Euro), entsprechend der Rangfolge bei der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung

Abb. 13

Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr

in Euro je Einw.

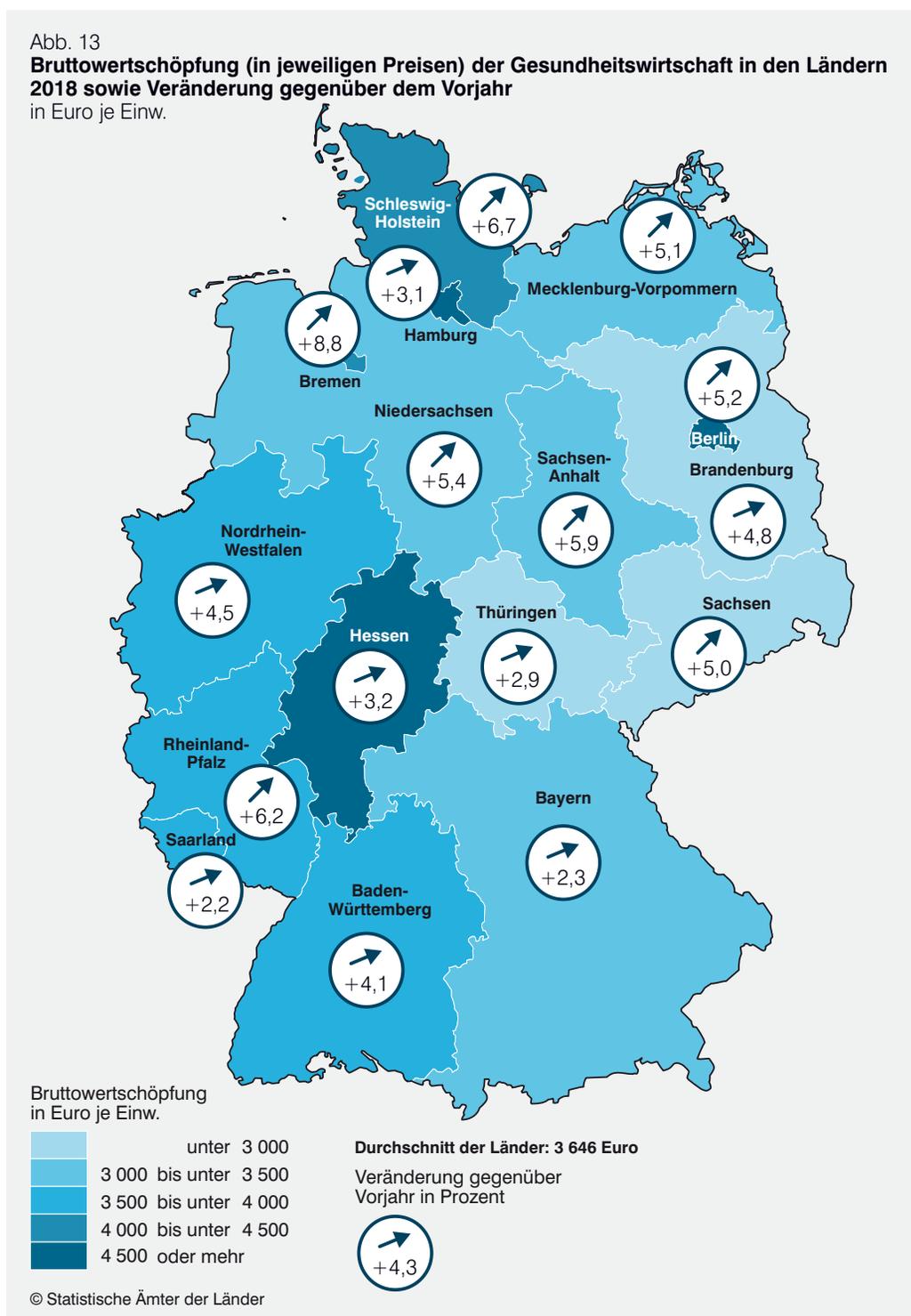
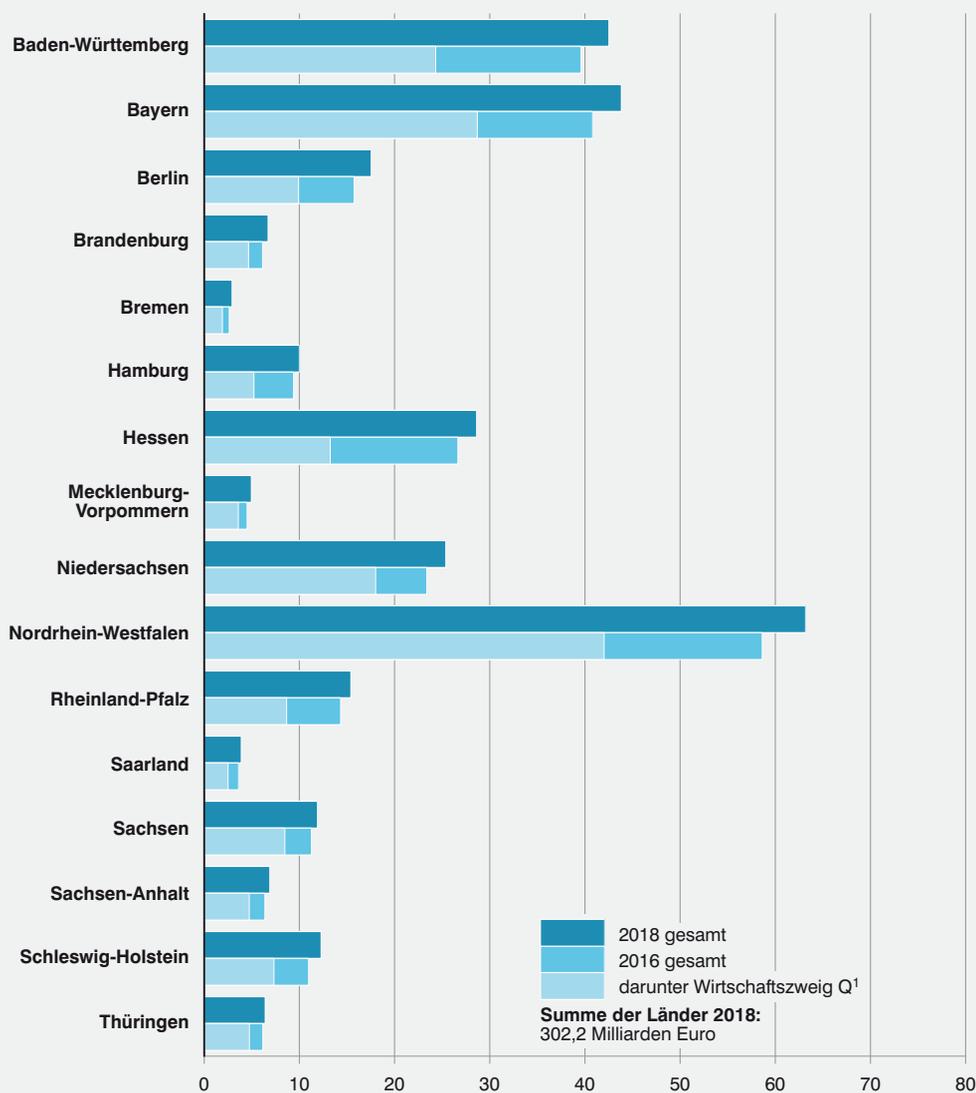




Abb. 14
Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2016 und 2018
in Milliarden Euro



1 Gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q – Gesundheits- und Sozialwesen – der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

© Statistische Ämter der Länder

insgesamt in diesen Ländern. Zwischen 2016 und 2018 nahm die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in allen Ländern zu, durchschnittlich um 7,9 Prozent. Je nach Land fiel der Anteil der Bruttowertschöpfung des Kernbereichs der Gesundheitswirtschaft (WZ Q – „Gesundheits- und Sozialwesen“) an der gesundheitswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung insgesamt unterschiedlich

aus. Während in Mecklenburg-Vorpommern 2016 rund vier Fünftel (79,5 Prozent) der Wertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft auf diesen Kernbereich entfielen, lag der Anteil in Hessen lediglich bei 49,7 Prozent. Im Durchschnitt aller Länder waren 67,1 Prozent der gesundheitswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung auf den Kernbereich (WZ Q) zurückzuführen.

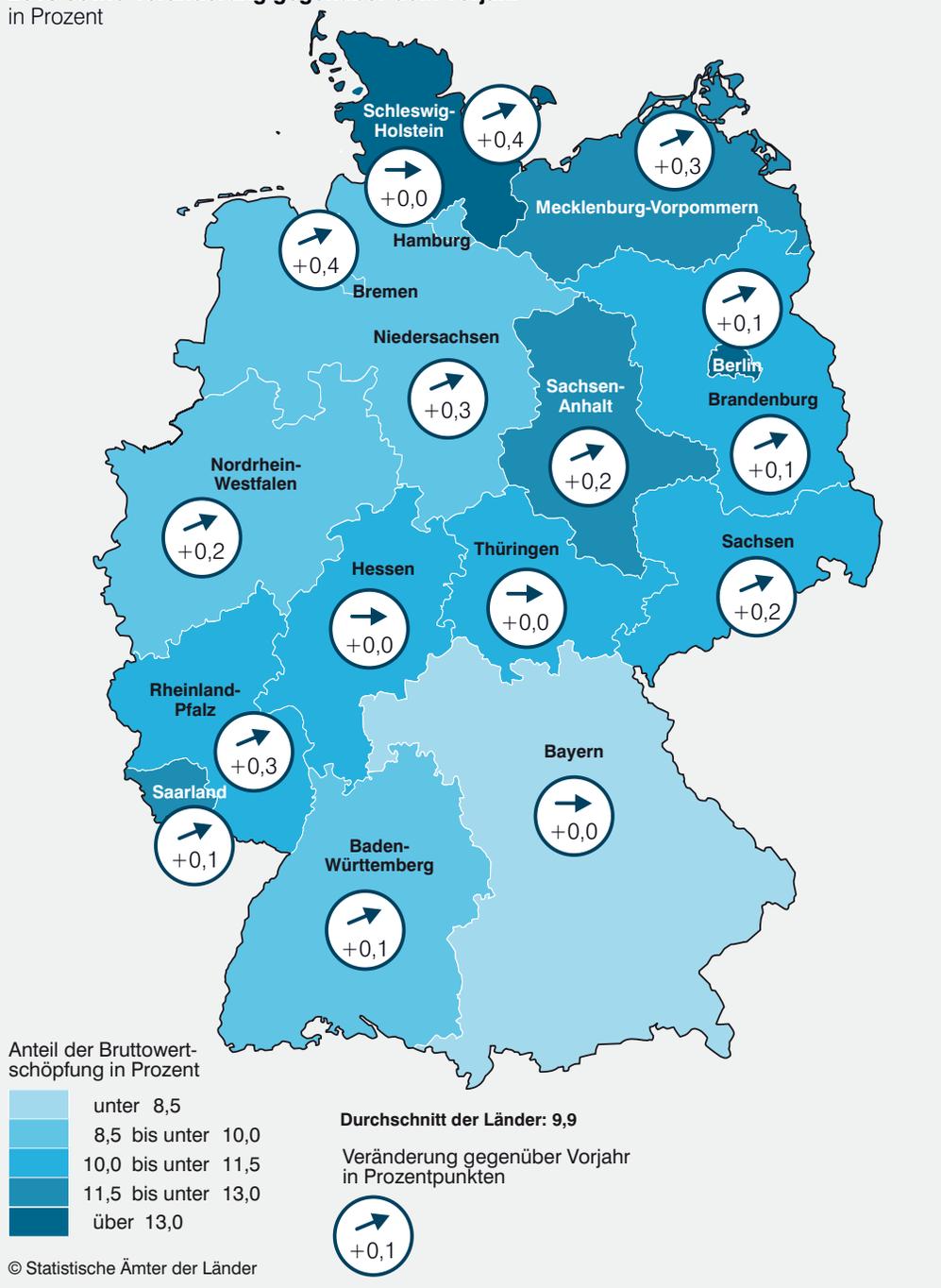


In Abbildung 15 wird der Anteil der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft dargestellt. Es zeigt sich, dass die Gesundheitswirtschaft einen bedeuten-

den Teil zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung¹⁶ beiträgt. 2018 waren in den Ländern durchschnittlich 9,9 Prozent der Bruttowertschöpfung auf die gesundheitswirtschaftlichen Branchen zurückzu-

Abb. 15

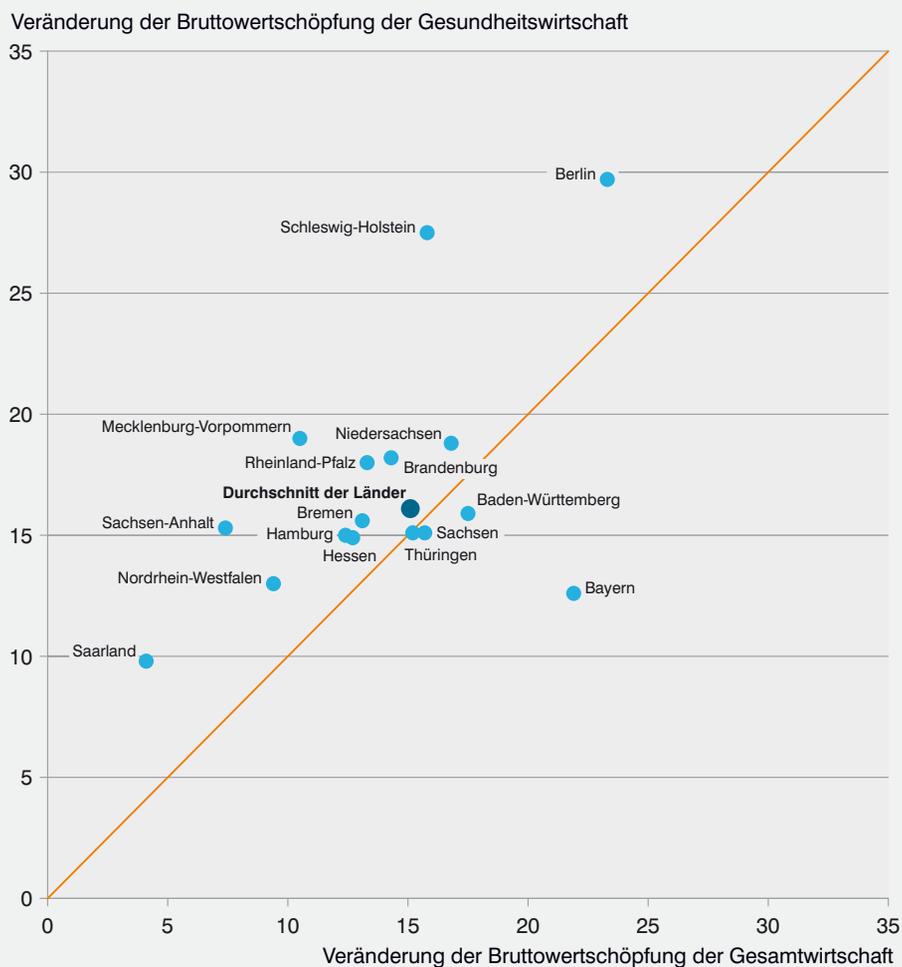
Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



16 AK VGRdL, Berechnungsstand: August 2018/Februar 2019 (VGR des Bundes).



Abb. 16
**Veränderung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet)
der Gesundheitswirtschaft und der Gesamtwirtschaft in den Ländern von 2010 bis 2018**
in Prozent



führen. Für die Gesamtwirtschaft Schleswig-Holsteins war die Gesundheitswirtschaft 2018 mit einem Anteil von 14,0 Prozent so bedeutend wie in keinem anderen Land. Aber auch in Berlin (13,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (12,2 Prozent) nahm die Gesundheitswirtschaft 2018 einen hohen Stellenwert ein. Dagegen lag der Anteil der gesundheitswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Bayern mit 7,8 Prozent im Ländervergleich am niedrigsten. Gegenüber dem Vorjahr konnte 2018 in Schleswig-Holstein und in Bremen mit

jeweils +0,4 Prozentpunkten die stärkste Erhöhung der Anteile verzeichnet werden. In vier Ländern blieb der Anteil zum Vorjahr konstant, im Durchschnitt aller Länder erhöhte sich der Anteil der Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft zum Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte.

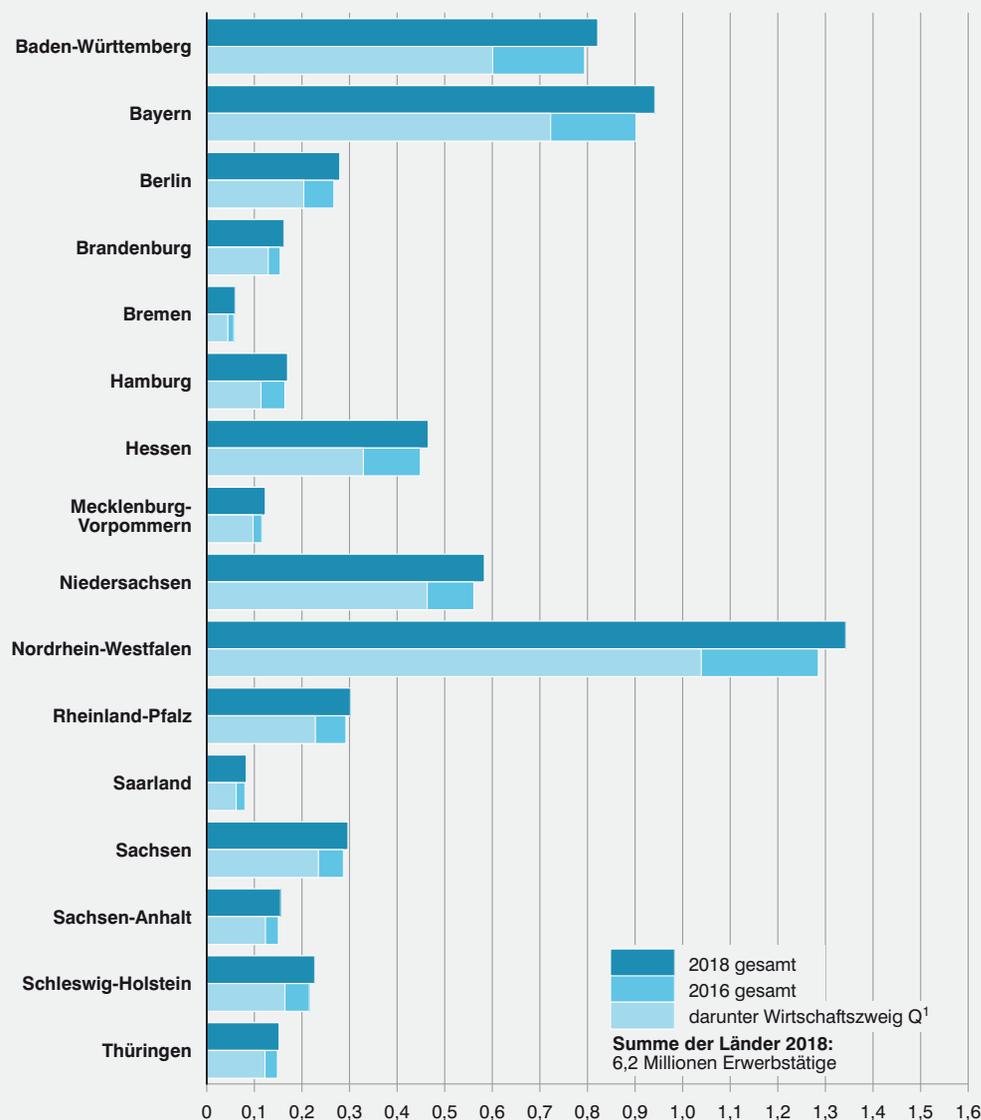
Stellt man die Veränderungsdaten (2010 bis 2018) der preisbereinigten Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft der preisbereinigten Bruttowertschöpfung



der Gesamtwirtschaft gegenüber (Abbildung 16), so lässt sich feststellen, dass in den meisten Ländern die Gesundheitswirtschaft im Schnitt stärker gewachsen ist als die Gesamtwirtschaft. Im Länderdurchschnitt lag die Wachstumsrate der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in

der Gesundheitswirtschaft um einen Prozentpunkt höher als in der Gesamtwirtschaft. In Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt war die Differenz der Wachstumsraten mit 7,9 bis 11,7 Prozentpunkten besonders stark. Die höchsten Wachstumsraten der Ge-

Abb. 17
Erwerbstätige der Gesundheitswirtschaft im Jahresdurchschnitt in den Ländern 2016 und 2018
 in Millionen



1 Gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q – Gesundheits- und Sozialwesen – der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).



sundheitswirtschaft wurden im Zeitraum 2010 bis 2018 in Berlin mit knapp 30 Prozent und Schleswig-Holstein mit knapp 28 Prozent erzielt. Ein im Vergleich zur Gesamtwirtschaft geringeres Wachstum der Gesundheitswirtschaft ließ sich in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen beobachten. Im Saarland und in Bayern hatte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft den geringsten Zuwachs mit 9,8 und 12,6 Prozent. Im Saarland war auch die Änderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft mit 4,1 Prozent im Ländervergleich die geringste.

3.3 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft

In Abbildung 17 werden die Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft 2016 und 2018 dargestellt. Nordrhein-Westfalen, als bevölkerungsreichstes Land, wies 2018 im Vergleich der Länder mit rund 1 342 200 Personen die höchste Zahl an Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft auf, das einwohnerärmste Land Bremen mit 59 200 Personen dagegen die geringste Erwerbstätigenzahl. Der Großteil der Erwerbstätigen arbeitete dabei im Kernbereich der Gesundheitswirtschaft, dem Gesundheits- und Sozialwesen (WZ Q). 2016 traf dies im Länderdurchschnitt auf 79 Prozent der in der Gesundheitswirtschaft insgesamt erwerbstätigen Personen zu. Am niedrigsten lag der Anteil mit 69,3 Prozent in Hamburg, während Mecklenburg-Vorpommern 2016 mit 84,3 Prozent den im Ländervergleich höchsten Anteil verzeichnete.

Abbildung 18 zeigt den Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen der Gesamtwirtschaft im Jahr 2018. Aufgrund der überwiegend personalintensiven Branchen der Gesundheitswirtschaft ergibt sich bei der Erwerbstätigkeit¹⁷ – verglichen mit der Wertschöpfung – ein deutlich höherer An-

teil an der Gesamtwirtschaft. Im Länderdurchschnitt hatten 2018 knapp 14 Prozent aller Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz in der Gesundheitswirtschaft. In Bayern war mit 12,3 Prozent der geringste Anteil zu verzeichnen, gegenüber 16,2 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, dem im Ländervergleich höchsten Wert. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft verlief dynamischer als in der Gesamtwirtschaft. Dies wird an der Veränderung der Anteile zum Vorjahr deutlich. In 14 der 16 Länder erhöhte sich der Anteil im Jahr 2018 gegenüber 2017 um mindestens 0,1 Prozentpunkte. In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein belief sich die Zunahme sogar auf jeweils 0,3 Prozentpunkte. In diesen beiden Ländern zeigte sich dementsprechend eine hohe Differenz der Zuwachsraten der Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft und der Gesamtwirtschaft. Die Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft stieg 2018 zum Vorjahr in Schleswig-Holstein mit 3,1 Prozent bundesweit am stärksten, während die Erwerbstätigkeit insgesamt in diesem Land um 1,3 Prozent zunahm. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete Zuwachsraten der Erwerbstätigkeit von 2,7 Prozent in der Gesundheitswirtschaft und 0,8 Prozent in der Gesamtwirtschaft.

3.4 Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft

In Abbildung 19 wird die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft 2016 und 2018 dargestellt. Das Land Berlin wies im Jahr 2018 mit einer Bruttowertschöpfung in Höhe von 62 739 Euro pro Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft von allen Ländern den höchsten Wert auf. Hessen folgte auf Rang 2 mit einem Wert von 61 497 Euro, Hamburg belegte den dritten Rang mit einer Bruttowertschöpfung von 58 900 Euro je Erwerbstätigen. Im Durchschnitt aller Länder

17 AK ETR, Berechnungsstand: August 2018 / Februar 2019 (VGR des Bundes).



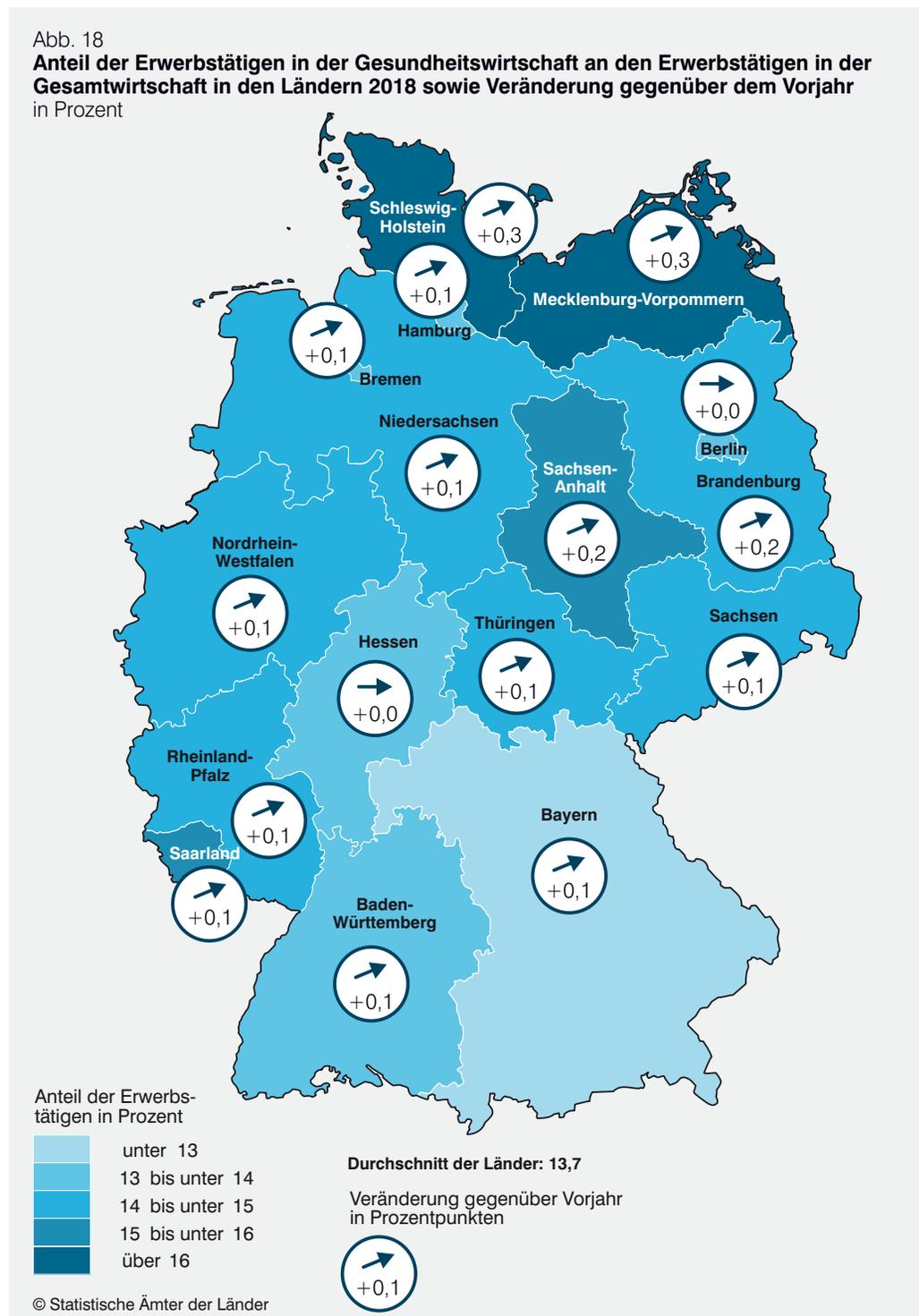
belieft sich der Wert auf 49065 Euro je Erwerbstätigen.

Das „Gesundheits- und Sozialwesen“ (WZ Q) als Kernbereich der Gesundheitswirtschaft ist dem Dienstleistungsbereich

zuzuordnen, in dem die Arbeitsproduktivität generell niedriger als in den restlichen Bereichen der Gesundheitswirtschaft liegt, insbesondere im Vergleich zu den gesundheitsbezogenen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes.

Abb. 18

Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2018 sowie Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

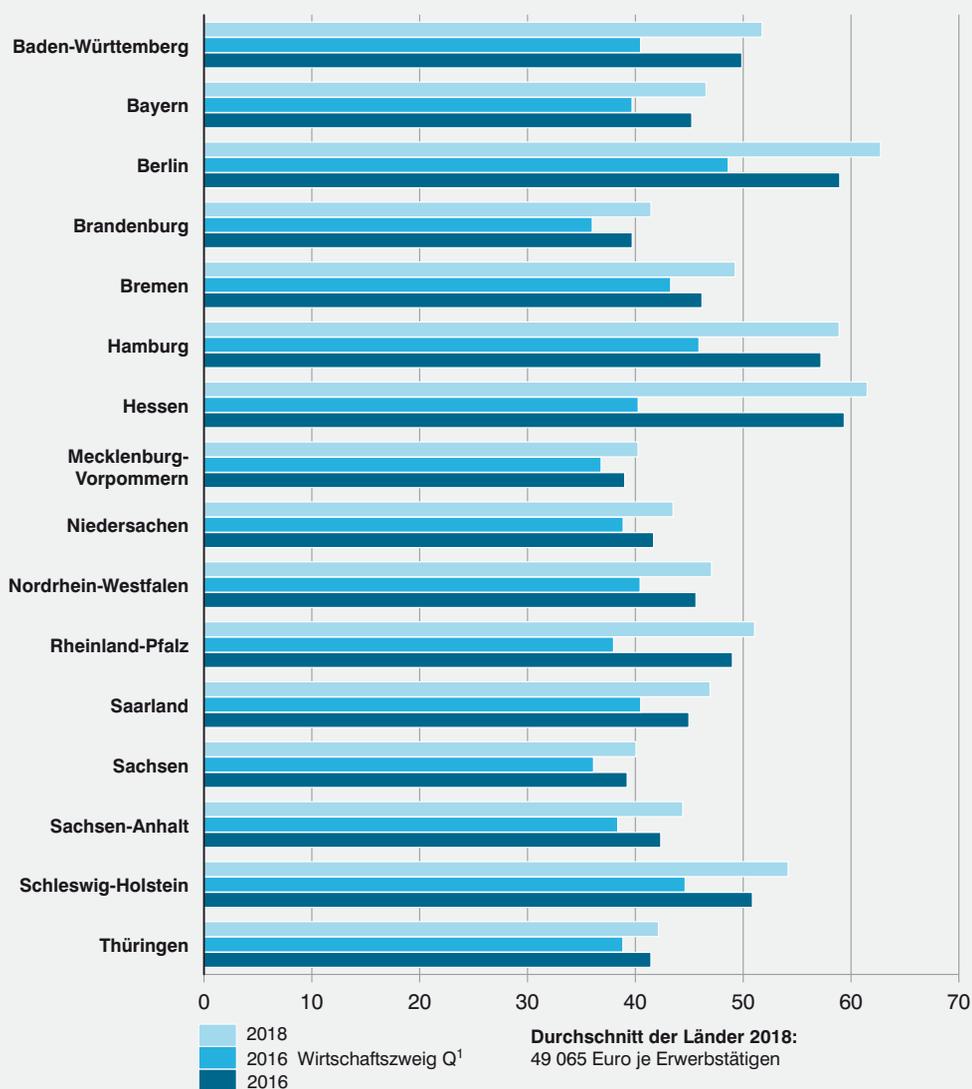




Im Jahr 2016, für das die aktuellsten Werte für den WZ Q zur Verfügung stehen, lag die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen mit 48611 Euro erneut in Berlin bundesweit am höchsten. Aber auch Hamburg stach mit einem Wert von 45900 Euro hervor. Im Länderdurchschnitt belief sich 2016 die

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Kernbereich auf 40194 Euro. Alle neuen Länder, aber auch Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, verzeichneten 2016 im Gesundheits- und Sozialwesen eine unterdurchschnittliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Abb. 19
Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2016 und 2018
in Tausend Euro



1 Gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q – Gesundheits- und Sozialwesen – der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Tabellen



Tabelle 1 : Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung

Land Bund	Insgesamt	Davon							
		Gesund- heitsschutz	Ambulante Ein- richtungen	davon					Ambulante Pflege
				Arztpraxen	Zahnarzt- praxen	Praxen sonstiger med. Berufe	Apotheken	im Einzel- handel	
1 000 Beschäftigte¹⁾									
Baden-Württemberg	763,0	2,2	289,0	92,3	48,7	67,9	30,0	16,5	33,6
Bayern	887,3	4,4	373,5	123,4	61,4	81,9	35,3	19,8	51,6
Berlin ²⁾	247,8	4,7	105,0	29,9	16,3	23,1	8,2	5,5	21,9
Brandenburg	146,2	1,1	64,4	16,2	8,3	13,6	5,8	3,2	17,3
Bremen ²⁾	50,3	0,5	21,3	7,2	2,9	3,5	2,1	1,0	4,6
Hamburg ²⁾	140,0	1,0	57,8	18,4	9,1	11,4	5,4	2,6	10,9
Hessen	434,5	3,7	168,3	52,0	26,9	34,7	16,9	9,7	28,1
Mecklenburg-Vorpommern	108,6	0,6	42,8	11,6	5,5	8,9	4,0	1,8	11,0
Niedersachsen	528,2	3,9	230,3	65,8	35,5	53,9	24,2	11,2	39,7
Nordrhein-Westfalen	1 174,7	8,2	493,5	150,8	75,8	109,5	50,3	27,9	79,2
Rheinland-Pfalz	264,8	1,2	106,1	32,9	15,9	26,9	10,2	5,5	14,6
Saarland	75,3	0,4	29,0	9,5	3,7	6,6	3,5	2,1	3,6
Sachsen	271,0	1,5	115,2	29,4	15,7	27,5	11,1	5,7	25,8
Sachsen-Anhalt	143,3	1,1	56,9	15,3	8,0	13,0	5,7	2,9	12,0
Schleswig-Holstein	203,0	1,1	79,4	22,9	11,9	19,5	8,0	4,5	12,6
Thüringen	141,1	1,4	55,7	15,2	8,4	12,0	5,5	3,0	11,5
Deutschland	5 579	37	2 287	693	354	514	226	123	378
Anteil an Insgesamt in %									
Baden-Württemberg	100	0,3	37,9	12,1	6,4	8,9	3,9	2,2	4,4
Bayern	100	0,5	42,1	13,9	6,9	9,2	4,0	2,2	5,8
Berlin ²⁾	100	1,9	42,4	12,1	6,6	9,3	3,3	2,2	8,9
Brandenburg	100	0,8	44,0	11,1	5,7	9,3	4,0	2,2	11,8
Bremen ²⁾	100	1,0	42,4	14,3	5,7	7,0	4,2	2,0	9,1
Hamburg ²⁾	100	0,7	41,3	13,1	6,5	8,1	3,9	1,8	7,8
Hessen	100	0,9	38,7	12,0	6,2	8,0	3,9	2,2	6,5
Mecklenburg-Vorpommern	100	0,5	39,4	10,7	5,1	8,2	3,7	1,6	10,1
Niedersachsen	100	0,7	43,6	12,5	6,7	10,2	4,6	2,1	7,5
Nordrhein-Westfalen	100	0,7	42,0	12,8	6,5	9,3	4,3	2,4	6,7
Rheinland-Pfalz	100	0,5	40,1	12,4	6,0	10,2	3,8	2,1	5,5
Saarland	100	0,5	38,5	12,6	4,9	8,8	4,6	2,8	4,8
Sachsen	100	0,6	42,5	10,8	5,8	10,2	4,1	2,1	9,5
Sachsen-Anhalt	100	0,8	39,7	10,7	5,6	9,1	4,0	2,1	8,4
Schleswig-Holstein	100	0,5	39,1	11,3	5,9	9,6	3,9	2,2	6,2
Thüringen	100	1,0	39,5	10,8	5,9	8,5	3,9	2,1	8,2
Deutschland	100	0,7	41,0	12,4	6,3	9,2	4,1	2,2	6,8
Beschäftigte je 1 000 Einw.									
Baden-Württemberg	69,2	0,2	26,2	8,4	4,4	6,2	2,7	1,5	3,1
Bayern	68,3	0,3	28,7	9,5	4,7	6,3	2,7	1,5	4,0
Berlin ²⁾	68,6	1,3	29,0	8,3	4,5	6,4	2,3	1,5	6,1
Brandenburg	58,4	0,4	25,7	6,5	3,3	5,4	2,3	1,3	6,9
Bremen ²⁾	73,8	0,8	31,3	10,6	4,2	5,2	3,1	1,5	6,7
Hamburg ²⁾	76,5	0,5	31,6	10,1	5,0	6,2	2,9	1,4	6,0
Hessen	69,6	0,6	27,0	8,3	4,3	5,6	2,7	1,6	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	67,4	0,4	26,6	7,2	3,4	5,5	2,5	1,1	6,8
Niedersachsen	66,3	0,5	28,9	8,3	4,5	6,8	3,0	1,4	5,0
Nordrhein-Westfalen	65,6	0,5	27,6	8,4	4,2	6,1	2,8	1,6	4,4
Rheinland-Pfalz	65,0	0,3	26,0	8,1	3,9	6,6	2,5	1,4	3,6
Saarland	75,8	0,4	29,2	9,5	3,7	6,7	3,5	2,1	3,6
Sachsen	66,4	0,4	28,2	7,2	3,8	6,7	2,7	1,4	6,3
Sachsen-Anhalt	64,5	0,5	25,6	6,9	3,6	5,8	2,6	1,3	5,4
Schleswig-Holstein	70,3	0,4	27,5	7,9	4,1	6,8	2,8	1,6	4,4
Thüringen	65,6	0,6	25,9	7,1	3,9	5,6	2,6	1,4	5,4
Deutschland	67,4	0,4	27,6	8,4	4,3	6,2	2,7	1,5	4,6

Anmerkungen siehe nächste Seite.



Noch: Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung

Stationäre/ teilstationäre Einrichtungen	Davon							Land Bund
	Kranken- häuser	Vorsorge-/ Rehabilita- tionsein- richtungen	Stationäre/ teilstationäre Pflege	Rettungs- dienste	in der Verwaltung	Sonstige Einrichtungen	Vorlei- tungsein- richtungen	
1 000 Beschäftigte¹⁾								
263,9	152,5	20,5	90,9	9,3	24,1	57,9	116,6	Baden-Württemberg
314,6	189,2	24,8	100,7	10,3	27,2	68,3	88,9	Bayern
71,8	50,0	.	21,8	2,7	19,3	19,0	25,2	Berlin ²⁾
49,7	27,0	3,9	18,8	2,7	6,8	13,2	8,4	Brandenburg
18,3	11,6	.	6,7	0,2	2,9	3,6	3,4	Bremen ²⁾
44,7	31,3	.	13,4	2,5	9,0	9,6	15,3	Hamburg ²⁾
138,2	79,3	11,1	47,8	6,8	12,8	32,8	72,0	Hessen
42,7	22,3	5,5	14,9	2,2	5,5	8,5	6,4	Mecklenburg-Vorpommern
197,8	100,4	12,0	85,3	6,4	18,8	41,8	29,2	Niedersachsen
441,1	263,2	16,6	161,3	9,0	47,4	94,1	81,5	Nordrhein-Westfalen
95,8	58,3	5,5	32,1	3,3	10,7	21,4	26,2	Rheinland-Pfalz
28,3	16,9	1,9	9,6	1,0	3,8	5,2	7,6	Saarland
98,9	53,3	6,6	39,0	4,1	12,8	21,4	17,1	Sachsen
54,2	30,2	2,3	21,7	2,2	6,8	11,7	10,4	Sachsen-Anhalt
74,7	38,8	6,0	29,9	2,2	5,2	15,2	25,1	Schleswig-Holstein
53,3	30,8	3,2	19,4	2,0	6,0	11,3	11,5	Thüringen
1 988	1 155	121	712	67	219	435	545	Deutschland
Anteil an Insgesamt in %								
34,6	20,0	2,7	11,9	1,2	3,2	7,6	15,3	Baden-Württemberg
35,5	21,3	2,8	11,3	1,2	3,1	7,7	10,0	Bayern
29,0	20,2	.	8,8	1,1	7,8	7,7	10,2	Berlin ²⁾
34,0	18,4	2,7	12,9	1,9	4,6	9,0	5,8	Brandenburg
36,4	23,0	.	13,4	0,5	5,8	7,1	6,8	Bremen ²⁾
31,9	22,4	.	9,5	1,8	6,5	6,9	11,0	Hamburg ²⁾
31,8	18,2	2,6	11,0	1,6	2,9	7,5	16,6	Hessen
39,3	20,5	5,1	13,7	2,0	5,0	7,8	5,9	Mecklenburg-Vorpommern
37,5	19,0	2,3	16,2	1,2	3,6	7,9	5,5	Niedersachsen
37,5	22,4	1,4	13,7	0,8	4,0	8,0	6,9	Nordrhein-Westfalen
36,2	22,0	2,1	12,1	1,2	4,0	8,1	9,9	Rheinland-Pfalz
37,6	22,4	2,5	12,8	1,3	5,0	6,9	10,1	Saarland
36,5	19,7	2,4	14,4	1,5	4,7	7,9	6,3	Sachsen
37,8	21,1	1,6	15,1	1,6	4,8	8,1	7,3	Sachsen-Anhalt
36,8	19,1	3,0	14,7	1,1	2,6	7,5	12,4	Schleswig-Holstein
37,8	21,8	2,2	13,7	1,4	4,2	8,0	8,2	Thüringen
35,6	20,7	2,2	12,8	1,2	3,9	7,8	9,8	Deutschland
Beschäftigte je 1 000 Einw.								
23,9	13,8	1,9	8,2	0,8	2,2	5,3	10,6	Baden-Württemberg
24,2	14,6	1,9	7,7	0,8	2,1	5,3	6,8	Bayern
19,9	13,8	.	6,0	0,8	5,3	5,3	7,0	Berlin ²⁾
19,8	10,8	1,5	7,5	1,1	2,7	5,3	3,4	Brandenburg
26,9	17,0	.	9,9	0,3	4,3	5,3	5,0	Bremen ²⁾
24,4	17,1	.	7,3	1,4	4,9	5,3	8,4	Hamburg ²⁾
22,1	12,7	1,8	7,6	1,1	2,0	5,3	11,5	Hessen
26,5	13,8	3,4	9,2	1,3	3,4	5,3	4,0	Mecklenburg-Vorpommern
24,8	12,6	1,5	10,7	0,8	2,4	5,3	3,7	Niedersachsen
24,6	14,7	0,9	9,0	0,5	2,6	5,3	4,5	Nordrhein-Westfalen
23,5	14,3	1,3	7,9	0,8	2,6	5,3	6,4	Rheinland-Pfalz
28,5	17,0	1,9	9,7	1,0	3,8	5,3	7,7	Saarland
24,2	13,1	1,6	9,6	1,0	3,1	5,3	4,2	Sachsen
24,4	13,6	1,0	9,7	1,0	3,1	5,3	4,7	Sachsen-Anhalt
25,9	13,4	2,1	10,4	0,8	1,8	5,3	8,7	Schleswig-Holstein
24,8	14,3	1,5	9,0	0,9	2,8	5,3	5,4	Thüringen
24,0	14,0	1,5	8,6	0,8	2,6	5,3	6,6	Deutschland

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 1) Unter Gesundheitspersonal/Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden. – 2) Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wird die Einrichtungsart der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen für die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen unter der Einrichtungsart stationäre/teilstationäre Pflege mit ausgewiesen.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder; Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Dezember 2018; Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung am Jahresende auf Basis des Zensus 2011.



Tabelle 2: Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2017

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
1 000 Beschäftigte¹⁾										
Baden-Württemberg	632,7	656,4	670,1	680,1	694,4	710,2	724,7	737,6	749,4	763,0
Bayern	723,1	747,0	764,8	781,4	797,7	811,6	829,1	850,4	870,3	887,3
Berlin	207,1	214,3	219,5	223,1	226,8	231,3	236,5	240,9	243,4	247,8
Brandenburg	116,2	121,2	124,5	127,2	129,8	132,5	136,2	139,9	143,1	146,2
Bremen	43,4	44,0	44,5	44,4	45,5	46,3	47,8	48,6	49,5	50,3
Hamburg	116,7	121,6	124,8	125,5	126,8	129,3	132,4	136,0	138,1	140,0
Hessen	354,0	366,3	371,8	378,7	392,2	400,9	407,9	416,5	426,4	434,5
Mecklenburg-Vorpommern	87,2	89,9	92,0	93,9	95,8	98,6	101,4	103,8	106,2	108,6
Niedersachsen	434,2	448,6	460,1	468,5	476,1	484,1	494,1	506,0	517,8	528,2
Nordrhein-Westfalen	991,0	1 019,6	1 038,8	1 058,2	1 074,3	1 092,4	1 112,4	1 139,4	1 159,4	1 174,7
Rheinland-Pfalz	224,5	231,8	237,1	242,7	244,3	249,1	254,3	258,2	261,9	264,8
Saarland	67,2	69,5	70,5	71,4	71,8	72,1	72,9	73,3	74,9	75,3
Sachsen	219,9	227,3	233,1	236,5	241,5	247,7	254,0	259,3	265,1	271,0
Sachsen-Anhalt	122,3	126,1	127,2	128,8	132,0	134,8	136,2	138,5	141,0	143,3
Schleswig-Holstein	170,5	174,1	176,7	179,8	183,4	188,0	191,2	195,0	199,6	203,0
Thüringen	118,1	121,4	124,6	126,9	128,5	131,2	134,0	136,7	138,9	141,1
Deutschland	4 626	4 780	4 880	4 966	5 062	5 161	5 264	5 380	5 486	5 579
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Baden-Württemberg	-	3,7	2,1	1,5	2,1	2,3	2,0	1,8	1,6	1,8
Bayern	-	3,3	2,4	2,2	2,1	1,7	2,2	2,6	2,3	1,9
Berlin	-	3,5	2,4	1,7	1,7	2,0	2,2	1,9	1,0	1,8
Brandenburg	-	4,2	2,7	2,1	2,1	2,0	2,8	2,7	2,3	2,2
Bremen	-	1,4	1,1	-0,2	2,4	1,9	3,1	1,7	1,7	1,7
Hamburg	-	4,2	2,6	0,5	1,1	2,0	2,4	2,7	1,6	1,4
Hessen	-	3,5	1,5	1,9	3,6	2,2	1,8	2,1	2,4	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	-	3,1	2,3	2,0	2,1	2,9	2,8	2,4	2,3	2,3
Niedersachsen	-	3,3	2,6	1,8	1,6	1,7	2,1	2,4	2,3	2,0
Nordrhein-Westfalen	-	2,9	1,9	1,9	1,5	1,7	1,8	2,4	1,8	1,3
Rheinland-Pfalz	-	3,3	2,3	2,3	0,7	1,9	2,1	1,5	1,4	1,1
Saarland	-	3,5	1,4	1,2	0,6	0,5	1,1	0,5	2,2	0,6
Sachsen	-	3,4	2,5	1,5	2,1	2,6	2,6	2,1	2,2	2,2
Sachsen-Anhalt	-	3,1	0,9	1,3	2,4	2,1	1,0	1,7	1,8	1,7
Schleswig-Holstein	-	2,1	1,5	1,7	2,0	2,5	1,7	2,0	2,3	1,7
Thüringen	-	2,8	2,6	1,9	1,3	2,0	2,2	2,0	1,6	1,5
Deutschland	-	3,3	2,1	1,8	1,9	2,0	2,0	2,2	2,0	1,7
Messzahl 2010 = 100										
Baden-Württemberg	94,4	98,0	100	101,5	103,6	106,0	108,1	110,1	111,8	113,9
Bayern	94,5	97,7	100	102,2	104,3	106,1	108,4	111,2	113,8	116,0
Berlin	94,4	97,6	100	101,7	103,3	105,4	107,8	109,8	110,9	112,9
Brandenburg	93,4	97,3	100	102,1	104,3	106,4	109,4	112,3	114,9	117,5
Bremen	97,6	98,9	100	99,8	102,3	104,2	107,5	109,4	111,2	113,1
Hamburg	93,5	97,4	100	100,5	101,6	103,6	106,1	108,9	110,6	112,1
Hessen	95,2	98,5	100	101,9	105,5	107,8	109,7	112,0	114,7	116,9
Mecklenburg-Vorpommern	94,7	97,7	100	102,0	104,1	107,1	110,1	112,8	115,4	118,0
Niedersachsen	94,4	97,5	100	101,8	103,5	105,2	107,4	110,0	112,5	114,8
Nordrhein-Westfalen	95,4	98,2	100	101,9	103,4	105,2	107,1	109,7	111,6	113,1
Rheinland-Pfalz	94,7	97,8	100	102,3	103,0	105,0	107,3	108,9	110,5	111,7
Saarland	95,3	98,6	100	101,2	101,8	102,3	103,4	104,0	106,2	106,9
Sachsen	94,3	97,5	100	101,5	103,6	106,3	109,0	111,3	113,7	116,3
Sachsen-Anhalt	96,2	99,2	100	101,3	103,8	106,0	107,1	108,9	110,8	112,7
Schleswig-Holstein	96,4	98,5	100	101,7	103,8	106,3	108,2	110,3	112,9	114,9
Thüringen	94,8	97,5	100	101,9	103,2	105,3	107,6	109,8	111,5	113,3
Deutschland	94,8	98,0	100	101,8	103,7	105,8	107,9	110,2	112,4	114,3

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2017

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Anteil an Deutschland in %										
Baden-Württemberg	13,7	13,7	13,7	13,7	13,7	13,8	13,8	13,7	13,7	13,7
Bayern	15,6	15,6	15,7	15,7	15,8	15,7	15,7	15,8	15,9	15,9
Berlin	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,4	4,4
Brandenburg	2,5	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Bremen	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Hamburg	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Hessen	7,7	7,7	7,6	7,6	7,7	7,8	7,7	7,7	7,8	7,8
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Niedersachsen	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,5
Nordrhein-Westfalen	21,4	21,3	21,3	21,3	21,2	21,2	21,1	21,2	21,1	21,1
Rheinland-Pfalz	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7
Saarland	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Sachsen	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,9
Sachsen-Anhalt	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Schleswig-Holstein	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
Thüringen	2,6	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Beschäftigte je 1 000 Einw.										
Baden-Württemberg	60,3	62,6	63,9	64,7	65,7	66,8	67,6	67,8	68,4	69,2
Bayern	58,4	60,4	61,8	62,8	63,7	64,4	65,3	66,2	67,3	68,3
Berlin	63,4	65,5	66,9	67,1	67,2	67,6	68,2	68,4	68,1	68,6
Brandenburg	46,8	49,0	50,6	51,8	53,0	54,1	55,4	56,3	57,3	58,4
Bremen	66,4	67,4	68,2	68,1	69,4	70,5	72,2	72,4	72,9	73,8
Hamburg	68,6	71,6	73,2	73,0	73,1	74,1	75,1	76,1	76,3	76,5
Hessen	59,2	61,4	62,3	63,2	65,2	66,3	66,9	67,4	68,6	69,6
Mecklenburg-Vorpommern	53,2	55,3	57,0	58,4	59,9	61,7	63,4	64,4	65,9	67,4
Niedersachsen	55,5	57,5	59,1	60,3	61,2	62,1	63,1	63,8	65,2	66,3
Nordrhein-Westfalen	56,1	58,0	59,2	60,3	61,2	62,2	63,1	63,8	64,8	65,6
Rheinland-Pfalz	55,9	57,9	59,4	60,8	61,2	62,4	63,4	63,7	64,4	65,0
Saarland	66,1	69,0	70,4	71,5	72,2	72,8	73,7	73,6	75,1	75,8
Sachsen	53,4	55,6	57,3	58,3	59,6	61,2	62,6	63,5	64,9	66,4
Sachsen-Anhalt	52,1	54,4	55,4	56,6	58,4	60,0	60,9	61,7	63,0	64,5
Schleswig-Holstein	60,8	62,2	63,1	64,2	65,4	66,7	67,5	68,2	69,3	70,3
Thüringen	52,9	54,9	56,7	58,2	59,2	60,7	62,1	63,0	64,4	65,6
Deutschland	57,4	59,5	60,8	61,8	62,9	63,9	64,8	65,5	66,5	67,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 1) Unter Gesundheitspersonal/Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder; Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Dezember 2018; Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung am Jahresende auf Basis des Zensus 2011.



**Tabelle 3: Weibliches Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017
nach Art der Einrichtung**

Land Bund	Insgesamt	Davon							
		Gesund- heitsschutz	Ambulante Ein- richtungen	davon					
				Arztpraxen	Zahnarzt- praxen	Praxen sonstiger med. Berufe	Apotheken	im Einzel- handel	Ambulante Pflege
1 000 weibliche Beschäftigte¹⁾									
Baden-Württemberg	569,4	1,6	236,3	75,7	40,4	54,5	24,9	10,7	30,1
Bayern	676,6	2,8	306,6	101,5	51,0	67,5	29,3	12,8	44,5
Berlin ²⁾	179,3	3,4	81,2	23,6	13,0	18,0	6,4	3,1	17,1
Brandenburg	115,2	0,9	53,5	13,2	7,0	11,2	4,7	2,1	15,4
Bremen ²⁾	38,3	0,3	17,1	5,9	2,3	2,6	1,8	0,7	3,8
Hamburg ²⁾	99,7	0,6	45,0	14,6	7,4	8,4	4,4	1,6	8,6
Hessen	313,6	2,5	134,9	42,2	22,0	26,6	13,9	6,0	24,2
Mecklenburg-Vorpommern	84,4	0,5	35,3	9,5	4,6	7,0	3,2	1,2	9,8
Niedersachsen	412,2	2,5	191,2	54,3	29,6	44,5	20,1	7,4	35,3
Nordrhein-Westfalen	893,2	5,7	397,8	124,2	62,5	84,7	41,3	17,1	67,9
Rheinland-Pfalz	201,9	1,0	87,5	27,2	13,2	21,8	8,6	3,6	13,0
Saarland	56,2	0,3	23,2	7,8	3,1	4,8	2,9	1,3	3,3
Sachsen	213,8	1,3	97,0	24,2	13,2	24,2	9,0	3,8	22,6
Sachsen-Anhalt	113,3	0,9	47,7	12,8	6,7	10,8	4,6	1,9	10,9
Schleswig-Holstein	151,6	0,7	64,0	18,8	9,8	14,9	6,5	2,8	11,1
Thüringen	109,4	1,1	45,8	12,6	7,0	9,4	4,5	1,9	10,4
Deutschland	4 226	26	1 863	568	293	411	186	78	328
Anteil am Gesundheitspersonal insgesamt in %									
Baden-Württemberg	74,6	75,4	81,7	82,0	83,0	80,3	82,9	64,7	89,6
Bayern	76,3	62,7	82,1	82,2	83,1	82,4	82,9	64,8	86,2
Berlin ²⁾	72,4	72,3	77,4	79,0	79,9	77,6	77,7	57,5	77,9
Brandenburg	78,8	78,3	83,2	81,5	84,5	82,5	80,3	64,0	89,2
Bremen ²⁾	76,1	67,6	80,4	82,2	80,4	75,1	82,3	63,7	84,3
Hamburg ²⁾	71,2	59,6	77,8	79,1	80,7	74,1	81,7	63,4	78,5
Hessen	72,2	67,2	80,2	81,1	81,9	76,9	82,4	61,2	86,2
Mecklenburg-Vorpommern	77,7	83,0	82,5	82,3	84,0	78,4	81,2	65,0	88,7
Niedersachsen	78,0	63,8	83,0	82,5	83,5	82,5	82,9	65,5	89,1
Nordrhein-Westfalen	76,0	69,8	80,6	82,3	82,4	77,3	82,2	61,4	85,8
Rheinland-Pfalz	76,3	76,5	82,5	82,5	83,1	81,2	84,9	64,7	89,2
Saarland	74,7	73,7	80,0	82,7	82,7	73,1	82,4	64,0	90,2
Sachsen	78,9	85,4	84,2	82,3	83,9	88,1	81,3	66,2	87,6
Sachsen-Anhalt	79,1	78,3	83,8	83,2	84,1	83,1	81,3	65,4	90,7
Schleswig-Holstein	74,7	68,2	80,6	82,1	82,8	76,5	81,9	62,9	88,0
Thüringen	77,5	77,5	82,2	82,7	83,5	77,8	81,8	65,2	89,8
Deutschland	75,7	70,3	81,5	82,0	82,8	80,0	82,3	63,4	86,8

Anmerkungen siehe nächste Seite.



Noch: Weibliches Gesundheitspersonal in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung

Stationäre/ teilstationäre Einrichtungen	Davon							Land Bund
	Kranken- häuser	Vorsorge-/ Rehabilita- tionsein- richtungen	Stationäre/ teilstationäre Pflege	Rettungs- dienste	in der Verwaltung	Sonstige Einrichtungen	Vorlei- tungsein- richtungen	
1 000 weibliche Beschäftigte¹⁾								
208,4	115,8	15,7	76,9	3,1	16,2	43,9	59,8	Baden-Württemberg
247,9	143,1	19,1	85,7	3,2	17,7	51,8	46,6	Bayern
53,6	36,4	.	17,2	0,9	13,3	14,4	12,5	Berlin ²⁾
40,0	21,1	3,1	15,8	0,7	5,1	10,0	5,0	Brandenburg
14,4	8,9	.	5,5	0,1	1,9	2,7	1,7	Bremen ²⁾
33,9	23,2	.	10,7	1,0	5,3	7,3	6,8	Hamburg ²⁾
108,5	59,9	8,5	40,1	2,2	8,1	24,9	32,6	Hessen
33,8	16,9	4,3	12,6	0,7	4,0	6,4	3,6	Mecklenburg-Vorpommern
156,9	75,4	9,2	72,4	1,9	11,9	31,7	16,1	Niedersachsen
344,6	195,0	12,5	137,0	3,0	29,1	71,4	41,6	Nordrhein-Westfalen
76,5	44,8	4,1	27,6	1,1	6,7	16,2	12,9	Rheinland-Pfalz
22,1	12,6	1,4	8,1	0,3	2,4	4,0	4,0	Saarland
78,7	41,0	5,3	32,5	1,2	9,5	16,3	9,8	Sachsen
44,0	23,6	1,8	18,6	0,6	5,0	8,9	6,3	Sachsen-Anhalt
58,9	29,6	4,7	24,6	0,7	3,4	11,5	12,4	Schleswig-Holstein
42,7	23,6	2,5	16,6	0,6	4,5	8,6	6,2	Thüringen
1 565	871	93	601	21	144	330	277	Deutschland
Anteil am Gesundheitspersonal insgesamt in %								
79,0	75,9	76,8	84,7	33,5	67,3	75,9	51,3	Baden-Württemberg
78,8	75,7	76,9	85,1	30,6	65,2	75,9	52,5	Bayern
74,6	72,8	.	78,7	32,9	69,0	75,9	49,4	Berlin ²⁾
80,6	78,4	79,3	84,0	25,3	75,6	75,9	58,9	Brandenburg
79,0	77,2	.	82,0	35,2	64,1	75,9	48,9	Bremen ²⁾
75,7	74,0	.	79,9	37,6	58,5	75,9	44,0	Hamburg ²⁾
78,5	75,6	76,1	83,9	32,0	63,1	75,9	45,3	Hessen
79,1	75,8	77,8	84,6	32,7	73,7	75,9	56,5	Mecklenburg-Vorpommern
79,3	75,0	76,4	84,8	29,3	63,2	75,9	55,2	Niedersachsen
78,1	74,1	75,7	85,0	33,4	61,4	75,9	51,0	Nordrhein-Westfalen
79,9	76,9	75,8	85,9	32,3	62,6	75,9	49,3	Rheinland-Pfalz
78,0	74,9	75,0	84,1	29,4	63,6	75,9	52,3	Saarland
79,6	76,9	79,6	83,3	29,5	73,9	75,9	57,7	Sachsen
81,3	78,0	79,4	86,1	26,0	73,9	75,9	60,4	Sachsen-Anhalt
78,8	76,4	77,1	82,2	29,1	63,9	75,9	49,6	Schleswig-Holstein
80,2	76,7	79,6	85,9	28,1	75,2	75,9	54,1	Thüringen
78,7	75,4	76,9	84,4	31,3	65,8	75,9	50,8	Deutschland

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 1) Unter Gesundheitspersonal/Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden. – 2) Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wird die Einrichtungsart der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen für die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen unter der Einrichtungsart stationäre/teilstationäre Pflege mit ausgewiesen.
Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder; Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Dezember 2018.



**Tabelle 4: Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2017
nach Art der Einrichtung**

Land Bund	Insgesamt	Davon								
		Gesund- heitsschutz	Ambulante Ein- richtungen	davon					im Einzel- handel	Ambulante Pflege
				Arztpraxen	Zahnarzt- praxen	Praxen sonstiger med. Berufe	Apotheken			
1 000 Vollzeitäquivalente¹⁾										
Baden-Württemberg	549,4	1,7	187,1	60,2	33,4	42,3	18,2	12,6	20,4	
Bayern	636,5	3,4	242,8	80,5	42,1	51,0	21,4	15,1	32,6	
Berlin ²⁾	186,1	4,2	70,7	19,5	11,2	14,4	5,0	4,2	16,4	
Brandenburg	109,0	1,0	44,1	10,6	5,7	8,5	3,5	2,5	13,4	
Bremen ²⁾	35,6	0,4	13,8	4,7	2,0	2,2	1,3	0,8	2,9	
Hamburg ²⁾	101,9	0,9	37,9	12,0	6,3	7,1	3,3	2,0	7,3	
Hessen	318,8	3,2	110,5	33,9	18,4	21,6	10,2	7,4	18,9	
Mecklenburg-Vorpommern	82,4	0,5	29,3	7,6	3,8	5,6	2,4	1,4	8,6	
Niedersachsen	372,6	3,2	149,9	42,9	24,4	33,5	14,7	8,6	25,9	
Nordrhein-Westfalen	838,7	6,7	324,8	98,4	52,1	68,2	30,5	21,3	54,4	
Rheinland-Pfalz	189,2	1,0	69,5	21,5	10,9	16,7	6,2	4,2	9,9	
Saarland	55,4	0,3	19,0	6,2	2,6	4,1	2,1	1,6	2,4	
Sachsen	201,8	1,4	78,2	19,2	10,8	17,1	6,7	4,3	20,1	
Sachsen-Anhalt	108,6	1,0	38,8	10,0	5,5	8,1	3,4	2,3	9,5	
Schleswig-Holstein	145,4	0,9	51,8	15,0	8,2	12,2	4,8	3,5	8,2	
Thüringen	106,8	1,2	37,9	9,9	5,7	7,5	3,4	2,3	9,1	
Deutschland	4 038	31	1 506	452	243	320	137	94	260	
Anteil am Gesundheitspersonal³⁾ insgesamt in %⁴⁾										
Baden-Württemberg	72,0	79,0	64,7	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	60,7	
Bayern	71,7	76,9	65,0	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	63,2	
Berlin ²⁾	75,1	89,1	67,3	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	74,9	
Brandenburg	74,5	89,4	68,5	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	77,6	
Bremen ²⁾	70,8	83,7	64,9	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	63,3	
Hamburg ²⁾	72,8	91,3	65,5	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	66,8	
Hessen	73,4	84,6	65,7	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	67,3	
Mecklenburg-Vorpommern	75,9	90,5	68,5	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	78,4	
Niedersachsen	70,5	82,3	65,1	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	65,2	
Nordrhein-Westfalen	71,4	81,9	65,8	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	68,7	
Rheinland-Pfalz	71,4	81,2	65,5	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	67,7	
Saarland	73,5	82,5	65,5	65,2	68,7	62,3	60,6	76,4	67,0	
Sachsen	74,5	89,8	67,9	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	77,7	
Sachsen-Anhalt	75,7	89,1	68,1	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	79,3	
Schleswig-Holstein	71,6	78,8	65,2	65,2	68,7	62,3	60,6	76,4	65,1	
Thüringen	75,7	91,6	68,1	65,2	68,7	62,3	60,6	76,4	79,1	
Deutschland	72,4	83,8	65,9	65,2	68,6	62,3	60,6	76,4	68,8	

Anmerkungen siehe nächste Seite.



Noch: Vollzeitäquivalente im Gesundheitswesen in Deutschland und den Ländern 2017 nach Art der Einrichtung

Stationäre/ teilstationäre Einrichtungen	Davon							Land Bund
	Kranken- häuser	Vorsorge-/ Rehabilita- tionsein- richtungen	Stationäre/ teilstationäre Pflege	Rettungs- dienste	in der Verwaltung	Sonstige Einrichtungen	Vorlei- tungsein- richtungen	
1 000 Vollzeitäquivalente¹⁾								
194,5	114,1	14,7	65,6	7,5	20,4	38,2	99,9	Baden-Württemberg
238,5	144,5	18,6	75,4	8,3	23,1	45,1	75,2	Bayern
58,7	41,2	.	17,5	2,2	16,4	12,5	21,4	Berlin ²⁾
40,3	22,5	3,3	14,5	2,2	5,7	8,7	6,9	Brandenburg
13,5	8,6	.	4,9	0,2	2,5	2,4	2,8	Bremen ²⁾
34,2	23,9	.	10,4	2,0	7,7	6,3	12,8	Hamburg ²⁾
105,0	61,4	8,2	35,4	5,4	10,9	21,6	62,3	Hessen
35,3	19,2	4,8	11,3	1,7	4,6	5,6	5,3	Mecklenburg-Vorpommern
146,8	76,9	8,8	61,2	5,1	15,9	27,6	23,9	Niedersachsen
330,8	202,8	12,3	115,7	7,3	40,2	62,1	66,9	Nordrhein-Westfalen
70,5	42,9	4,1	23,5	2,6	9,1	14,1	22,3	Rheinland-Pfalz
22,2	13,1	1,4	7,7	0,8	3,2	3,4	6,4	Saarland
79,8	44,4	5,6	29,8	3,3	10,9	14,1	14,1	Sachsen
44,7	25,8	2,0	16,9	1,8	5,8	7,7	8,8	Sachsen-Anhalt
55,3	28,5	4,6	22,3	1,8	4,5	10,0	21,2	Schleswig-Holstein
43,9	26,3	2,7	14,9	1,6	5,1	7,5	9,7	Thüringen
1 514	896	92	526	54	186	287	460	Deutschland
Anteil am Gesundheitspersonal³⁾ insgesamt in %⁴⁾								
73,7	74,8	72,0	72,2	80,6	84,9	66,0	85,7	Baden-Württemberg
75,8	76,4	75,1	74,9	80,6	84,9	66,0	84,6	Bayern
81,7	82,3	.	80,2	80,6	84,9	66,0	84,7	Berlin ²⁾
81,1	83,5	83,8	77,3	80,6	84,9	66,0	82,3	Brandenburg
73,8	74,5	.	72,6	80,6	84,9	66,0	81,2	Bremen ²⁾
76,6	76,2	.	77,7	80,6	84,9	66,0	83,6	Hamburg ²⁾
76,0	77,4	74,0	74,1	80,6	84,9	66,0	86,5	Hessen
82,8	85,9	88,2	76,0	80,6	84,9	66,0	82,2	Mecklenburg-Vorpommern
74,2	76,6	73,1	71,7	80,6	84,9	66,0	81,9	Niedersachsen
75,0	77,1	74,3	71,7	80,6	84,9	66,0	82,0	Nordrhein-Westfalen
73,6	73,7	74,1	73,3	80,6	84,9	66,0	85,2	Rheinland-Pfalz
78,4	77,6	76,9	80,3	80,6	84,9	66,0	84,3	Saarland
80,7	83,4	84,4	76,4	80,6	84,9	66,0	82,5	Sachsen
82,4	85,4	86,2	77,8	80,6	84,9	66,0	85,1	Sachsen-Anhalt
74,0	73,4	75,9	74,4	80,6	84,9	66,0	84,6	Schleswig-Holstein
82,3	85,4	84,8	77,0	80,6	84,9	66,0	83,8	Thüringen
76,2	77,6	76,0	73,9	80,6	84,9	66,0	84,4	Deutschland

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – 1) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten. – 2) Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung wird die Einrichtungsart der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen für die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen unter der Einrichtungsart stationäre/teilstationäre Pflege mit ausgewiesen. – 3) Unter Gesundheitspersonal/ Beschäftigten werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden. – 4) Bei einigen Einrichtungsarten gleiche Anteile aufgrund Übertragung der Bundesanteile auf Länderebene.

Quellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder; Gesundheitspersonalrechnung des Bundes, Berechnungsstand: Dezember 2018.



Tabelle 5: Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2017 nach Ausgabenträgern

Land Bund	Insgesamt ¹⁾	Davon			
		Öffentliche Haushalte	Gesetzliche Krankenversicherung	Soziale Pflegeversicherung	Gesetzliche Renten- versicherung
Mill. €					
Baden-Württemberg	48 175,1	1 793,3	26 300,9	4 345,1	665,3
Bayern	58 798,1	2 637,7	31 900,1	4 857,2	728,1
Berlin	16 386,4	827,2	9 614,9	1 779,2	154,9
Brandenburg	12 140,7	384,6	7 406,5	1 483,5	162,6
Bremen	2 724,2	156,1	1 641,6	280,2	32,6
Hamburg	8 001,6	491,7	4 433,2	658,9	62,4
Hessen	28 341,9	1 238,8	15 839,6	2 693,3	338,1
Mecklenburg-Vorpommern	7 557,2	285,9	4 815,9	976,0	95,8
Niedersachsen	36 159,8	1 557,1	20 379,7	3 683,1	468,5
Nordrhein-Westfalen	81 760,9	3 525,2	46 928,1	8 043,1	988,5
Rheinland-Pfalz	18 957,3	771,0	10 232,7	1 725,2	241,2
Saarland	4 686,1	225,0	2 678,2	482,2	57,3
Sachsen	18 535,4	616,8	11 784,6	2 411,3	255,5
Sachsen-Anhalt	10 489,0	359,6	6 770,7	1 387,2	146,4
Schleswig-Holstein	13 083,9	557,4	7 295,3	1 186,7	138,9
Thüringen	9 763,4	344,5	6 159,1	1 214,8	156,1
Deutschland	375 562	15 772	214 181	37 207	4 692
Anteil an Insgesamt in %					
Baden-Württemberg	100	3,7	54,6	9,0	1,4
Bayern	100	4,5	54,3	8,3	1,2
Berlin	100	5,0	58,7	10,9	0,9
Brandenburg	100	3,2	61,0	12,2	1,3
Bremen	100	5,7	60,3	10,3	1,2
Hamburg	100	6,1	55,4	8,2	0,8
Hessen	100	4,4	55,9	9,5	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	100	3,8	63,7	12,9	1,3
Niedersachsen	100	4,3	56,4	10,2	1,3
Nordrhein-Westfalen	100	4,3	57,4	9,8	1,2
Rheinland-Pfalz	100	4,1	54,0	9,1	1,3
Saarland	100	4,8	57,2	10,3	1,2
Sachsen	100	3,3	63,6	13,0	1,4
Sachsen-Anhalt	100	3,4	64,6	13,2	1,4
Schleswig-Holstein	100	4,3	55,8	9,1	1,1
Thüringen	100	3,5	63,1	12,4	1,6
Deutschland	100	4,2	57,0	9,9	1,2
€ je Einw.					
Baden-Württemberg	4 384	163	2 394	395	61
Bayern	4 535	203	2 461	375	56
Berlin	4 559	230	2 675	495	43
Brandenburg	4 858	154	2 963	594	65
Bremen	4 007	230	2 415	412	48
Hamburg	4 395	270	2 435	362	34
Hessen	4 551	199	2 543	432	54
Mecklenburg-Vorpommern	4 691	177	2 990	606	59
Niedersachsen	4 546	196	2 562	463	59
Nordrhein-Westfalen	4 567	197	2 622	449	55
Rheinland-Pfalz	4 658	189	2 514	424	59
Saarland	4 708	226	2 691	484	58
Sachsen	4 541	151	2 887	591	63
Sachsen-Anhalt	4 704	161	3 037	622	66
Schleswig-Holstein	4 534	193	2 528	411	48
Thüringen	4 531	160	2 858	564	72
Deutschland	4 544	191	2 591	450	57

Anmerkungen siehe nächste Seite.



Noch: Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2017 nach Ausgabenträgern

Davon				Nachrichtlich: Einkommensleistungen ²⁾	Land Bund
Gesetzliche Unfallversicherung ²⁾	Private Krankenversicherung	Arbeitgeber	Private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck		
Mill. €					
763,3	4 747,4	2 044,2	7 515,5	13 354,2	Baden-Württemberg
900,6	5 977,6	2 586,4	9 210,5	15 756,2	Bayern
249,7	1 258,1	637,1	1 865,3	4 368,3	Berlin
173,6	837,6	546,2	1 146,1	3 037,7	Brandenburg
47,2	212,0	121,8	232,7	826,3	Bremen
126,5	782,0	323,7	1 123,3	2 212,6	Hamburg
432,7	2 617,0	1 142,6	4 040,0	7 569,6	Hessen
111,9	361,4	264,2	646,2	1 957,9	Mecklenburg-Vorpommern
552,6	2 787,2	1 661,2	5 070,4	9 667,4	Niedersachsen
1 243,6	6 860,4	3 395,0	10 777,2	21 756,7	Nordrhein-Westfalen
282,7	1 779,4	916,5	3 008,5	4 946,5	Rheinland-Pfalz
69,2	368,4	198,4	607,5	1 209,8	Saarland
283,5	893,2	420,5	1 870,1	4 960,6	Sachsen
154,9	434,4	288,6	947,2	2 709,9	Sachsen-Anhalt
200,5	1 202,5	673,9	1 828,7	3 507,4	Schleswig-Holstein
149,7	486,6	340,7	912,0	2 618,7	Thüringen
5 742	31 605	15 561	50 801	100 460	Deutschland
Anteil an Insgesamt in %					
1,6	9,9	4,2	15,6	.	Baden-Württemberg
1,5	10,2	4,4	15,7	.	Bayern
1,5	7,7	3,9	11,4	.	Berlin
1,4	6,9	4,5	9,4	.	Brandenburg
1,7	7,8	4,5	8,5	.	Bremen
1,6	9,8	4,0	14,0	.	Hamburg
1,5	9,2	4,0	14,3	.	Hessen
1,5	4,8	3,5	8,6	.	Mecklenburg-Vorpommern
1,5	7,7	4,6	14,0	.	Niedersachsen
1,5	8,4	4,2	13,2	.	Nordrhein-Westfalen
1,5	9,4	4,8	15,9	.	Rheinland-Pfalz
1,5	7,9	4,2	13,0	.	Saarland
1,5	4,8	2,3	10,1	.	Sachsen
1,5	4,1	2,8	9,0	.	Sachsen-Anhalt
1,5	9,2	5,2	14,0	.	Schleswig-Holstein
1,5	5,0	3,5	9,3	.	Thüringen
1,5	8,4	4,1	13,5	.	Deutschland
€ je Einw.					
69	432	186	684	.	Baden-Württemberg
69	461	200	710	.	Bayern
69	350	177	519	.	Berlin
69	335	219	459	.	Brandenburg
69	312	179	342	.	Bremen
69	430	178	617	.	Hamburg
69	420	183	649	.	Hessen
69	224	164	401	.	Mecklenburg-Vorpommern
69	350	209	637	.	Niedersachsen
69	383	190	602	.	Nordrhein-Westfalen
69	437	225	739	.	Rheinland-Pfalz
69	370	199	610	.	Saarland
69	219	103	458	.	Sachsen
69	195	129	425	.	Sachsen-Anhalt
69	417	234	634	.	Schleswig-Holstein
69	226	158	423	.	Thüringen
69	382	188	615	.	Deutschland

1) Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in unterschiedlichen Berechnungsstufen zurückzuführen. - 2) Hier erfolgte eine Disaggregation der Bundeswerte top down mittels des Bevölkerungsanteils Bundesland/ Deutschland. Die Disaggregation mit den Bevölkerungszahlen geht davon aus, dass die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner im Bundesland mit denen des Bundes identisch sind.

Quellen: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder; Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes, Berechnungsstand: März 2019; Bevölkerungsstatistik: Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011.



Tabelle 6: Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2017

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Mill. €									
Baden-Württemberg	33 855,7	35 388,5	36 660,3	37 571,9	38 683,7	40 288,6	41 949,4	44 164,8	46 098,9	48 175,1
Bayern	41 202,5	43 708,0	45 458,7	46 148,5	47 354,6	49 066,0	51 184,7	53 924,0	56 288,1	58 798,1
Berlin	11 271,8	11 878,2	12 393,8	12 727,1	12 998,3	13 526,6	14 170,6	14 887,2	15 557,2	16 386,4
Brandenburg	8 654,8	9 199,8	9 373,7	9 575,7	9 754,2	10 154,2	10 602,7	11 107,5	11 554,1	12 140,7
Bremen	1 956,7	2 054,1	2 118,6	2 164,8	2 207,8	2 302,0	2 410,0	2 515,5	2 603,1	2 724,2
Hamburg	5 504,0	5 796,9	5 980,4	6 138,6	6 272,6	6 513,3	6 861,6	7 263,1	7 625,7	8 001,6
Hessen	19 760,7	20 890,9	21 454,6	21 943,8	22 705,6	23 569,5	24 625,6	25 880,0	27 032,8	28 341,9
Mecklenburg-Vorpommern	5 499,8	5 835,0	5 958,4	6 038,0	6 136,7	6 369,9	6 652,1	6 943,9	7 220,2	7 557,2
Niedersachsen	25 666,6	27 173,8	28 137,9	28 724,2	29 449,0	30 662,9	31 878,6	33 272,8	34 642,1	36 159,8
Nordrhein-Westfalen	58 546,9	61 587,2	63 819,4	64 637,8	66 382,5	68 586,8	71 281,8	74 780,5	78 066,5	81 760,9
Rheinland-Pfalz	13 449,3	14 080,2	14 585,9	14 905,3	15 283,7	15 825,3	16 511,0	17 335,0	18 082,8	18 957,3
Saarland	3 347,3	3 581,4	3 713,5	3 823,7	3 824,4	3 976,9	4 102,4	4 293,1	4 492,6	4 686,1
Sachsen	13 147,4	13 905,8	14 416,0	14 732,2	15 101,0	15 823,7	16 510,0	17 169,6	17 537,0	18 535,4
Sachsen-Anhalt	7 945,0	8 358,8	8 545,2	8 615,4	8 789,3	9 114,7	9 435,3	9 781,4	10 089,3	10 489,0
Schleswig-Holstein	9 342,3	9 853,1	10 065,9	10 319,6	10 546,5	10 917,7	11 398,7	11 964,6	12 463,9	13 083,9
Thüringen	7 119,2	7 521,3	7 779,7	7 940,3	8 085,1	8 417,9	8 765,5	9 081,0	9 296,9	9 763,4
Deutschland	266 270	280 814	290 462	296 006	303 576	315 116	328 341	344 364	358 651	375 562
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Baden-Württemberg	-	4,5	3,6	2,5	3,0	4,1	4,1	5,3	4,4	4,5
Bayern	-	6,1	4,0	1,5	2,6	3,6	4,3	5,4	4,4	4,5
Berlin	-	5,4	4,3	2,7	2,1	4,1	4,8	5,1	4,5	5,3
Brandenburg	-	6,3	1,9	2,2	1,9	4,1	4,4	4,8	4,0	5,1
Bremen	-	5,0	3,1	2,2	2,0	4,3	4,7	4,4	3,5	4,7
Hamburg	-	5,3	3,2	2,6	2,2	3,8	5,3	5,9	5,0	4,9
Hessen	-	5,7	2,7	2,3	3,5	3,8	4,5	5,1	4,5	4,8
Mecklenburg-Vorpommern	-	6,1	2,1	1,3	1,6	3,8	4,4	4,4	4,0	4,7
Niedersachsen	-	5,9	3,5	2,1	2,5	4,1	4,0	4,4	4,1	4,4
Nordrhein-Westfalen	-	5,2	3,6	1,3	2,7	3,3	3,9	4,9	4,4	4,7
Rheinland-Pfalz	-	4,7	3,6	2,2	2,5	3,5	4,3	5,0	4,3	4,8
Saarland	-	7,0	3,7	3,0	-	4,0	3,2	4,6	4,6	4,3
Sachsen	-	5,8	3,7	2,2	2,5	4,8	4,3	4,0	2,1	5,7
Sachsen-Anhalt	-	5,2	2,2	0,8	2,0	3,7	3,5	3,7	3,1	4,0
Schleswig-Holstein	-	5,5	2,2	2,5	2,2	3,5	4,4	5,0	4,2	5,0
Thüringen	-	5,6	3,4	2,1	1,8	4,1	4,1	3,6	2,4	5,0
Deutschland	-	5,5	3,4	1,9	2,6	3,8	4,2	4,9	4,1	4,7
	Messzahl 2010 = 100									
Baden-Württemberg	92,3	96,5	100	102,5	105,5	109,9	114,4	120,5	125,7	131,4
Bayern	90,6	96,1	100	101,5	104,2	107,9	112,6	118,6	123,8	129,3
Berlin	90,9	95,8	100	102,7	104,9	109,1	114,3	120,1	125,5	132,2
Brandenburg	92,3	98,1	100	102,2	104,1	108,3	113,1	118,5	123,3	129,5
Bremen	92,4	97,0	100	102,2	104,2	108,7	113,8	118,7	122,9	128,6
Hamburg	92,0	96,9	100	102,6	104,9	108,9	114,7	121,4	127,5	133,8
Hessen	92,1	97,4	100	102,3	105,8	109,9	114,8	120,6	126,0	132,1
Mecklenburg-Vorpommern	92,3	97,9	100	101,3	103,0	106,9	111,6	116,5	121,2	126,8
Niedersachsen	91,2	96,6	100	102,1	104,7	109,0	113,3	118,2	123,1	128,5
Nordrhein-Westfalen	91,7	96,5	100	101,3	104,0	107,5	111,7	117,2	122,3	128,1
Rheinland-Pfalz	92,2	96,5	100	102,2	104,8	108,5	113,2	118,8	124,0	130,0
Saarland	90,1	96,4	100	103,0	103,0	107,1	110,5	115,6	121,0	126,2
Sachsen	91,2	96,5	100	102,2	104,8	109,8	114,5	119,1	121,6	128,6
Sachsen-Anhalt	93,0	97,8	100	100,8	102,9	106,7	110,4	114,5	118,1	122,7
Schleswig-Holstein	92,8	97,9	100	102,5	104,8	108,5	113,2	118,9	123,8	130,0
Thüringen	91,5	96,7	100	102,1	103,9	108,2	112,7	116,7	119,5	125,5
Deutschland	91,7	96,7	100	101,9	104,5	108,5	113,0	118,6	123,5	129,3

Anmerkungen siehe nächste Seite.

Noch: Gesundheitsausgaben in Deutschland und den Ländern 2008 bis 2017

Land Bund	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Anteil an Deutschland in %									
Baden-Württemberg	12,7	12,6	12,6	12,7	12,7	12,8	12,8	12,8	12,9	12,8
Bayern	15,5	15,6	15,7	15,6	15,6	15,6	15,6	15,7	15,7	15,7
Berlin	4,2	4,2	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4
Brandenburg	3,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Bremen	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Hamburg	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Hessen	7,4	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,6	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7	9,6
Nordrhein-Westfalen	22,0	21,9	22,0	21,8	21,9	21,8	21,7	21,7	21,8	21,8
Rheinland-Pfalz	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Saarland	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,3	1,2
Sachsen	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9
Sachsen-Anhalt	3,0	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,8	2,8	2,8
Schleswig-Holstein	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Thüringen	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	€ je Einw.									
Baden-Württemberg	3 222	3 373	3 498	3 580	3 670	3 801	3 930	4 090	4 223	4 384
Bayern	3 327	3 533	3 674	3 718	3 794	3 906	4 047	4 224	4 368	4 535
Berlin	3 452	3 633	3 785	3 854	3 879	3 980	4 112	4 260	4 385	4 559
Brandenburg	3 473	3 713	3 801	3 897	3 979	4 146	4 321	4 495	4 641	4 858
Bremen	2 990	3 144	3 248	3 321	3 379	3 509	3 654	3 773	3 856	4 007
Hamburg	3 235	3 412	3 514	3 586	3 634	3 743	3 911	4 092	4 239	4 395
Hessen	3 303	3 498	3 594	3 669	3 781	3 908	4 057	4 218	4 364	4 551
Mecklenburg-Vorpommern	3 337	3 575	3 678	3 748	3 827	3 985	4 163	4 324	4 480	4 691
Niedersachsen	3 276	3 481	3 613	3 694	3 787	3 939	4 082	4 224	4 365	4 546
Nordrhein-Westfalen	3 307	3 494	3 633	3 684	3 783	3 905	4 049	4 213	4 367	4 567
Rheinland-Pfalz	3 338	3 510	3 648	3 734	3 830	3 964	4 125	4 299	4 455	4 658
Saarland	3 283	3 539	3 696	3 824	3 839	4 007	4 144	4 326	4 510	4 708
Sachsen	3 181	3 389	3 535	3 628	3 727	3 909	4 076	4 219	4 295	4 541
Sachsen-Anhalt	3 361	3 581	3 701	3 767	3 875	4 047	4 212	4 366	4 502	4 704
Schleswig-Holstein	3 330	3 517	3 595	3 684	3 761	3 884	4 037	4 206	4 342	4 534
Thüringen	3 173	3 385	3 530	3 628	3 716	3 887	4 060	4 197	4 295	4 531
Deutschland	3 297	3 489	3 618	3 687	3 775	3 907	4 054	4 216	4 355	4 544
	% des BIP in jeweiligen Preisen									
Baden-Württemberg	8,9	10,0	9,5	9,3	9,4	9,5	9,5	9,5	9,7	9,7
Bayern	9,4	10,2	10,1	9,6	9,6	9,6	9,6	9,7	9,7	9,7
Berlin	11,4	12,0	12,0	11,8	11,8	12,0	12,0	11,9	11,6	11,7
Brandenburg	15,8	17,2	16,7	16,6	16,5	16,7	16,5	16,8	16,9	17,1
Bremen	7,1	8,2	7,9	7,8	7,6	7,9	8,0	8,1	8,2	8,2
Hamburg	5,8	6,3	6,3	6,4	6,4	6,4	6,5	6,6	6,8	6,9
Hessen	8,6	9,5	9,4	9,3	9,5	9,7	9,7	9,9	9,9	10,1
Mecklenburg-Vorpommern	16,0	17,1	17,0	16,7	16,7	16,7	16,8	17,1	17,4	17,3
Niedersachsen	11,7	13,0	12,6	12,2	12,2	12,5	12,4	12,8	12,4	12,6
Nordrhein-Westfalen	10,2	11,2	11,3	11,0	11,1	11,3	11,3	11,5	11,8	11,9
Rheinland-Pfalz	12,1	13,0	12,8	12,5	12,5	12,6	12,7	12,7	12,9	13,2
Saarland	10,5	12,5	12,3	11,9	11,8	12,4	12,3	12,5	13,0	13,2
Sachsen	14,0	15,3	15,2	14,8	14,9	15,2	15,1	15,0	14,8	15,2
Sachsen-Anhalt	15,6	17,2	16,6	16,6	16,2	16,5	16,7	16,8	16,9	17,0
Schleswig-Holstein	12,6	13,6	13,6	13,5	13,2	13,4	13,5	13,9	14,0	14,0
Thüringen	15,0	16,5	16,1	15,6	15,7	15,7	15,5	15,5	15,5	15,7
Deutschland	10,4	11,4	11,3	11,0	11,0	11,1	11,2	11,3	11,4	11,5

Quellen: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder; Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes, Berechnungsstand: März 2019; Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungsstand: August 2018 (VGR des Bundes); Bevölkerungsstatistik: Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011.



**Tabelle 7: Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern
2008 bis 2018
in Millionen Euro**

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	29 988,5	30 620,5	31 418,3	32 697,0	34 011,4	35 145,8	36 299,7	38 315,1	39 591,6	40 593,4	42 503,0
Bayern	30 598,9	31 395,7	33 023,7	34 030,2	35 017,6	35 995,2	37 773,4	39 948,4	40 802,7	42 577,6	43 815,9
Berlin	10 742,2	11 228,1	11 584,1	11 991,9	11 818,2	12 170,0	12 636,8	13 452,4	15 743,5	16 511,1	17 518,4
Brandenburg	4 286,1	4 588,7	4 783,7	5 012,5	5 174,7	5 493,8	5 850,3	6 081,7	6 126,0	6 372,6	6 700,5
Bremen	2 059,2	2 009,4	2 119,0	2 169,1	2 252,6	2 343,2	2 487,9	2 585,1	2 627,4	2 675,8	2 915,0
Hamburg	6 623,4	6 938,7	7 393,6	7 464,3	7 655,0	8 214,3	8 504,8	9 075,9	9 387,3	9 606,8	9 982,0
Hessen	20 416,1	20 397,2	21 491,2	22 353,3	23 823,5	24 611,2	26 480,2	25 661,5	26 651,6	27 596,8	28 598,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 121,9	3 278,6	3 499,8	3 572,9	3 781,7	3 941,4	4 137,3	4 357,4	4 508,8	4 705,3	4 942,3
Niedersachsen	17 091,1	17 809,8	17 969,2	18 762,0	19 768,0	20 371,5	21 538,5	22 557,6	23 391,5	23 981,2	25 361,9
Nordrhein-Westfalen	44 530,7	46 463,6	47 097,4	49 046,8	50 033,1	51 513,5	54 379,0	56 898,2	58 624,0	60 371,6	63 164,9
Rheinland-Pfalz	9 800,7	10 387,1	11 077,1	11 508,1	12 486,5	12 479,5	12 677,8	13 987,9	14 330,7	14 465,5	15 397,5
Saarland	2 716,8	2 826,3	2 979,1	3 061,2	3 146,1	3 350,9	3 463,0	3 546,7	3 606,1	3 809,6	3 881,1
Sachsen	7 743,1	8 180,7	8 698,2	9 070,7	9 424,7	9 868,1	10 294,6	10 770,3	11 265,4	11 325,9	11 877,8
Sachsen-Anhalt	4 631,8	4 866,6	5 061,3	5 146,2	5 311,2	5 487,5	5 782,0	6 033,9	6 374,3	6 546,7	6 880,9
Schleswig-Holstein	7 943,5	8 040,7	8 205,3	9 079,5	9 194,6	9 634,3	10 127,8	10 531,6	10 965,5	11 470,9	12 270,2
Thüringen	4 229,3	4 433,0	4 699,5	4 909,1	5 089,5	5 370,4	5 679,7	5 965,0	6 154,3	6 243,3	6 396,5
Alle Länder	206 523,5	213 464,8	221 100,6	229 874,8	237 988,5	245 990,9	258 112,7	269 768,8	280 150,6	288 854,2	302 206,8
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	18 163,2	18 822,8	19 619,9	20 130,9	20 720,4	21 699,2	22 653,1	23 708,2	24 318	.	.
Bayern	21 255,8	22 114,9	23 214,2	23 905,1	24 525,1	25 275,0	26 474,5	27 775,3	28 686	.	.
Berlin	5 923,5	6 192,3	6 464,6	6 759,9	7 171,9	7 520,8	7 795,3	8 308,6	9 915	.	.
Brandenburg	3 329,9	3 552,9	3 731,3	3 882,8	4 069,2	4 241,7	4 487,7	4 707,4	4 654	.	.
Bremen	1 419,6	1 468,8	1 563,1	1 601,9	1 685,0	1 729,6	1 822,9	1 894,9	1 911	.	.
Hamburg	3 591,3	3 836,0	4 014,8	4 136,2	4 322,5	4 501,2	4 718,2	5 093,6	5 222	.	.
Hessen	9 365,1	9 804,4	10 464,7	10 917,8	11 347,9	11 954,3	12 278,9	12 892,7	13 246	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 448,3	2 560,9	2 776,0	2 847,9	3 023,4	3 139,1	3 305,9	3 471,6	3 586	.	.
Niedersachsen	12 952,7	13 588,3	13 543,8	14 293,4	15 203,3	15 719,9	16 543,1	17 330,8	18 012	.	.
Nordrhein-Westfalen	29 415,7	31 178,6	32 904,6	34 282,9	35 362,7	36 901,5	38 893,4	40 863,5	42 015	.	.
Rheinland-Pfalz	6 156,0	6 385,8	6 614,2	6 928,9	7 253,5	7 628,9	7 920,1	8 369,6	8 661	.	.
Saarland	1 839,2	1 910,5	1 995,3	2 019,3	2 085,8	2 275,1	2 377,1	2 448,0	2 509	.	.
Sachsen	5 754,6	6 119,5	6 538,8	6 958,0	7 360,2	7 705,4	7 980,7	8 254,0	8 475	.	.
Sachsen-Anhalt	3 437,8	3 663,3	3 807,4	3 875,9	4 017,4	4 153,7	4 347,8	4 523,5	4 737	.	.
Schleswig-Holstein	4 866,1	5 133,7	5 396,2	5 923,5	6 199,3	6 426,6	6 777,9	7 120,0	7 332	.	.
Thüringen	3 177,6	3 391,7	3 609,3	3 716,0	3 914,2	4 179,1	4 402,4	4 623,4	4 749	.	.
Alle Länder	133 096,4	139 724,2	146 258,1	152 180,4	158 261,9	165 051,1	172 779,0	181 385,1	188 028	.	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - 1) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 8: Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018
in Prozent

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	8,7	9,6	9,1	9,0	9,1	9,2	9,1	9,2	9,2	9,1	9,2
Bayern	7,8	8,2	8,2	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	7,8	7,8	7,8
Berlin	12,0	12,6	12,5	12,3	12,0	12,0	11,9	11,9	13,1	13,1	13,2
Brandenburg	8,7	9,5	9,5	9,7	9,8	10,0	10,1	10,2	9,9	9,9	10,1
Bremen	8,3	8,9	8,8	8,7	8,7	8,9	9,2	9,2	9,2	9,0	9,4
Hamburg	7,7	8,4	8,7	8,7	8,7	8,9	9,0	9,1	9,3	9,2	9,2
Hessen	9,8	10,4	10,5	10,6	11,1	11,2	11,6	10,9	10,8	10,9	10,9
Mecklenburg-Vorpommern	10,1	10,7	11,1	11,0	11,5	11,5	11,6	11,9	12,1	11,9	12,2
Niedersachsen	8,7	9,5	9,0	8,9	9,1	9,2	9,3	9,7	9,3	9,2	9,5
Nordrhein-Westfalen	8,6	9,4	9,2	9,3	9,3	9,4	9,6	9,7	9,8	9,8	9,9
Rheinland-Pfalz	9,8	10,7	10,8	10,7	11,3	11,1	10,8	11,3	11,4	11,2	11,4
Saarland	9,5	11,0	10,9	10,6	10,8	11,6	11,5	11,5	11,6	11,9	12,0
Sachsen	9,2	10,0	10,2	10,1	10,3	10,5	10,4	10,5	10,6	10,3	10,4
Sachsen-Anhalt	10,1	11,2	11,0	11,0	10,9	11,1	11,4	11,5	11,8	11,8	12,0
Schleswig-Holstein	11,9	12,4	12,3	13,2	12,8	13,1	13,4	13,6	13,6	13,6	14,0
Thüringen	9,9	10,9	10,8	10,7	11,0	11,1	11,1	11,3	11,4	11,1	11,1
Alle Länder	9,0	9,7	9,5	9,5	9,6	9,7	9,8	9,8	9,8	9,8	9,9
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	5,3	5,9	5,7	5,5	5,6	5,7	5,7	5,7	5,7	.	.
Bayern	5,4	5,8	5,7	5,5	5,5	5,5	5,5	5,6	5,5	.	.
Berlin	6,6	7,0	7,0	7,0	7,3	7,4	7,3	7,4	8,2	.	.
Brandenburg	6,7	7,4	7,4	7,5	7,7	7,8	7,8	7,9	7,5	.	.
Bremen	5,7	6,5	6,5	6,4	6,5	6,6	6,7	6,8	6,7	.	.
Hamburg	4,2	4,7	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,1	5,2	.	.
Hessen	4,5	5,0	5,1	5,2	5,3	5,4	5,4	5,5	5,4	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	8,4	8,8	8,7	9,2	9,2	9,3	9,5	9,6	.	.
Niedersachsen	6,6	7,2	6,8	6,7	7,0	7,1	7,2	7,4	7,2	.	.
Nordrhein-Westfalen	5,7	6,3	6,5	6,5	6,6	6,7	6,9	7,0	7,0	.	.
Rheinland-Pfalz	6,1	6,6	6,4	6,4	6,6	6,8	6,7	6,8	6,9	.	.
Saarland	6,4	7,4	7,3	7,0	7,2	7,9	7,9	7,9	8,0	.	.
Sachsen	6,8	7,5	7,6	7,8	8,1	8,2	8,1	8,0	7,9	.	.
Sachsen-Anhalt	7,5	8,4	8,2	8,3	8,2	8,4	8,5	8,6	8,8	.	.
Schleswig-Holstein	7,3	7,9	8,1	8,6	8,6	8,8	8,9	9,2	9,1	.	.
Thüringen	7,4	8,3	8,3	8,1	8,4	8,6	8,6	8,8	8,8	.	.
Alle Länder	5,8	6,3	6,3	6,3	6,4	6,5	6,5	6,6	6,6	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quellen: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; AK VGRdL, Berechnungsstand: August 2018 / Februar 2019 (VGR des Bundes); Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 9: Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) aller Länder 2008 bis 2018 in Prozent

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	14,5	14,3	14,2	14,2	14,3	14,3	14,1	14,2	14,1	14,1	14,1
Bayern	14,8	14,7	14,9	14,8	14,7	14,6	14,6	14,8	14,6	14,7	14,5
Berlin	5,2	5,3	5,2	5,2	5,0	4,9	4,9	5,0	5,6	5,7	5,8
Brandenburg	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2
Bremen	1,0	0,9	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0
Hamburg	3,2	3,3	3,3	3,2	3,2	3,3	3,3	3,4	3,4	3,3	3,3
Hessen	9,9	9,6	9,7	9,7	10,0	10,0	10,3	9,5	9,5	9,6	9,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Niedersachsen	8,3	8,3	8,1	8,2	8,3	8,3	8,3	8,4	8,3	8,3	8,4
Nordrhein-Westfalen	21,6	21,8	21,3	21,3	21,0	20,9	21,1	21,1	20,9	20,9	20,9
Rheinland-Pfalz	4,7	4,9	5,0	5,0	5,2	5,1	4,9	5,2	5,1	5,0	5,1
Saarland	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Sachsen	3,7	3,8	3,9	3,9	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,9	3,9
Sachsen-Anhalt	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3
Schleswig-Holstein	3,8	3,8	3,7	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	4,0	4,1
Thüringen	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1
Alle Länder	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	13,6	13,5	13,4	13,2	13,1	13,1	13,1	13,1	12,9	.	.
Bayern	16,0	15,8	15,9	15,7	15,5	15,3	15,3	15,3	15,3	.	.
Berlin	4,5	4,4	4,4	4,4	4,5	4,6	4,5	4,6	5,3	.	.
Brandenburg	2,5	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,5	.	.
Bremen	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,0	1,0	.	.
Hamburg	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,8	.	.
Hessen	7,0	7,0	7,2	7,2	7,2	7,2	7,1	7,1	7,0	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	1,8	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	.	.
Niedersachsen	9,7	9,7	9,3	9,4	9,6	9,5	9,6	9,6	9,6	.	.
Nordrhein-Westfalen	22,1	22,3	22,5	22,5	22,3	22,4	22,5	22,5	22,3	.	.
Rheinland-Pfalz	4,6	4,6	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	.	.
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	.	.
Sachsen	4,3	4,4	4,5	4,6	4,7	4,7	4,6	4,6	4,5	.	.
Sachsen-Anhalt	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	.	.
Schleswig-Holstein	3,7	3,7	3,7	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	.	.
Thüringen	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	.	.
Alle Länder	100	100	100	100	100	100	100	100	100	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 10: Veränderung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) der Gesundheitswirtschaft gegenüber dem Vorjahr in den Ländern 2008 bis 2018 in Prozent

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	-	- 1,0	1,9	4,0	2,0	0,8	- 0,3	3,7	1,3	0,9	2,6
Bayern	-	- 0,2	4,4	2,9	0,7	0,0	1,2	4,2	0,0	2,4	0,6
Berlin	-	1,4	2,3	3,6	- 3,3	0,1	0,3	4,7	14,9	3,1	3,9
Brandenburg	-	4,6	2,9	4,2	1,0	2,6	2,9	2,7	- 1,1	2,0	2,7
Bremen	-	- 4,9	4,7	1,8	1,3	1,2	2,4	2,5	- 0,5	- 0,3	6,3
Hamburg	-	1,9	6,2	0,8	0,4	5,3	- 0,3	4,9	1,2	0,4	1,5
Hessen	-	- 3,4	4,6	4,2	4,8	1,0	3,8	- 5,1	1,8	2,1	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	-	2,6	5,6	1,5	3,4	0,7	1,5	4,1	1,6	2,4	2,5
Niedersachsen	-	1,5	0,1	4,0	2,7	0,1	2,1	3,3	1,6	0,6	3,2
Nordrhein-Westfalen	-	1,2	0,7	3,8	- 0,4	0,4	1,6	2,9	0,9	1,0	2,2
Rheinland-Pfalz	-	2,6	6,4	4,3	5,7	- 1,8	- 2,3	7,7	0,1	- 0,7	4,2
Saarland	-	1,0	5,0	2,3	0,0	4,4	- 0,5	0,6	- 0,6	3,8	- 0,4
Sachsen	-	3,0	5,1	3,7	1,5	1,3	0,8	3,3	2,7	- 1,4	2,4
Sachsen-Anhalt	-	2,5	2,8	1,3	1,0	- 0,1	1,9	3,0	3,7	0,9	2,7
Schleswig-Holstein	-	- 1,5	1,0	10,2	- 0,6	1,6	1,7	2,5	2,1	2,9	4,7
Thüringen	-	2,3	4,7	3,8	1,5	2,0	2,3	3,8	1,3	- 0,4	0,0
Alle Länder	-	0,4	2,8	3,8	1,3	0,7	1,2	2,8	1,8	1,3	2,3
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	-	1,5	2,7	2,1	0,4	0,7	0,8	3,8	0,8	.	.
Bayern	-	1,9	3,4	2,6	0,1	- 0,9	1,1	4,1	1,5	.	.
Berlin	-	2,4	2,8	3,9	3,5	0,9	0,0	5,7	17,2	.	.
Brandenburg	-	4,5	3,4	3,4	2,2	0,3	2,1	4,0	- 2,9	.	.
Bremen	-	1,3	4,8	1,9	2,6	- 1,3	1,7	3,1	- 1,0	.	.
Hamburg	-	4,6	3,1	2,6	1,9	0,1	1,1	7,2	0,7	.	.
Hessen	-	2,5	5,1	3,8	1,4	1,3	- 0,9	4,2	0,9	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	-	2,4	6,8	2,0	3,6	- 0,1	1,6	4,2	1,4	.	.
Niedersachsen	-	2,7	- 1,8	5,0	3,8	- 0,5	1,6	3,9	2,1	.	.
Nordrhein-Westfalen	-	3,8	3,9	3,6	0,6	0,4	1,7	4,2	1,0	.	.
Rheinland-Pfalz	-	1,6	2,0	4,2	2,2	1,2	0,2	4,8	1,6	.	.
Saarland	-	1,7	2,9	0,7	0,8	4,9	0,8	2,2	0,7	.	.
Sachsen	-	4,2	5,2	5,8	3,2	0,7	- 0,0	2,6	0,8	.	.
Sachsen-Anhalt	-	4,4	2,4	1,2	1,1	- 0,5	1,1	3,2	2,8	.	.
Schleswig-Holstein	-	3,3	3,5	9,3	2,1	- 0,3	1,8	4,2	1,1	.	.
Thüringen	-	4,5	4,8	2,4	2,8	2,7	1,7	4,1	0,8	.	.
Alle Länder	-	2,8	3,1	3,5	1,5	0,3	1,0	4,2	1,8	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 11: Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018
Kettenindex 2010 = 100

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	99,1	98,2	100	104,0	106,1	106,9	106,6	110,5	111,9	113,0	115,9
Bayern	95,9	95,7	100	102,9	103,6	103,6	104,9	109,3	109,3	112,0	112,6
Berlin	96,4	97,8	100	103,6	100,2	100,2	100,6	105,3	121,0	124,8	129,7
Brandenburg	92,9	97,2	100	104,2	105,1	107,9	111,1	114,1	112,8	115,1	118,2
Bremen	100,4	95,5	100	101,8	103,1	104,4	106,9	109,5	109,0	108,7	115,6
Hamburg	92,4	94,2	100	100,8	101,2	106,5	106,2	111,4	112,8	113,2	115,0
Hessen	99,0	95,6	100	104,2	109,1	110,2	114,4	108,6	110,6	112,9	114,9
Mecklenburg-Vorpommern	92,4	94,7	100	101,5	104,9	105,7	107,2	111,7	113,4	116,1	119,0
Niedersachsen	98,4	99,9	100	104,0	106,9	106,9	109,1	112,7	114,5	115,1	118,8
Nordrhein-Westfalen	98,1	99,3	100	103,8	103,4	103,8	105,5	108,6	109,5	110,6	113,0
Rheinland-Pfalz	91,6	94,0	100	104,3	110,2	108,2	105,7	113,9	114,0	113,2	118,0
Saarland	94,3	95,2	100	102,3	102,4	106,9	106,3	107,0	106,3	110,3	109,8
Sachsen	92,3	95,1	100	103,7	105,2	106,6	107,5	111,0	114,0	112,4	115,1
Sachsen-Anhalt	94,9	97,3	100	101,3	102,3	102,2	104,1	107,2	111,2	112,2	115,3
Schleswig-Holstein	100,6	99,0	100	110,2	109,5	111,3	113,1	115,9	118,4	121,8	127,5
Thüringen	93,4	95,5	100	103,8	105,4	107,4	109,9	114,1	115,5	115,0	115,1
Alle Länder	96,9	97,3	100	103,8	105,1	105,8	107,1	110,1	112,0	113,5	116,1
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	96,0	97,4	100	102,1	102,6	103,3	104,1	108,1	108,9	.	.
Bayern	94,9	96,7	100	102,6	102,6	101,7	102,8	107,1	108,6	.	.
Berlin	95,0	97,3	100	103,9	107,5	108,4	108,5	114,7	134,4	.	.
Brandenburg	92,5	96,7	100	103,4	105,7	106,0	108,2	112,6	109,3	.	.
Bremen	94,2	95,4	100	101,9	104,5	103,2	104,9	108,2	107,1	.	.
Hamburg	92,8	97,0	100	102,6	104,6	104,7	105,9	113,5	114,3	.	.
Hessen	92,8	95,1	100	103,8	105,3	106,6	105,7	110,1	111,1	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	91,4	93,7	100	102,0	105,6	105,5	107,2	111,7	113,3	.	.
Niedersachsen	99,1	101,9	100	105,0	109,0	108,4	110,2	114,5	116,8	.	.
Nordrhein-Westfalen	92,7	96,2	100	103,6	104,3	104,7	106,5	111,0	112,1	.	.
Rheinland-Pfalz	96,5	98,0	100	104,2	106,5	107,7	108,0	113,2	115,0	.	.
Saarland	95,6	97,2	100	100,7	101,5	106,5	107,4	109,7	110,5	.	.
Sachsen	91,2	95,0	100	105,8	109,1	109,9	109,9	112,7	113,6	.	.
Sachsen-Anhalt	93,6	97,7	100	101,2	102,3	101,8	102,9	106,1	109,1	.	.
Schleswig-Holstein	93,5	96,6	100	109,3	111,6	111,3	113,3	118,1	119,4	.	.
Thüringen	91,3	95,4	100	102,4	105,2	108,1	109,9	114,5	115,4	.	.
Alle Länder	94,3	97,0	100	103,5	105,0	105,4	106,5	110,9	112,9	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 12: Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018
in Tausend Personen

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	681,1	694,8	703,6	711,5	724,6	736,9	758,6	780,4	793,9	806,2	821,3
Bayern	747,4	769,2	790,3	805,6	819,3	829,1	849,9	881,0	902,1	919,9	941,1
Berlin	222,9	230,7	235,8	238,0	244,4	251,3	257,6	261,9	267,1	271,6	279,2
Brandenburg	130,2	134,8	137,7	137,6	139,0	140,4	143,2	149,4	154,3	158,4	161,7
Bremen	52,0	51,4	52,8	53,5	54,3	54,5	55,5	56,6	56,9	57,9	59,2
Hamburg	138,6	142,1	148,5	148,6	149,1	150,5	153,6	159,9	164,1	166,2	169,5
Hessen	386,7	394,6	399,9	408,6	413,3	418,2	429,8	440,5	448,9	458,1	465,0
Mecklenburg-Vorpommern	97,4	99,7	100,4	99,9	101,1	103,0	106,7	111,1	115,6	119,6	122,8
Niedersachsen	470,4	483,1	493,4	501,1	508,9	515,0	528,9	545,6	561,1	570,3	583,1
Nordrhein-Westfalen	1 085,0	1 108,9	1 126,6	1 148,0	1 170,5	1 187,8	1 217,4	1 251,0	1 285,0	1 310,7	1 342,2
Rheinland-Pfalz	246,8	253,4	258,8	261,3	265,4	269,5	276,7	285,8	292,5	296,3	301,6
Saarland	70,5	71,7	72,9	73,5	73,4	74,0	75,7	77,9	80,2	81,8	82,7
Sachsen	244,1	250,5	255,6	257,4	262,0	266,7	272,6	280,6	287,1	291,1	296,5
Sachsen-Anhalt	135,0	137,5	139,5	138,2	139,2	140,4	142,8	146,7	150,5	152,5	155,0
Schleswig-Holstein	187,6	189,8	192,8	194,8	197,8	200,1	203,9	210,1	215,6	219,6	226,5
Thüringen	126,3	129,3	132,9	134,8	136,9	138,4	141,7	145,9	148,5	150,5	151,8
Alle Länder	5 021,7	5 141,7	5 241,5	5 312,3	5 399,2	5 475,8	5 614,5	5 784,2	5 923,3	6 030,7	6 159,3
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	501,5	515,1	523,5	531,5	541,8	551,7	572,3	590,4	600,7	610,4	.
Bayern	582,8	600,6	616,8	633,3	645,8	655,1	675,4	703,4	722,7	737,3	.
Berlin	166,3	171,4	175,4	177,4	183,4	189,3	195,3	200,2	204,0	207,5	.
Brandenburg	106,5	110,4	112,8	113,4	115,1	116,4	119,2	125,1	129,3	132,9	.
Bremen	39,1	39,6	40,4	41,1	42,1	42,2	42,9	44,1	44,2	44,9	.
Hamburg	90,3	93,8	97,9	99,3	101,9	102,1	104,2	109,6	113,8	115,6	.
Hessen	270,0	277,2	281,8	288,4	293,7	298,7	308,1	320,2	329,0	336,6	.
Mecklenburg-Vorpommern	80,0	81,8	82,6	82,5	83,8	85,4	89,1	93,5	97,4	100,4	.
Niedersachsen	379,5	390,5	399,1	407,5	415,8	421,5	434,0	449,6	463,4	472,0	.
Nordrhein-Westfalen	840,5	863,3	882,7	904,1	927,2	944,8	972,7	1 008,0	1 038,9	1 061,5	.
Rheinland-Pfalz	188,7	194,0	198,2	201,9	205,6	208,2	214,3	222,3	228,1	232,0	.
Saarland	52,8	53,7	54,5	55,0	55,3	56,0	57,6	59,7	62,0	63,5	.
Sachsen	192,4	198,6	203,2	206,2	211,5	216,0	221,2	229,0	234,6	238,5	.
Sachsen-Anhalt	108,6	110,8	112,5	111,6	112,6	113,7	116,3	120,3	123,5	125,5	.
Schleswig-Holstein	141,0	142,7	145,3	147,8	150,4	151,4	154,5	160,2	164,3	167,6	.
Thüringen	99,7	103,0	106,4	108,5	110,9	112,5	115,6	119,9	122,3	123,9	.
Alle Länder	3 839,8	3 946,5	4 033,3	4 109,6	4 196,8	4 264,8	4 392,5	4 555,3	4 678,0	4 770,4	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - 1) gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstatigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 13: Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018
in Prozent

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	11,8	12,2	12,3	12,3	12,3	12,4	12,6	12,8	12,9	12,9	13,0
Bayern	11,1	11,4	11,7	11,7	11,7	11,7	11,8	12,1	12,2	12,2	12,3
Berlin	13,5	13,8	14,0	13,9	14,0	14,2	14,3	14,2	14,1	13,9	13,9
Brandenburg	12,2	12,5	12,7	12,7	12,8	13,0	13,2	13,8	14,0	14,2	14,4
Bremen	12,8	12,7	13,1	13,1	13,1	13,1	13,3	13,5	13,4	13,4	13,6
Hamburg	12,5	12,7	13,1	12,9	12,8	12,7	12,9	13,3	13,4	13,3	13,4
Hessen	12,2	12,4	12,6	12,7	12,7	12,8	13,0	13,2	13,3	13,4	13,4
Mecklenburg-Vorpommern	13,0	13,2	13,4	13,5	13,8	14,0	14,4	14,9	15,5	15,9	16,2
Niedersachsen	12,7	13,0	13,2	13,2	13,2	13,2	13,5	13,8	14,0	14,0	14,2
Nordrhein-Westfalen	12,3	12,6	12,8	12,9	13,0	13,1	13,4	13,6	13,8	13,9	14,1
Rheinland-Pfalz	12,9	13,3	13,6	13,5	13,6	13,8	14,1	14,4	14,6	14,7	14,8
Saarland	13,6	13,9	14,1	14,0	14,0	14,3	14,6	15,0	15,3	15,4	15,6
Sachsen	12,4	12,8	12,9	13,0	13,1	13,3	13,5	13,9	14,1	14,2	14,3
Sachsen-Anhalt	13,1	13,4	13,6	13,5	13,6	13,8	14,1	14,6	14,9	15,1	15,3
Schleswig-Holstein	14,4	14,6	14,8	14,7	14,9	15,0	15,2	15,5	15,6	15,7	16,0
Thüringen	12,1	12,5	12,7	12,8	13,0	13,2	13,6	14,0	14,2	14,3	14,5
Alle Länder	12,3	12,6	12,8	12,8	12,8	12,9	13,2	13,4	13,6	13,6	13,7
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	8,7	9,0	9,2	9,2	9,2	9,3	9,5	9,7	9,7	9,8	.
Bayern	8,7	8,9	9,1	9,2	9,2	9,2	9,4	9,7	9,8	9,8	.
Berlin	10,1	10,3	10,4	10,4	10,5	10,7	10,8	10,8	10,7	10,6	.
Brandenburg	10,0	10,2	10,4	10,5	10,6	10,8	11,0	11,5	11,7	11,9	.
Bremen	9,6	9,8	10,0	10,1	10,1	10,1	10,3	10,5	10,4	10,4	.
Hamburg	8,2	8,4	8,7	8,6	8,7	8,6	8,7	9,1	9,3	9,3	.
Hessen	8,5	8,7	8,9	8,9	9,0	9,1	9,3	9,6	9,7	9,8	.
Mecklenburg-Vorpommern	10,7	10,8	11,0	11,1	11,4	11,6	12,0	12,6	13,0	13,3	.
Niedersachsen	10,3	10,5	10,7	10,7	10,8	10,8	11,1	11,4	11,6	11,6	.
Nordrhein-Westfalen	9,6	9,8	10,0	10,1	10,3	10,4	10,7	11,0	11,2	11,3	.
Rheinland-Pfalz	9,9	10,2	10,4	10,5	10,6	10,7	10,9	11,2	11,4	11,5	.
Saarland	10,2	10,4	10,5	10,5	10,6	10,8	11,1	11,5	11,8	12,0	.
Sachsen	9,7	10,1	10,3	10,4	10,6	10,7	11,0	11,4	11,5	11,6	.
Sachsen-Anhalt	10,5	10,8	10,9	10,9	11,0	11,2	11,5	12,0	12,3	12,4	.
Schleswig-Holstein	10,8	10,9	11,1	11,2	11,3	11,4	11,5	11,8	11,9	12,0	.
Thüringen	9,6	9,9	10,2	10,3	10,5	10,7	11,1	11,5	11,7	11,8	.
Alle Länder	9,4	9,7	9,8	9,9	10,0	10,1	10,3	10,6	10,7	10,8	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quellen: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; AK ETR, Berechnungsstand: August 2018 / Februar 2019 (VGR des Bundes); Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 14: Anteil der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern an den Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft aller Länder 2008 bis 2018
in Prozent

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	13,6	13,5	13,4	13,4	13,4	13,5	13,5	13,5	13,4	13,4	13,3
Bayern	14,9	15,0	15,1	15,2	15,2	15,1	15,1	15,2	15,2	15,3	15,3
Berlin	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5	4,5
Brandenburg	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Bremen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Hamburg	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8
Hessen	7,7	7,7	7,6	7,7	7,7	7,6	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,4	9,5	9,5	9,5
Nordrhein-Westfalen	21,6	21,6	21,5	21,6	21,7	21,7	21,7	21,6	21,7	21,7	21,8
Rheinland-Pfalz	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,3
Sachsen	4,9	4,9	4,9	4,8	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8
Sachsen-Anhalt	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Schleswig-Holstein	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,7
Thüringen	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Alle Länder	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	13,1	13,1	13,0	12,9	12,9	12,9	13,0	13,0	12,8	12,8	.
Bayern	15,2	15,2	15,3	15,4	15,4	15,4	15,4	15,4	15,4	15,5	.
Berlin	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3	.
Brandenburg	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,8	.
Bremen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	.
Hamburg	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	.
Hessen	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,1	.
Mecklenburg-Vorpommern	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	.
Niedersachsen	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	9,9	.
Nordrhein-Westfalen	21,9	21,9	21,9	22,0	22,1	22,2	22,1	22,1	22,2	22,3	.
Rheinland-Pfalz	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	.
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	.
Sachsen	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	.
Sachsen-Anhalt	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6	.
Schleswig-Holstein	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	.
Thüringen	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	.
Alle Länder	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



**Tabelle 15: Veränderung der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft gegenüber dem Vorjahr
in den Ländern 2008 bis 2018
in Prozent**

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	-	2,0	1,3	1,1	1,8	1,7	2,9	2,9	1,7	1,6	1,9
Bayern	-	2,9	2,7	1,9	1,7	1,2	2,5	3,7	2,4	2,0	2,3
Berlin	-	3,5	2,2	1,0	2,7	2,8	2,5	1,7	2,0	1,7	2,8
Brandenburg	-	3,6	2,1	-0,1	1,0	1,0	2,0	4,3	3,3	2,7	2,1
Bremen	-	-1,1	2,7	1,2	1,6	0,3	1,8	1,9	0,6	1,8	2,1
Hamburg	-	2,6	4,5	0,1	0,3	1,0	2,0	4,1	2,6	1,3	2,0
Hessen	-	2,0	1,3	2,2	1,2	1,2	2,8	2,5	1,9	2,0	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	-	2,4	0,7	-0,5	1,2	1,8	3,6	4,1	4,0	3,5	2,7
Niedersachsen	-	2,7	2,1	1,6	1,5	1,2	2,7	3,1	2,9	1,6	2,3
Nordrhein-Westfalen	-	2,2	1,6	1,9	2,0	1,5	2,5	2,8	2,7	2,0	2,4
Rheinland-Pfalz	-	2,7	2,1	1,0	1,6	1,5	2,7	3,3	2,3	1,3	1,8
Saarland	-	1,6	1,8	0,8	-0,1	0,9	2,3	2,8	3,0	2,0	1,1
Sachsen	-	2,6	2,0	0,7	1,8	1,8	2,2	2,9	2,3	1,4	1,8
Sachsen-Anhalt	-	1,9	1,4	-0,9	0,8	0,9	1,7	2,7	2,6	1,3	1,6
Schleswig-Holstein	-	1,2	1,6	1,1	1,5	1,2	1,9	3,1	2,6	1,9	3,1
Thüringen	-	2,4	2,8	1,4	1,6	1,1	2,4	3,0	1,8	1,3	0,9
Alle Länder	-	2,4	1,9	1,4	1,6	1,4	2,5	3,0	2,4	1,8	2,1
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	-	2,7	1,6	1,5	1,9	1,8	3,7	3,2	1,8	1,6	.
Bayern	-	3,1	2,7	2,7	2,0	1,4	3,1	4,1	2,7	2,0	.
Berlin	-	3,1	2,4	1,1	3,4	3,2	3,2	2,5	1,9	1,7	.
Brandenburg	-	3,7	2,2	0,5	1,5	1,1	2,4	5,0	3,4	2,8	.
Bremen	-	1,2	2,0	1,8	2,4	0,1	1,6	2,8	0,2	1,7	.
Hamburg	-	3,8	4,4	1,4	2,6	0,2	2,1	5,2	3,8	1,7	.
Hessen	-	2,7	1,7	2,3	1,9	1,7	3,1	4,0	2,7	2,3	.
Mecklenburg-Vorpommern	-	2,3	1,0	-0,2	1,6	1,9	4,4	4,9	4,2	3,1	.
Niedersachsen	-	2,9	2,2	2,1	2,0	1,4	3,0	3,6	3,1	1,9	.
Nordrhein-Westfalen	-	2,7	2,3	2,4	2,5	1,9	3,0	3,6	3,1	2,2	.
Rheinland-Pfalz	-	2,8	2,1	1,9	1,9	1,3	2,9	3,7	2,6	1,7	.
Saarland	-	1,6	1,5	1,0	0,5	1,3	2,8	3,6	3,8	2,6	.
Sachsen	-	3,2	2,3	1,5	2,6	2,1	2,4	3,5	2,5	1,7	.
Sachsen-Anhalt	-	2,0	1,6	-0,8	0,9	1,0	2,3	3,4	2,7	1,7	.
Schleswig-Holstein	-	1,3	1,8	1,7	1,7	0,7	2,0	3,7	2,6	2,0	.
Thüringen	-	3,2	3,4	1,9	2,2	1,4	2,8	3,7	2,0	1,4	.
Alle Länder	-	2,8	2,2	1,9	2,1	1,6	3,0	3,7	2,7	2,0	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.

Tabelle 16: Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018

Messzahl 2010 = 100

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	96,8	98,7	100	101,1	103,0	104,7	107,8	110,9	112,8	114,6	116,7
Bayern	94,6	97,3	100	101,9	103,7	104,9	107,5	111,5	114,1	116,4	119,1
Berlin	94,5	97,8	100	101,0	103,6	106,6	109,3	111,1	113,3	115,2	118,4
Brandenburg	94,5	97,9	100	99,9	100,9	102,0	104,0	108,5	112,0	115,0	117,4
Bremen	98,5	97,3	100	101,2	102,9	103,2	105,0	107,1	107,8	109,7	112,1
Hamburg	93,3	95,7	100	100,1	100,4	101,4	103,4	107,7	110,5	111,9	114,1
Hessen	96,7	98,7	100	102,2	103,3	104,6	107,5	110,2	112,2	114,5	116,3
Mecklenburg-Vorpommern	97,0	99,3	100	99,5	100,7	102,5	106,3	110,6	115,1	119,1	122,3
Niedersachsen	95,3	97,9	100	101,6	103,1	104,4	107,2	110,6	113,7	115,6	118,2
Nordrhein-Westfalen	96,3	98,4	100	101,9	103,9	105,4	108,1	111,0	114,1	116,3	119,1
Rheinland-Pfalz	95,4	97,9	100	101,0	102,6	104,1	106,9	110,4	113,0	114,5	116,6
Saarland	96,7	98,3	100	100,8	100,7	101,5	103,9	106,8	110,0	112,2	113,4
Sachsen	95,5	98,0	100	100,7	102,5	104,3	106,6	109,8	112,3	113,9	116,0
Sachsen-Anhalt	96,8	98,6	100	99,1	99,8	100,7	102,4	105,2	107,9	109,4	111,2
Schleswig-Holstein	97,3	98,5	100	101,1	102,6	103,8	105,7	109,0	111,9	113,9	117,5
Thüringen	95,1	97,3	100	101,4	103,1	104,2	106,6	109,8	111,8	113,2	114,3
Alle Länder	95,8	98,1	100	101,4	103,0	104,5	107,1	110,4	113,0	115,1	117,5
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	95,8	98,4	100	101,5	103,5	105,4	109,3	112,8	114,8	117	.
Bayern	94,5	97,4	100	102,7	104,7	106,2	109,5	114,0	117,2	120	.
Berlin	94,8	97,7	100	101,1	104,5	107,9	111,3	114,1	116,3	118	.
Brandenburg	94,4	97,9	100	100,5	102,1	103,2	105,7	110,9	114,6	118	.
Bremen	96,9	98,0	100	101,8	104,2	104,4	106,1	109,1	109,3	111	.
Hamburg	92,3	95,8	100	101,4	104,0	104,3	106,4	111,9	116,2	118	.
Hessen	95,8	98,4	100	102,3	104,2	106,0	109,3	113,6	116,7	119	.
Mecklenburg-Vorpommern	96,8	99,0	100	99,8	101,4	103,3	107,9	113,1	117,9	122	.
Niedersachsen	95,1	97,9	100	102,1	104,2	105,6	108,7	112,7	116,1	118	.
Nordrhein-Westfalen	95,2	97,8	100	102,4	105,0	107,0	110,2	114,2	117,7	120	.
Rheinland-Pfalz	95,2	97,9	100	101,9	103,7	105,1	108,1	112,1	115,1	117	.
Saarland	97,0	98,5	100	101,0	101,5	102,8	105,7	109,5	113,7	117	.
Sachsen	94,7	97,7	100	101,5	104,1	106,3	108,9	112,7	115,5	117	.
Sachsen-Anhalt	96,5	98,4	100	99,2	100,1	101,0	103,3	106,9	109,7	112	.
Schleswig-Holstein	97,0	98,2	100	101,7	103,5	104,2	106,3	110,2	113,1	115	.
Thüringen	93,7	96,7	100	101,9	104,2	105,7	108,6	112,6	114,9	116	.
Alle Länder	95,2	97,8	100	101,9	104,1	105,7	108,9	112,9	116,0	118	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 17: Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018
in Euro

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	44 033	44 073	44 655	45 955	46 938	47 694	47 850	49 098	49 872	50 351	51 752
Bayern	40 943	40 814	41 786	42 242	42 740	43 413	44 447	45 347	45 231	46 285	46 556
Berlin	48 193	48 671	49 132	50 379	48 361	48 435	49 054	51 360	58 952	60 782	62 739
Brandenburg	32 930	34 036	34 741	36 438	37 230	39 131	40 848	40 712	39 707	40 236	41 448
Bremen	39 611	39 092	40 128	40 572	41 463	42 989	44 851	45 711	46 177	46 179	49 264
Hamburg	47 801	48 822	49 787	50 215	51 351	54 567	55 369	56 752	57 213	57 812	58 900
Hessen	52 793	51 686	53 738	54 711	57 644	58 849	61 615	58 251	59 372	60 245	61 497
Mecklenburg-Vorpommern	32 066	32 887	34 852	35 759	37 392	38 283	38 771	39 226	39 014	39 355	40 251
Niedersachsen	36 334	36 863	36 417	37 438	38 844	39 558	40 723	41 348	41 686	42 053	43 494
Nordrhein-Westfalen	41 042	41 899	41 804	42 725	42 744	43 368	44 668	45 482	45 621	46 061	47 061
Rheinland-Pfalz	39 716	40 993	42 806	44 042	47 039	46 313	45 825	48 943	48 999	48 820	51 052
Saarland	38 538	39 446	40 864	41 665	42 871	45 272	45 736	45 558	44 967	46 571	46 929
Sachsen	31 717	32 653	34 027	35 242	35 979	36 998	37 769	38 389	39 240	38 903	40 062
Sachsen-Anhalt	34 313	35 386	36 292	37 246	38 153	39 079	40 486	41 140	42 351	42 918	44 388
Schleswig-Holstein	42 344	42 357	42 563	46 606	46 496	48 158	49 678	50 128	50 854	52 224	54 166
Thüringen	33 487	34 292	35 373	36 429	37 171	38 811	40 092	40 881	41 440	41 497	42 140
Alle Länder	41 126	41 517	42 183	43 272	44 078	44 924	45 973	46 639	47 296	47 897	49 065
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	36 215	36 545	37 482	37 872	38 245	39 334	39 586	40 158	40 482	.	.
Bayern	36 475	36 824	37 637	37 749	37 978	38 584	39 201	39 490	39 693	.	.
Berlin	35 627	36 134	36 848	38 114	39 111	39 730	39 919	41 493	48 611	.	.
Brandenburg	31 270	32 178	33 083	34 247	35 347	36 448	37 661	37 636	36 001	.	.
Bremen	36 266	37 069	38 676	38 944	40 001	41 010	42 521	42 989	43 268	.	.
Hamburg	39 751	40 889	40 999	41 640	42 434	44 080	45 273	46 476	45 900	.	.
Hessen	34 689	35 371	37 136	37 858	38 633	40 024	39 857	40 259	40 265	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	30 607	31 295	33 600	34 530	36 092	36 777	37 090	37 142	36 821	.	.
Niedersachsen	34 128	34 793	33 938	35 073	36 566	37 297	38 121	38 544	38 870	.	.
Nordrhein-Westfalen	34 999	36 116	37 276	37 918	38 141	39 058	39 984	40 538	40 441	.	.
Rheinland-Pfalz	32 628	32 910	33 372	34 324	35 280	36 641	36 959	37 659	37 978	.	.
Saarland	34 804	35 588	36 627	36 685	37 706	40 621	41 271	41 022	40 496	.	.
Sachsen	29 906	30 809	32 175	33 741	34 796	35 675	36 073	36 043	36 121	.	.
Sachsen-Anhalt	31 651	33 065	33 831	34 731	35 675	36 530	37 386	37 614	38 362	.	.
Schleswig-Holstein	34 523	35 967	37 129	40 068	41 222	42 440	43 868	44 454	44 618	.	.
Thüringen	31 860	32 943	33 910	34 262	35 296	37 162	38 094	38 571	38 840	.	.
Alle Länder	34 663	35 404	36 263	37 031	37 710	38 701	39 335	39 818	40 194	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.



Tabelle 18: Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) je Erwerbstätigen (Produktivitätsindex) der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018

Kettenindex 2010 = 100

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gesundheitswirtschaft insgesamt											
Baden-Württemberg	102,4	99,4	100	102,9	103,0	102,1	98,8	99,6	99,2	98,6	99,3
Bayern	101,5	98,4	100	100,9	99,9	98,8	97,6	98,0	95,8	96,2	94,6
Berlin	102,0	99,9	100	102,6	96,6	94,0	92,0	94,8	106,8	108,3	109,5
Brandenburg	98,3	99,2	100	104,3	104,2	105,8	106,8	105,1	100,6	100,0	100,6
Bremen	102,0	98,1	100	100,6	100,2	101,1	101,7	102,2	101,2	99,1	103,2
Hamburg	99,1	98,4	100	100,7	100,8	105,1	102,7	103,4	102,1	101,2	100,7
Hessen	102,4	96,9	100	102,0	105,6	105,4	106,5	98,6	98,5	98,6	98,8
Mecklenburg-Vorpommern	95,3	95,4	100	102,0	104,2	103,1	100,9	100,9	98,6	97,5	97,3
Niedersachsen	103,2	102,0	100	102,4	103,6	102,4	101,8	101,9	100,7	99,6	100,5
Nordrhein-Westfalen	101,8	100,8	100	101,9	99,5	98,5	97,7	97,8	96,0	95,1	94,9
Rheinland-Pfalz	96,1	96,0	100	103,3	107,4	103,9	98,9	103,1	100,9	98,9	101,2
Saarland	97,5	96,9	100	101,6	101,7	105,3	102,4	100,2	96,7	98,3	96,8
Sachsen	96,6	97,0	100	103,0	102,7	102,1	100,8	101,2	101,5	98,7	99,2
Sachsen-Anhalt	98,1	98,7	100	102,3	102,5	101,5	101,7	101,9	103,0	102,6	103,7
Schleswig-Holstein	103,4	100,6	100	109,0	106,8	107,2	107,0	106,4	105,9	106,9	108,5
Thüringen	98,2	98,2	100	102,4	102,2	103,2	103,1	103,9	103,3	101,6	100,7
Alle Länder	101,1	99,1	100	102,4	102,0	101,3	100,0	99,8	99,1	98,6	98,8
darunter WZ Q - Gesundheits- und Sozialwesen¹⁾											
Baden-Württemberg	100,2	99,0	100	100,6	99,1	98,0	95,2	95,9	94,9	.	.
Bayern	100,5	99,3	100	99,9	98,0	95,8	93,9	93,9	92,7	.	.
Berlin	100,2	99,6	100	102,7	102,8	100,5	97,4	100,5	115,6	.	.
Brandenburg	98,0	98,8	100	102,9	103,6	102,7	102,4	101,5	95,4	.	.
Bremen	97,2	97,3	100	100,1	100,3	98,9	98,9	99,2	98,0	.	.
Hamburg	100,5	101,3	100	101,1	100,5	100,4	99,5	101,4	98,3	.	.
Hessen	96,8	96,7	100	101,4	101,0	100,6	96,7	96,9	95,2	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	94,4	94,6	100	102,2	104,2	102,1	99,4	98,7	96,1	.	.
Niedersachsen	104,2	104,1	100	102,8	104,6	102,6	101,3	101,6	100,6	.	.
Nordrhein-Westfalen	97,3	98,4	100	101,2	99,3	97,8	96,6	97,2	95,2	.	.
Rheinland-Pfalz	101,3	100,1	100	102,3	102,6	102,5	99,9	100,9	99,9	.	.
Saarland	98,5	98,6	100	99,7	100,0	103,6	101,6	100,2	97,1	.	.
Sachsen	96,4	97,2	100	104,2	104,9	103,4	100,9	100,0	98,4	.	.
Sachsen-Anhalt	97,0	99,2	100	102,1	102,3	100,7	99,5	99,3	99,5	.	.
Schleswig-Holstein	96,4	98,3	100	107,4	107,8	106,8	106,6	107,1	105,6	.	.
Thüringen	97,4	98,6	100	100,5	101,0	102,3	101,2	101,6	100,5	.	.
Alle Länder	99,1	99,1	100	101,6	100,9	99,6	97,7	98,2	97,3	.	.

¹⁾ gesundheitswirtschaftsrelevanter Teil des WZ Q der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Quelle: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.

**Tabelle 19: Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Gesundheitswirtschaft je Einw. und Erwerbstätige der Gesundheitswirtschaft in den Ländern 2008 bis 2018**

Land	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Einw. in €											
Baden-Württemberg	2 854	2 919	2 998	3 115	3 227	3 316	3 401	3 548	3 627	3 694	3 846
Bayern	2 471	2 538	2 669	2 741	2 806	2 865	2 987	3 129	3 166	3 284	3 360
Berlin	3 289	3 434	3 538	3 632	3 527	3 581	3 667	3 849	4 438	4 594	4 833
Brandenburg	1 720	1 852	1 940	2 040	2 111	2 243	2 384	2 461	2 461	2 550	2 673
Bremen	3 147	3 076	3 249	3 328	3 447	3 572	3 772	3 877	3 892	3 936	4 283
Hamburg	3 893	4 085	4 345	4 360	4 435	4 720	4 847	5 113	5 218	5 277	5 442
Hessen	3 412	3 415	3 600	3 737	3 967	4 081	4 363	4 183	4 302	4 431	4 575
Mecklenburg-Vorpommern	1 894	2 009	2 160	2 218	2 358	2 466	2 589	2 714	2 798	2 921	3 071
Niedersachsen	2 182	2 281	2 308	2 413	2 542	2 617	2 758	2 864	2 947	3 015	3 179
Nordrhein-Westfalen	2 516	2 636	2 681	2 795	2 851	2 933	3 089	3 205	3 279	3 373	3 526
Rheinland-Pfalz	2 433	2 589	2 770	2 883	3 129	3 126	3 167	3 469	3 530	3 554	3 776
Saarland	2 664	2 793	2 965	3 062	3 158	3 376	3 498	3 574	3 620	3 827	3 912
Sachsen	1 873	1 994	2 133	2 234	2 326	2 438	2 541	2 646	2 759	2 775	2 915
Sachsen-Anhalt	1 959	2 085	2 192	2 250	2 342	2 437	2 581	2 693	2 845	2 936	3 108
Schleswig-Holstein	2 832	2 870	2 931	3 241	3 279	3 427	3 587	3 702	3 820	3 975	4 241
Thüringen	1 885	1 995	2 133	2 243	2 339	2 480	2 631	2 757	2 843	2 898	2 981
Alle Länder	2 557	2 652	2 754	2 864	2 959	3 050	3 187	3 302	3 402	3 495	3 646
Erwerbstätige je 1 000 Einw.											
Baden-Württemberg	65	66	67	68	69	70	71	72	73	73	74
Bayern	60	62	64	65	66	66	67	69	70	71	72
Berlin	68	71	72	72	73	74	75	75	75	76	77
Brandenburg	52	54	56	56	57	57	58	60	62	63	64
Bremen	79	79	81	82	83	83	84	85	84	85	87
Hamburg	81	84	87	87	86	86	88	90	91	91	92
Hessen	65	66	67	68	69	69	71	72	72	74	74
Mecklenburg-Vorpommern	59	61	62	62	63	64	67	69	72	74	76
Niedersachsen	60	62	63	64	65	66	68	69	71	72	73
Nordrhein-Westfalen	61	63	64	65	67	68	69	70	72	73	75
Rheinland-Pfalz	61	63	65	65	67	67	69	71	72	73	74
Saarland	69	71	73	73	74	75	76	78	81	82	83
Sachsen	59	61	63	63	65	66	67	69	70	71	73
Sachsen-Anhalt	57	59	60	60	61	62	64	65	67	68	70
Schleswig-Holstein	67	68	69	70	71	71	72	74	75	76	78
Thüringen	56	58	60	62	63	64	66	67	69	70	71
Alle Länder	62	64	65	66	67	68	69	71	72	73	74

Quellen: Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz der Länder, Berechnungsstand: Juni 2019; Angaben ab 2014 vorläufig.; Bevölkerungsstatistik, Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011, im Jahr 2018 Bevölkerung zum Stichtag 30.6..



Anschriften der Statistischen Ämter, die gegenwärtig in der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) mitarbeiten

Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

70158 Stuttgart

■ Marcel Nesensohn, Tel.: 0711 641-2958

GGR@stala.bwl.de

Hausanschrift:

Böblinger Straße 68; 70199 Stuttgart

Bayern

Bayerisches Landesamt für Statistik

90725 Fürth

■ Dr. Tilman von Roncador, Tel.: 089 2119-3394

■ Dr. Miriam Orlowski, Tel.: 0911 98208-6348

■ Patrick Schaumburg, Tel.: 0911 98208-6284

ggr-bayern@statistik.bayern.de

Hausanschrift:

Nürnberger Straße 95, 90762 Fürth

Berlin und Brandenburg

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

10315 Berlin

■ Christian Benda, Tel.: 030 9021-3734

GGR@statistik-bbb.de

Hausanschrift:

Alt-Friedrichsfelde 60; 10315 Berlin

Bremen

Statistisches Landesamt Bremen

■ Gregor Lemmermann, Tel.: 0421 361-2140

gregor.lemmermann@statistik.bremen.de

Hausanschrift:

An der Weide 14–16; 28195 Bremen

Hamburg und Schleswig-Holstein

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

20453 Hamburg

■ Dr. Alexander Vogel, Tel.: 0431 6895-9233

VGR@statistik-nord.de

Hausanschrift:

Steckelhörn 12; 20457 Hamburg

Hessen

Hessisches Statistisches Landesamt

65175 Wiesbaden

■ Sanyel Arikan, Tel.: 0611 3802-825

■ Natascha Michel, Tel.: 0611 3802-819

ggr@statistik.hessen.de

Hausanschrift:

Rheinstraße 35/37; 65185 Wiesbaden

Nordrhein-Westfalen

Information und Technik NRW, Geschäftsbereich Statistik

Postfach 10 11 05

40002 Düsseldorf

■ Anna Schirbaum, Tel.: 0211 9449-2958

■ Frank Bastian, Tel.: 0211 9449-3952

SGR@it.nrw.de

Hausanschrift:

Mauerstraße 51; 40476 Düsseldorf

Rheinland-Pfalz

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

■ Dr. Ludwig Böckmann, Tel.: 02603 71-2940

ludwig.boeckmann@statistik.rlp.de

■ Diane Dammers, Tel.: 02603 71-4641

diane.dammers@statistik.rlp.de

Hausanschrift:

Mainzer Straße 14-16; 56130 Bad Ems

Sachsen

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Postfach 1105

01911 Kamenz

■ Franziska Hacker, Tel.: 03578 33-3400

■ Susanne Meise, Tel.: 03578 33-3455

■ Madline Haneck, Tel.: 03578 33-3454

ggr@statistik.sachsen.de

Hausanschrift:

Macherstraße 63; 01917 Kamenz



Thüringen

Thüringer Landesamt für Statistik

Postfach 90 01 63

99104 Erfurt

ggr@statistik.thueringen.de

Hausanschrift:

Europaplatz 3; 99091 Erfurt

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

Gesundheitsrechensysteme

Tel.: 0611 75-8121

referat-H103@destatis.de

Hausanschrift:

Graurheindorfer Straße 198;

53117 Bonn

Satellitensysteme

Tel.: 0611 75-2626

referat-D107@destatis.de

Hausanschrift:

Gustav-Stresemann-Ring 1; 65189 Wiesbaden

Kontaktpersonen in den anderen Ländern, die zurzeit noch nicht in der AG GGRdL vertreten sind

Mecklenburg-Vorpommern

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Postfach 12 01 35

19018 Schwerin

■ Dr. Margit Herrmann, Tel.: 0385 588-56041

ggr@statistik-mv.de

Hausanschrift:

Lübecker Straße 287; 19059 Schwerin

Saarland

Landesamt für Zentrale Dienste, Statistisches Amt

Postfach 10 30 44

66030 Saarbrücken

■ Karl Schneider, Tel.: 0681 501-5948

k.schneider@lzd.saarland.de

Hausanschrift:

Virchowstraße 7; 66119 Saarbrücken

Niedersachsen

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Postfach 91 07 64

30427 Hannover

■ Silke Dai, Tel.: 0511 9898-3353

vgr@statistik.niedersachsen.de

Hausanschrift:

Göttinger Chaussee 76; 30453 Hannover

Sachsen-Anhalt

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Postfach 201156

06012 Halle/Saale

■ Antje Bornträger, Tel.: 0345 2318-339

antje.borntraeger@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Hausanschrift:

Merseburger Straße 2; 06110 Halle/Saale

